

zivilschutz magazin



Der Wirbelsturm, der mitten in Europa eine 125 Kilometer lange Spur der Zerstörung zog

Heute: Der „Pforzheimer Tornado“ vom 10. Juli 1968

Über das „Wie“ ihrer Entstehung kann auch die Wissenschaft keine exakte Auskunft geben: Wirbelstürme – oder bei kleinerem Durchmesser Tornados genannt – bergen noch Geheimnisse. So schreibt Götz Schneider in seinem Buch „Naturkatastrophen“ (Enke-Verlag, Stuttgart, 1980): „Daß man den Entstehungsmechanismus des Tornados nicht durch Beobachtungen aufklären konnte, liegt vor allem am plötzlichen Auftreten dieser äußerst gefährlichen meteorologischen Erscheinung und an ihrer geringen geometrischen Abmessung, die weit unterhalb der Maschenweite meteorologischer Beobachtungen liegt.“

Die verheerende Wirkung vor allem tropischer Wirbelstürme ist dagegen hinreichend bekannt. Hohe Windgeschwindigkeiten mit heftigsten Böen, ein niedriger Luftdruck im Zentrum und oft extreme Niederschläge bringen außergewöhnliche Druckbelastungen für Gebäude und eventuell beträchtliche Überschwemmungen. Während Orkane (Hurricanes, Taifune) einen großen Durchmesser im Zentrum aufweisen (200 bis 2000 Meter), sind die „kleineren Brüder“ Windhose und Tornado Winzlinge mit Durchmessern von 10 Metern bis zu einem Kilometer, auch hier natürlich im Zentrum gemessen.

Typisch für den Tornado (oder Trombe) ist der „Schlauch“, jener „Rüssel“, der von der Wolkendecke bis zum Erdboden reicht und in dem die Luft mit gewaltiger Geschwindigkeit wirbelt. Der Tornado wandert gewöhnlich wenige hundert Meter bis zu mehreren hundert Kilometern und schlägt dabei eine Schneise der Zerstörung, bis er schließlich sich ebenso unerklärlich wieder in die luftige Wolkenhöhe zurückzieht.

In Europa sind Tornados extrem seltene Naturscheinungen. Besonders stark gefährdet sind bekanntlich die Südstaaten der USA, so etwa um das Mündungsgebiet des Mississippi, also die Bundesstaaten Texas, Louisiana und Mississippi. Verheerende Wirbelstürme gab es dort in den Jahren 1856 (400 Tote), 1893 (1800 Tote) und schließlich am 24. Juni 1957, als der Hurrikan „Audrey“ eine Flutwelle von 3,60 Metern Höhe auf die Küste der Staaten Texas und Louisiana zutrieb. Zwar wurde die Bevölkerung der küstennahen Regionen rechtzeitig gewarnt; jedoch nahmen offensichtlich viele Menschen die Warnung nicht allzu ernst, denn sie sind solche Naturer-

eignisse fast gewohnt. Die Flutwelle lief aber diesmal weit ins Land hinein, die Häuser wurden weggespült, 500 Menschen ertranken. Der Sachschaden erreichte eine dreistellige Millionen-summe – in Dollar.

Unvergessen in der Bundesrepublik ist ein Wirbelwind, der die Bezeichnung „Pforzheimer Tornado“ erhalten hat. Es ist der 10. Juli 1968, kurz nach 20.00 Uhr. In Lothringen/Frankreich, in der Nähe von Sarrebourg, über dem lothringischen Hochplateau, bildet sich ein Tornado, der sich auf einen rund 125 Kilometer langen Weg in Richtung Osten macht. In Frankreich zieht sich die Schneise der Verwüstung durch Weingärten, Getreidefelder, Obstplantagen. In kleinen Orten und Dörfern werden Dächer abgedeckt, Stromleitungen unterbrochen, weidendes Vieh getötet.

Unbeeinflussbar setzt der Tornado seine Zerstörungen in Ostrichtung, auf den Rhein zu, fort: durch die Forstgebiete der Nordvogesen, wo im Durchzug die Bäume auf einer Breite von fast einem Kilometer umgeknickt werden. Plötzlich, nach etwa 60 Kilometern, setzt der Tornado aus, er hebt quasi über dem Rhein ab. Nach weiteren 45 Kilometern kehrt der Wirbelsturm zur Erde zurück, im nördlichen Schwarzwald zieht der Tornado seine west-östliche Bahn weiter. In Ittersbach, Ottenhausen und Rudmersbach, Dietlingen, Büchenbronn, Bir-

kenfeld werden über ein Dutzend Häuser total zerstört, etwa 200 mehr oder weniger beschädigt. Bereits zwei Todesopfer und zahlreiche Verletzte sind zu beklagen.

10. Juli 1968, 21.37 Uhr: Der Tornado bricht über die Stadt herein, die ihm später seinen Namen geben wird – Pforzheim. Durch ein Industriegebiet, dann durch das Stadtgebiet und die Vororte Buckenberg und Heidach, den Hagenschieß – ein Forstgebiet – und Wurmberg zieht die Todesspirale – in nur drei Minuten! Kurz nach 21.40 Uhr verschwindet der Tornado im Wald bei Wurmberg ebenso plötzlich wie er vor fast anderthalb Stunden rund 125 Kilometer weiter östlich sich gebildet hatte.

Die Bilanz der Schäden in Pforzheim ist bestürzend: Statistisch werden 3328 Gebäude als beschädigt registriert; der Sachschaden an Wohnhäusern beträgt etwa 35 Millionen DM, weitere 13 Millionen DM Schadenssumme werden für Industrie, Handel und Gewerbe sowie öffentliche Einrichtungen errechnet. Mit über 50 Millionen DM Sachschaden ist jedoch das Volumen wesentlich geringer als nach ersten Schätzungen seinerzeit befürchtet. So schrieb die Zeitschrift „Ziviler Bevölkerungsschutz“, die Vorgängerzeitschrift des „Zivilschutz-Magazins“, im Augustheft 1968: „Der Sachschaden beläuft sich auf weit über 150 Millionen DM.“

Zwei Todesopfer, 300 Verletzte, 100 Obdachlose hat die Katastrophe gefordert. Götz Schneider schreibt in seinem eingangs zitierten Buch dennoch über den „Pforzheimer Tornado“ wissenschaftlich-nüchtern: „Der Ausgang der katastrophalen Einwirkung muß insgesamt günstig eingeschätzt werden. . . Das Abheben des Wirbels über den östlichen Oberrheingraben hat vor allem Rastatt vor einer katastrophalen Einwirkung bewahrt.“

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Landesverband Baden-Württemberg der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. ist in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart die Planstelle eines

DEZERENTEN

zum 1. Juni 1984 neu zu besetzen.

Wir setzen voraus: Abgeschlossene kfm. Berufsausbildung bzw. Verwaltungsausbildung oder vergleichbare Ausbildung etwa im Verwaltungsdienst. Erfahrung in Organisations- und Betriebsabläufen von Behörden oder anderen Einrichtungen.

Erfahrung in **Führungsfunktionen**.

Wir erwarten: Selbständige und kooperative Mitarbeit in allen Aufgabenbereichen und Bereitschaft zur Fortbildung.

Wir bieten: Einen Arbeitsplatz mit vielschichtigen Sachbereichen, dem nach Einarbeitung in verantwortlich zu führende Sachgebiete auch die verwaltungsmäßige Leitung der Geschäftsstelle zugeordnet werden soll. Gehaltsmäßige Eingruppierung und Urlaubsregelung nach AVR/BAT.

Schriftliche Bewerbung bis Ende März 1984 an:

Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.
Landesverband Baden-Württemberg
z. H. Herrn Trackis
Ecklenstr. 20, 7000 Stuttgart 1

zivilschutz magazin



ISSN 0173-7872

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das ZS-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.



Februar
2/84

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Telefon: (0221) 49881

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Zivilschutz-Magazin“ erscheint monatlich; im Juli/August als Doppelnummer.

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Redaktion:

Jochen von Arnim
Dorothee Boeken
Günter Sers

Layout:

Paul Claes

Druck, Herstellung und Vertrieb:

A. Bernecker
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (05661) 8086, Telex: 09-9960

Anschrift der Redaktion:

Eupener Straße 74, 5 Köln 41
Postfach: 450247, Ruf (0221) 49881

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement jährlich DM 33,60, zzgl. Versandkosten.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Melsungen.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Inhalt

- „Katastrophenalarm an der Lahn“ 5
Hochwasser, Schnee und Orkanstürme richteten in weiten Landstrichen der Bundesrepublik Millionenschäden an.
- „Wann und warum verläßt Vater Rhein sein Bett?“ 10
Die Rhein-Hochwasser wissenschaftlich ausgewertet.
- „Das Zauberwort heißt: Zentralkartei“ 15
Der ASB in Köln „verwaltet“ seine Helfer und Geräte per Computer.
- „Die DV 100 als Grundlage auf allen Ebenen“ 17
Der Erfahrungsbericht des MHD über die erste Sanitätsdienstübung nach dem Führungsmodell liegt nun vor.
- „Wenn das (Lösch-)Wasser vom Himmel fällt . . .“ 20
1300 Einsatzkräfte bei der größten Feuerwehübung des Landes Baden-Württemberg: Brandbekämpfung aus der Luft geübt.
- „Die Bewährungsprobe bestanden“ 25
Der Behördenselbstschutz des Deutschen Bundestages ist fast jedes Jahr im Einsatz.
- „Die Idee des Helfens engagiert vertreten“ 33
Berlins Bürgermeister Lummer würdigte die Hilfsorganisationen als bedeutsame Bürgerinitiativen.
- „Zusammenarbeit im Internationalen Roten Kreuz“ 41
- „Das Rettungswesen – eine hochqualifizierte Dienstleistung“ 45
- „Menschen, die der Hilfe bedürfen“ 49
- „MHD-Rückholddienst – vor allem eine Frage der Organisation“ 51
- „3. Deutsche Skilanglauf-Meisterschaften der Feuerwehren in Schonach“ 53
- „Erster Vergleichswettkampf der Rettungstaucher in Westfalen wurde ein Erfolg“ 57
- „Das Minimagazin“ U 3
In diesem Monat: Safety first im Bergungsdienst.



Umschau

143 Millionen DM für Humanitäre Hilfe im Ausland

Mehr als 143 Millionen Mark brachte die Bundesregierung im vergangenen Jahr 1983 für die Humanitäre Hilfe im Ausland auf. Diese Zahl ergibt sich aus einer Bilanz, die das Auswärtige Amt in Bonn jetzt vorgelegt hat.

Dürre, Hungersnot, Überschwemmung, Epidemie oder Erdbeben waren vielerorts Gründe der Länder, die Bundesregierung um Hilfeleistung zu bitten. Darüber hinaus beteiligte sich die Bundesregierung im vergangenen Jahr mit insgesamt 29,24 Millionen DM an humanitären Hilfsmaßnahmen internationaler Organisationen.

Humanitäre Hilfe wurde 1983 in Höhe von 12,54 Millionen DM nach Afrika geleistet; 6,86 Millionen DM gingen nach Amerika, 19,82 Millionen DM in die Länder Asiens und 8000 DM nach Australien.

In Europa leistete die Bundesregierung Humanitäre Hilfe in Höhe von 98,56 Millionen DM. Die einzelnen Länder waren Polen (97,34 Millionen DM), wobei der größte Betrag durch die Erstattung der Gebührenaufschläge für Postpakete zustande kam, Portugal (79000 DM), Rumänien (200000 DM), Spanien (500000 DM) und Türkei (437000 DM). Hinzu kommen noch Reisekosten, Beförderungskosten und der deutsche Beitrag zum Sonderfonds der Vereinten Nationen für Folteropfer, so daß insgesamt die deutsche Humanitäre Hilfe im Ausland 1983 exakt 143385169,46 DM betrug.

Neue Broschüren des BVS: „Schutzbaufibel“ und „Betrieblicher Katastrophenschutz“

An Architekten und Bauingenieure, Baubehörden, Baugenehmigungsbehörden, Bauunternehmen, Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften sowie natürlich an die potentiellen Bauherren und Interessenten für den Schutzraumbau wendet

sich die „Schutzbaufibel“, die der Bundesverband für den Selbstschutz soeben in einer Auflage von 350000 Exemplaren herausgebracht hat.

An interessierte Bürger wurden seit 1969 über zwei Millionen „Schutzbaufibeln“ abgegeben. Bei der jetzigen Überarbeitung stand die Absicht im Vordergrund, die Broschüre attraktiver zu gestalten, ihre Werbewirkung zu erhöhen und vor allem sachlich fundiert den Bürger zum Bau von Schutzräumen zu motivieren. So hat die „Schutzbaufibel“ eine ansprechendere Aufmachung und eine inhaltliche Erweiterung erfahren; vorangestellt sind die wichtigsten Gründe, die für den Bau von Hausschutzräumen sprechen, sowie allgemeinverständliche Erläuterungen zu den Begriffen wie Trümmersicherheit, Strahlenschutz oder Brandeinwirkung. Auch der technische Teil wurde textlich ergänzt und durch eine Vielzahl von Zeichnungen für Fachleute wie Laien übersichtlicher und leichtverständlich dargestellt. Ferner sind praktische Hinweise zur Antragstellung für die Zuschüsse des Bundes zur Fi-

nanzierung enthalten. Für den ernsthaften Interessenten hält der Bundesverband für den Selbstschutz ein separates „Hersteller- und Lieferantenverzeichnis“ bereit, in dem die einschlägigen Firmen für Ausrüstungs- und Einrichtungsgegenstände, Systemschutzräume, Fertigungsschutzräume sowie Montagefirmen aufgeführt sind.

Ferner neu erschienen ist die BVS-Broschüre „Der Betriebliche Katastrophenschutz“. Hier geht es um den Selbstschutz in Betrieben, also um Unfallverhütung, Arbeitssicherheit und Katastrophenschutz, um die Unterstützung der Betriebe durch den BVS und sein Ausbildungsangebot. Das Ausbildungsangebot des BVS wurde dem des Bereichs „Selbstschutz in Behörden“ angeglichen. Die Broschüre enthält die Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz, die Lehrstoffpläne für die Ausbildung und ein Verzeichnis wichtiger Adressen.

Beide Broschüren sind bei jeder Dienststelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz vorrätig.

Gasexplosion forderte zwei Todesopfer

Die offensichtlich durch Gas ausgelöste Explosion in einem Wohnhaus in Leimen (Rhein-Neckar-Kreis) am 14. Februar 1984 hat nach Angaben der Polizei zwei Todesopfer gefordert. Die 85 Jahre alte Hausbesitzerin und ein Mitarbeiter der Heidelberger Gasversorgung kamen ums Leben, als die Explosion sich bei

Arbeiten am Gasleitungsnetz vor dem Hause ereignete. Das Gebäude wurde total zerstört, an den Bauten in der unmittelbaren Umgebung entstand zum Teil beträchtlicher Sachschaden.

Unser Bild zeigt die Aufräumungsarbeiten an der Unglücksstelle. (Foto: dpa)



Lawinen-Großübung der Bergwacht



Am Mittwoch, 18. Januar 1984, probte in der Nähe von Garmisch-Partenkirchen die Bergwacht den Einsatz von Lawinen-Suchhunden. In Zusammenarbeit mit der Luftwaffe wurden Hundeführer und Hunde vom Hubschrauber aus abgesetzt. Auf dem Weg zum Einsatz schul-

terten die Führer ihre Vierbeiner; die Tiere sollen so daran gewöhnt werden, in besonderen Situationen – zum Beispiel beim Transport in Bergbahnen, Skiliften und Aufzügen – getragen zu werden.

(Foto: dpa)

Lok schleifte Pkw 200 Meter weit



Ein schwerer Verkehrsunfall auf einem unbeschränkten Bahnübergang an der Kreisstraße zwischen Barterode und Lödingsen (Landkreis Göttingen) forderte am Dienstag, 31. Januar 1984, ein Menschenleben, eine weitere Person wurde schwer verletzt.

Zwei 19 und 20 Jahre alte Männer waren mit ihrem Pkw auf dem Weg zum Sporttraining; vermutlich übersah der

Fahrer das Warnsignal am Bahnübergang. Der Pkw wurde von der 79 Tonnen schweren Diesellok eines Güterzuges erfaßt und über 200 Meter weit mitgeschleift. Der Beifahrer starb noch am Unglücksabend in der Göttinger Klinik; der Fahrer mußte aus den Trümmern des Wagens herausgeschweift und schwerverletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Der Führer der Diesellok erlitt einen Schock.

Die eingleisige Bundesbahnstrecke wurde von 19.10 Uhr bis 22.30 Uhr gesperrt; der Eilzug Köln – Göttingen wurde über Northeim umgeleitet und hatte über 40 Minuten Verspätung.

Bei dem Rettungseinsatz waren die Freiwilligen Feuerwehren Adelebsen und Lödingsen sowie die Berufsfeuerwehr Göttingen im Einsatz. Wie mitgeteilt wurde, gestaltete sich die Bergung der beiden Pkw-Insassen sehr schwierig, da die Rettungsfahrzeuge sich den Anfahrtsweg über eine Weide suchen mußten. Nur durch den Umstand, daß der Boden gefroren war, konnten die Feuerwehrfahrzeuge ungehindert an die Unfallstelle anrücken und sofort mit dem Einsatz beginnen.

(Foto: Otto)

Selbstschutz in Stuttgart auf hohem Stand

Das Amt für Zivilschutz der Landeshauptstadt Stuttgart hat, beginnend im Jahr 1965, den Behördenselbstschutz voll aufgestellt, ausgestattet und ausgebildet.

Trotz der naturgemäß erheblichen Personalfuktuation innerhalb der Verwaltung sind im Behördenselbstschutz 209 Selbstschutzleiter, 156 Stellvertreter und 799 Einsatzkräfte verpflichtet und nahezu vollständig ausgebildet worden.

Allein im Jahre 1983 wurden 999 Mitarbeiter der Stadtverwaltung in 42 Grundlehrgängen, Fachlehrgängen, Fortbildungslehrgängen und 18 Übungen, bei deren Durchführung sich das Amt für Zivilschutz des Bundesverbandes für den Selbstschutz und des Deutschen Roten Kreuzes bediente, aus- und weitergebildet.

An insgesamt 995 Brandschutz-, Bergungs- und Sanitäts-Lehrgängen nahmen bis heute 16116 Teilnehmer aus allen Bereichen der Stadtverwaltung teil. 64 Ämter wurden im Laufe der Zeit mit der vorgeschriebenen Selbstschutz-Ausstattung versehen. Dafür hat die Stadt 1 135 700 DM aufgewendet.

Seit 1965 wurden in 1013 Selbstschutzlehrgängen und -übungen insgesamt 16458 Teilnehmer ausgebildet. Das Amt für Zivilschutz unterstützt ferner den Betrieblichen Katastrophenschutz (BKO) seit Jahren erfolgreich durch Maßnahmen wie Aufklärung von Firmen und Betrieben, Hilfe bei der Erstellung von Werksanalysen und bei Maßnahmen zur Beseitigung von möglichen Schadensschwerpunkten.

DLRG und Mainzer Innenministerium bildeten Arbeitsgruppe

Das rheinland-pfälzische Landesgesetz über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (LBKG) vom 2. November 1981 sieht in den Paragraphen 17 und 19 auch die Beteiligung der DLRG an der Allgemeinen Hilfe und am Katastrophenschutz vor. Um die Möglichkeiten einer Einbindung der DLRG in diesen Aufgabenbereich im einzelnen zu untersuchen, ist eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der DLRG und des Mainzer Ministeriums des Innern und für Sport gebildet wor-

den. Diese Arbeitsgruppe soll Vorschläge insbesondere über Aufgaben, Organisation, Stärke und Ausstattung, Stationierung, Einsatzfragen und Finanzierung erarbeiten, damit die Helfer und das Potential der DLRG im Rahmen des LBKG entsprechend eingeplant und gegebenenfalls auch eingesetzt werden können.

Die Arbeitsgruppe, die bereits zweimal getagt hat, will noch im Laufe dieses Jahres entsprechende Vorschläge vorlegen.

Staatssekretär Simon Nüssel wurde 60

Seinen 60. Geburtstag konnte am 20. Januar 1984 Simon Nüssel, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und zugleich Vizepräsident der Luftrettungsstaffel Bayern (LRST), feiern. Bei dem Festakt in Bayreuth überbrachte LRST-Präsident Ernst Schramm dem Jubilar die Glückwünsche der Staffel und verlieh ihm den Ehrenschild der Staffel in Silber.

Daß das Wohl der Allgemeinheit und der Dienst für den Mitbürger nicht nur in Nüssels politischem Leben – er gehört fast eineinhalb Jahrzehnte dem bayeri-

schen Kabinett an – die Richtschnur sind, bewies der Staatssekretär 1968. In diesem Jahr trat er als Einsatzflugzeugführer in die damals neu aufgestellte Luftrettungsstaffel Bayern ein. Als er vor beinahe sechs Jahren gebeten wurde, im Präsidium der Staffel eine führende Aufgabe zu übernehmen, bedurfte es keiner großen Worte. Nüssels besonderes Interesse gilt dem Schutz der bayerischen Wälder vor Waldbrandschäden.

Alein im vergangenen Jahr konnten LRST-Flugzeuge 18 Waldbrände noch im Entstehungsstadium entdecken und

unverzüglich an die Feuerwehren weitermelden.

Auch der Präsident des Luftsportverbandes Bayern (LVB), Richard Altvater, würdigte die Verdienste des Staatssekretärs um den Ausbau der Luftbeobachtung in Bayern und übergab ihm den Heini-Dittmar-Teller des LVB.

Zu unserem Foto: LRST-Präsident Schramm überreichte Staatssekretär Nüssel den Ehrenschild der Staffel; links die Gattin des Staatssekretärs.

(Foto: LRST Bayern)

Regieeinheiten gründeten Arbeitsgemeinschaft

Eine „Arbeitsgemeinschaft Katastrophenschutz“ haben die Regieeinheiten im Landkreis Bad Kissingen gegründet, die, so die Initiatoren, Modellcharakter für ganz Bayern haben soll. An der Spitze der Arbeitsgemeinschaft steht übrigens Landrat Marko Dyga, der die Gründung eine „ausgezeichnete Idee“ nannte. Er habe sie sofort aufgegriffen, denn eine Zusammenarbeit der „Katastrophenschützer“ in Vereinsform erleichtere nicht nur ein gemeinsames Agieren, sondern auch die Ausgangsposition vor dem Kreistag, was die finanzielle Unterstützung anbelange.

Schließlich wurde der Verein nicht zuletzt aus diesen Überlegungen heraus gegründet. Wie der Sachgebietsleiter „Katastrophenschutz“ beim Landratsamt, Wolfgang Schulze, erläuterte, sei man bemüht, Ausrüstungsgegenstände für die Regieeinheiten anzuschaffen, die vom Kostenträger, dem Bund, zwar nicht vorgesehen, aber der Arbeit dienlich sind. So forcieren beispielsweise der ABC-Zug seine Ausbildung, um eines Tages auch schon bei kleineren, chemischen Unfällen eingreifen zu können. Dem Sinn des Vereins, der „Mobilmachung“ von Geldern und der Durchführung von gemeinsamen Übungen, stehe man auch im bayerischen Innenministerium positiv gegenüber, wußte Schulze nach einem Gespräch im Ministerium zu berichten.

Gerhard Seufert, Zugführer des ABC-Zuges Bad Kissingen und einer der Gründungsmitglieder der Arbeitsgemeinschaft, umriß das künftige Aufgabenfeld mit „der Arbeit über Vorsorge hinaus einen Sinn zu geben“. Schließlich sei es wichtig, das vorhandene, auf den Verteidigungsfall ausgerichtete Potential in den friedensmäßigen Einsatz einzubinden.



Paul Claes

Weite Landstriche der Bundesrepublik meldeten „Land unter“

Katastrophenalarm an der Lahn

Hochwasser, Schnee und Orkanstürme richteten Millionenschäden an



Ein Sturmtief, das in der Nacht zum Dienstag, 7. Februar, mit ungewöhnlich heftigen Niederschlägen über die Bundesrepublik hinwegzog, war in Verbindung mit der Schneeschmelze in den Mittelgebirgen die Ursache für die schweren Überschwemmungen dieses Monats.

Die Regenfälle von fast tropischer Heftigkeit betrafen vor allem Hessen und Nordbayern sowie Teile von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Stellenweise wurde in 24 Stunden bis zu 64 Millimeter Niederschlag je Quadratmeter gemessen, was ansonsten der Niederschlagsmenge des ganzen Monats entspricht. So registrierte man in Aachen die stärksten Regenfälle seit 1891.

Starke Schneefälle

In den höher gelegenen Lagen blockierten Schneeverwehungen und umgestürzte Bäume Straßen und Bahnstrecken. In der Oberpfalz fielen bei starkem Schneesturm innerhalb von zwei Stunden etwa 15 Zentimeter Schnee, wodurch der Straßenverkehr fast völlig zum Erliegen kam.

Schneefälle verursachten auch Behinderungen auf den Autobahnen, so im Spessart, bei Nürnberg und Hof; die Autobahn zwischen Kassel und Göttingen mußte sogar gesperrt werden. Auch in Norddeutschland behinderten Schnee und Eis den Straßenverkehr.

Orkanböen

Über Bayern tobte ein Orkan mit Spitzengeschwindigkeit von über 110 Stundenkilometern, das entspricht Windstärke 11.

Am Zugspitzgipfel wurden 200 Stundenkilometer registriert. Wie Streichhölzer umgeknickte oder entwurzelte Bäume türmten sich auf den Straßen, heruntergefegte Dachziegel und Dachrinnen behinderten den Straßenverkehr. In München wurden 15 Fußgänger vom Sturm zu Fall gebracht und verletzt.

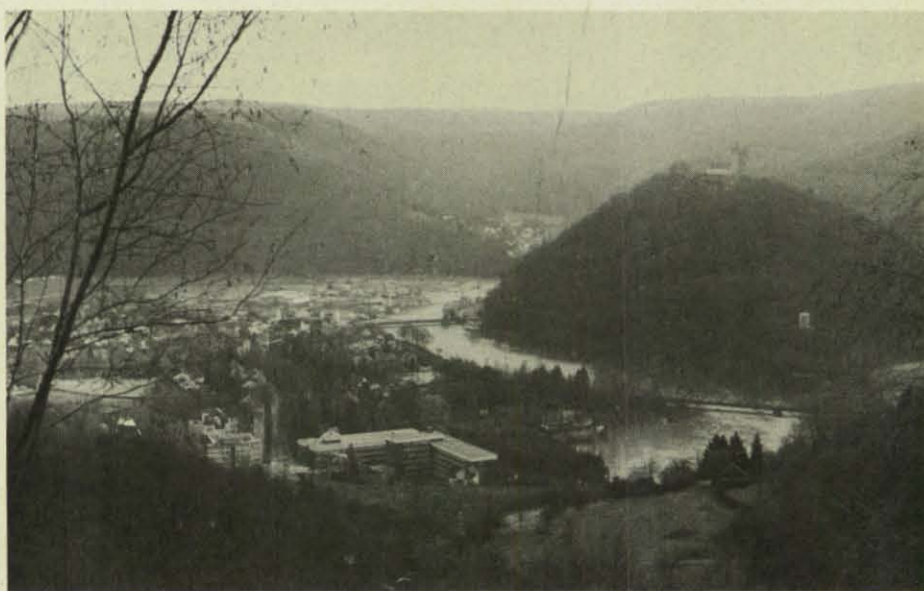
Tödliche Unfälle

Bei wetterbedingten Unfällen waren auch Menschenleben zu beklagen. Im Landkreis Hof starb ein 20jähriger, als er mit seinem Pkw gegen einen auf der Fahrbahn liegenden Baum prallte. Im Landkreis Plön kam eine Frau ums Leben, die mit ihrem Wagen auf schneegeglatter Fahrbahn ins Schleudern geriet und mit einem anderen Fahrzeug zusammengeprallt war. In Limburg (Hes-

sen) wurde ein 45 Jahre alter Radfahrer von einem Triebwagen erfaßt und tödlich verletzt, als er vor dem Hochwasser auf den Bahnkörper auswich.

Höchster Stand seit 1946

Um sich ein Bild von der Lage „vor Ort“ zu machen, sah sich das „Zivilschutz-Magazin“ an einem Katastrophen-Schwerpunkt um. In Diez (Rheinland-Pfalz), 45 Kilometer östlich von Koblenz an der Lahn gelegen, stand die gesamte Innenstadt unter den grauen Fluten der Lahn. Seit 1946 hatte kein schlimmeres Hochwasser die Stadt betroffen. Hier mußte – wie in mehreren Städten und Landkreisen an der Lahn und ihren Nebenflüssen auch – Katastrophenalarm gegeben werden.



Auch in Nassau überflutete die zu einem breiten Strom angeschwollene Lahn weite Teile der Stadt.

Hektisches Geschehen

Es ist Donnerstagmorgen, 9. Februar, Bauhof der Verbandsgemeinde, oberhalb der Stadt: Hinter der Tür mit der schlichten Aufschrift „Büro“ verbirgt sich der Sitz der örtlichen Einsatzleitung. Der Raum ist erfüllt mit hektischem Geschehen. Hier laufen die Fäden zusammen, hier werden die Einsätze an den einzelnen Schadensstellen geleitet. Mehrere Telefone, Funkgeräte und Feldtelefon halten die Verbindung nach „draußen“ aufrecht und sorgen für eine stets aktuelle Übersicht über die Lage.

Ständige Verbindungen

Verbandsgemeinde-Wehrleiter Richard Kämpfer leitet, unterstützt von mehreren Helfern, den Gesamteinsatz der Hilfskräfte, wobei er in ständiger Verbindung mit dem Bürgermeister steht. Die am Einsatz beteiligte Bundeswehr ist durch zwei Oberfeldwebel in der Einsatzzentrale vertreten, die den Einsatz von Mannschaften und Gerät koordinieren und die Verbindung zum örtlichen Verteidigungskreiskommando aufrechterhalten. Weitere ständige Verbindungen bestehen zur Polizei und zu den Einsatzkräften des DRK.

„Es ist schon bedeutend ruhiger geworden“, sagt Wehrleiter Kämpfer, „gestern war hier die Hölle los.“ Gestern – das bedeutet Höchststand der Lahn mit 7,68 m – normal sind 4,20 m – und Auslösung des Katastrophenalarms. Dennoch ist auch jetzt, bei langsam sinkendem Wasser, noch viel zu tun. Die Telefone schrillen, Melder kommen und gehen. Die Tür zum „Büro“ ist ständig in Bewegung.

Hilfeersuchen

Ein Bürger ruft an und bittet dringend um den Einsatz einer Pumpe. Anhand der Unterlagen wird festgestellt, wo die entspre-



Völlig unter Wasser stand die gesamte Innenstadt von Diez.

chenden Pumpen im Einsatz sind. Über Funk werden die Helfer dann über den nächsten Einsatzort unterrichtet.

Auch der nächste Anruf bringt kein unlösbares Problem für die Einsatzleitung: Eine Familie sitzt in der kalten Wohnung, da ihre Brennstoffvorräte im Keller „abgesoffen“ sind. Nach mehreren Telefonaten ist schließlich ein Lieferant gefunden, der noch über trockene Brennstoffe verfügt. „Fahr dort hin, hole zwei Zentner Briketts und drei Sack Holz und bringe sie den Leuten“, wird ein Helfer beauftragt. Er besteigt den bereitstehenden Transporter und fährt los – bald wird die Familie wieder im warmen Zimmer sitzen können.

Stege zu niedrig

Wie Wehrleiter Kämpfer ausführt, waren beim Höhepunkt der Flutwelle 152 Feuerwehrmänner der Verbandsgemeinde im Einsatz. Da die von der Gemeinde für nor-

male Hochwasser vorgehaltenen und bereits vorsorglich aufgestellten Fußgängerstege bald überflutet waren, hatten die Helfer alle Hände voll zu tun. Mit Booten mußten Mensch und Tier aus den bedrohten Häusern geborgen sowie Waren aus den Geschäften in Sicherheit gebracht werden. Neben diesen Arbeiten wurden noch über 10 000 Sandsäcke gefüllt.

Problem Heizöltanks

Abschließend verweist Wehrleiter Kämpfer auf einen Punkt, der bei derartigen Überschwemmungen von besonderer Bedeutung ist: „Das Aufschwimmen von Heizöltanks stellte uns vor einige Probleme. In über 20 Fällen hatten die Wassermassen Heizöltanks aufschwimmen oder umkippen lassen, wodurch die Anschlußleitung abbrach und sich so Öl ins Wasser ergießen konnte. Den zur Ölbekämpfung eingesetzten Helfern gelang es aber, eine große-



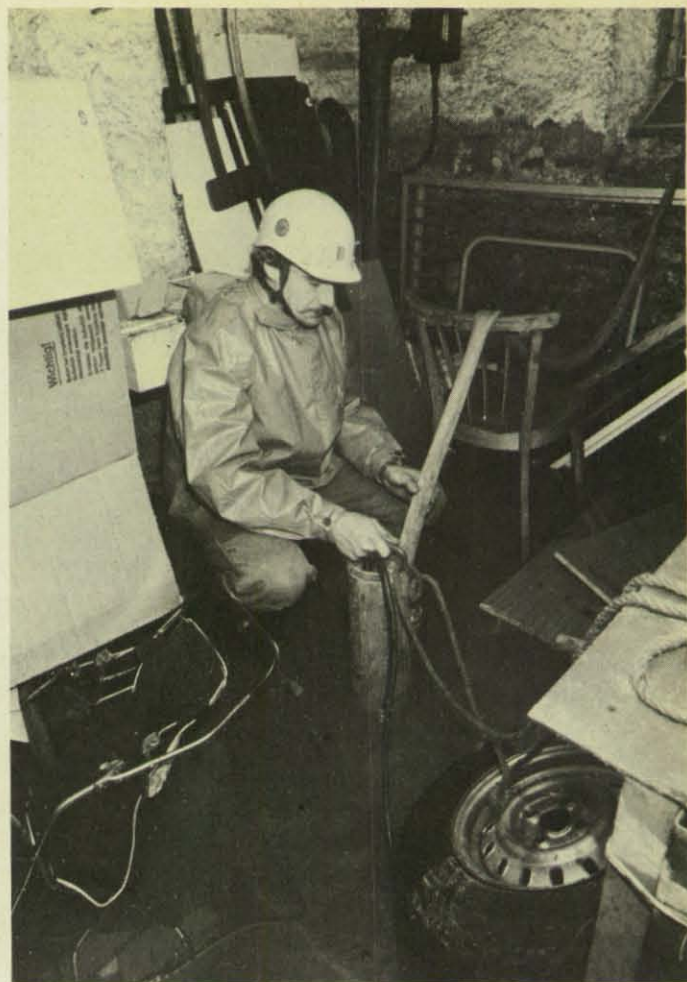
Zahlreiche Bundes- und Landstraßen – hier die B 417 bei Schloß Langenau – mußten wegen Überflutung gesperrt werden.



Die Absperurmaßnahmen fanden zum Leidwesen der Polizei nicht die gebotene Beachtung.



Die Feuerwehren hatten überall an der Lahn, wie hier in Limburg, alle Hände voll zu tun.



Auch das THW half nach Kräften, den Schaden zu begrenzen.

re Wasserverschmutzung zu verhindern.“ Kämpfer tritt dafür ein, zur Vermeidung einer Wasserverschmutzung in hochwassergefährdeten Gebieten die sichere Befestigung von Öltanks an Fundamenten zwingend vorzuschreiben.

Leitstelle stark gefordert

In der Leitstelle der Polizei wurden zum Höhepunkt der Flutwelle über 300 Hilfeeinsuchen in kurzer Zeit registriert und weitergeleitet oder – soweit möglich – selbst

erledigt. Neben der Abwicklung des normalen Funk- und Fernsprechverkehrs hat die Leitstelle der Polizei noch die Aufgabe, die Funkmeldeempfänger der Feuerwehr auszulösen.

Von der Polizei wurden bis zu zehn Beamte

Wertvolle Hilfe

Die Bundeswehr setzte mit der Auslösung des Katastrophenalarms über 150 Soldaten mit sechs großen Booten, zwei Amphibienfahrzeugen und zehn Lastkraftwagen zur Unterstützung der örtlichen Einsatzkräfte ein. Die verantwortlichen Männer der Bundeswehr zeigten sich mit Ablauf und Zusammenarbeit sowohl im Einsatz als auch in der Einsatzleitung zufrieden.

DRK unterstützte

Vom DRK wurden zwei Personen übernommen und ärztlicher Behandlung zugeführt, eine Schwangere wurde mit dem Boot geborgen und anschließend ins Krankenhaus gebracht. Ebenfalls das Krankenhaus aufsuchen mußte ein Feuerwehrmann, der in die Fluten gestürzt war und sich dabei Unterkühlungen zugezogen hatte.



Ständig im Mittelpunkt des Interesses: Der Pegelstand des Flusses, hier fallender Wasserstand am Pegel Kalkofen.

eingesetzt, ihre Aufgaben beschränkten sich ausschließlich auf die Verkehrslenkung. Die Planung der Umleitungsstrecken und die entsprechende Beschilderung wurden im Zusammenwirken mit Straßenmeisterei und Bauhof durchgeführt. Dabei wurde der Schwerlastverkehr über 3,5t weiträumig umgeleitet, für den sonstigen Verkehr waren innerörtliche Umleitungsstrecken eingerichtet.

Der Leiter der Polizei, Hauptkommissar Manfred Heß, bedauert allerdings, daß die Beschilderung bei den Verkehrsteilnehmern kaum Beachtung fand: „Sobald der am Sperrschild postierte Beamte abgezogen wird, stört sich fast niemand mehr an der Sperrung. Jeder meint dann, daß die Sperrung zwar für die Allgemeinheit Gültigkeit habe, aber gerade er selbst davon nicht betroffen sei.“

Knotenpunkt Rathaus

Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde Diez, Karl Günzler, steht sowohl in ständiger Verbindung mit der Einsatzleitung als auch mit der Verwaltung des Rhein-Lahn-Kreises in Bad Ems. Er hält nicht viel davon, wenn sich Verantwortliche bei Katastrophen „in den vordersten Linien“ aufhalten. Zwar hat er sich bei einer Rundfahrt durch die Verbandsgemeinde ein Bild vom Ausmaß der Schäden machen können, doch hält er, der Hauptverwaltungsbeamte, im Rathaus Diez die „Fäden in der Hand“.

Bürgermeister Günzler betont, daß die Gemeinde für die öfter wiederkehrenden Fälle, in denen die Lahn über die Ufer tritt, vorgesorgt hat. Neben anderen Hilfsmitteln werden für Überschwemmungen fast 400 Meter Fußgängerstege bereitgehalten. Diese wurden zwar aufgestellt und gefährdete Stellen zusätzlich durch Sandsackbarrieren abgesichert, doch die ständig höher steigenden Fluten machten diesmal alle Bemühungen zunichte und überspülten bald auch die für „normale“ Hochwasser bemessenen Stege.

Katastrophenalarm

Als mit der immer bedrohlicher werdenden Situation feststand, daß das örtliche Hilfspotential – THW-Kräfte gibt es in Diez nicht – überfordert war, löste die Kreisverwaltung am 8. Februar um 10.00 Uhr für die Verbandsgemeinde Diez Katastrophenalarm aus. Zusammen mit dem Verteidigungskreiskommando organisierte Bürgermeister Günzler dann den Einsatz der Bundeswehr. Als erste Maßnahme wurde die Bundeswehr zur Unterstützung der örtlichen Hilfskräfte bei Bergungsarbeiten eingesetzt.

Das Wasser stieg so schnell an, daß viele Wohnwagenbesitzer ihr Gefährt nicht mehr in Sicherheit bringen konnten.



Ebenfalls von den Fluten überrascht wurde dieser abgestellte Pkw.



Teures „Strandgut“: Von den Wassermassen fortgespülte Wohnwagen haben nur noch Schrottwert.



Wo ansonsten Fahrräder abgestellt werden, hatte der Schwan sein Reich.





Auch die Feuerwehr wurde nicht verschont: In Bad Ems ergossen sich die Fluten in das Feuerwehrgerätehaus.

1 000 Personen zweimal täglich mit einer warmen Mahlzeit versorgt werden.

„Insgesamt zufrieden“

In einem kurzen Rückblick zeigt sich Bürgermeister Günzler mit dem Ablauf der Maßnahmen und dem Zusammenwirken der verschiedenen Stellen und Organisationen insgesamt zufrieden. Er weist besonders auf die Tatsache hin, daß das örtliche Hilfspotential – Freiwillige Feuerwehr und Deutsches Rotes Kreuz – ausschließlich aus Freiwilligen besteht, wodurch den erbrachten Leistungen ein besonderer Wert verliehen würde.

Die obersten Grundsätze für die Bürger seien in solchen Fällen, so der Bürgermeister, Ruhe zu bewahren und Solidarität zu üben. Auch ungerechtfertigte Kritik am Vorgehen der Helfer sollte unterbleiben, weil diese, davon sei er überzeugt, im Rahmen des Möglichen stets ihr Bestes geben.

Notunterkünfte wenig gefragt

Als weitere Maßnahme mußten Aufenthaltsmöglichkeiten für die aus ihren Wohnungen evakuierten Bürger geschaffen werden. Für diesen Zweck wurde die im Ort gelegene Freiherr-vom-Stein-Kaserne für die Aufnahme von 100 Personen hergerichtet. Darüber hinaus wurden zwei Turnhallen für eine Ausweitung der Aufnahmekapazität vorbereitet.

Es stellte sich jedoch heraus, daß diese Möglichkeit nur von einigen wenigen Bürgern in Anspruch genommen wurde. Die Mehrzahl der evakuierten Bürger fand bei Verwandten oder Bekannten Unterkunft.

Die meisten der vom Hochwasser Betroffenen verblieben jedoch in ihren Häusern, nach Überflutung der unteren Räume in den oberen Stockwerken.

Verpflegung sichergestellt

Des weiteren wurde die Bundeswehr mit der Aufgabe betraut, die Verpflegung der Einsatzkräfte und der ohne Stromversorgung und Heizung in ihren Häusern ausharrenden Menschen zu übernehmen. Das Essen wurde in der Großküche der Kaserne zubereitet und in Thermobehältern per Lkw oder Boot zu den Empfängern transportiert. Auf diese Weise konnten über

Selbsthilfe mangelhaft

Allerdings hat Bürgermeister Günzler auch eine betrübliche Erkenntnis gewinnen müssen: „Es ist in erschreckendem Maße deutlich geworden, wie wenige Bürger sich einen Vorrat für Notfälle angelegt haben. Die meisten Bürger sind nicht in der Lage, sich auch nur für wenige Tage selbst zu versorgen. Man verläßt sich immer noch zu viel auf den Staat, anstatt selbst vorzusorgen.“ Auf diesem Gebiet sei noch viel Aufklärung vonnöten, meint der Bürgermeister.



Das THW errichtete mehrere hundert Meter Fußgängerstege.



Während die Feuerwehr – wie hier an der alten Brücke in Limburg – den Schlamm von den Straßen spülte, baute das THW seine Stege ab.

Das große Reinemachen

Die nächste Aufgabe, die jetzt ins Auge gefaßt wird, ist das große Reinemachen in der Innenstadt. Man ist überzeugt, auch diese Arbeiten so abzuwickeln, daß in kurzer Zeit kaum noch Spuren des Hochwassers zu sehen sind.

Und das wird nicht nur in Diez an der Lahn so sein. In allen vom Hochwasser betroffenen Städten und Gemeinden stehen die Reinigungstrupps „Besen bei Fuß“, um der vom Wasser hinterlassenen Schlammflut zu Leibe zu rücken.

Millionenschäden

Welche Dimensionen das Hochwasser erreichte, läßt sich leicht an den Schadenszahlen erkennen: Allein im benachbarten Regierungsbezirk Gießen (Hessen) sind nach ersten Schätzungen durch die Fluten Schäden in Höhe von 140 Millionen DM entstanden.

Fotos: Claes (10), Schwepfinger (3), dpa (2)

Wann und warum verläßt „Vater Rhein“ sein Bett?

Die Rhein-Hochwasser im April und Mai 1983 gewässerkundlich ausgewertet und statistisch verglichen

1. Einleitung

Innerhalb von nur sechs Wochen sind die Menschen an Rhein, Mosel und ihren Nebenflüssen im Frühjahr 1983 von zwei aufeinanderfolgenden Hochwassern heimgesucht worden. Das Zivilschutz-Magazin hat über die Schäden und Folgen, die Arbeit der Katastrophenschutzstäbe und den Einsatz der Katastrophenschutzorganisationen während der Hochwasser eingehend berichtet [1–3]. Bei den Betroffenen und Beteiligten stellt sich die Frage nach der Einzigartigkeit dieser Hochwasserereignisse. Das veranlaßte die Bundesanstalt für Gewässerkunde in Koblenz, die Entstehung und die Wertigkeit der beiden Hochwasser anhand von langjährigen Beobachtungen zu untersuchen. Ulrich Schröder und Heinz Engel haben hierüber im Dezember-Heft 1983 der von den wasserwirtschaftlichen Dienststellen des Bundes und der Länder herausgegebenen Deutschen Gewässerkundlichen Mitteilungen ausführlich berichtet [4]. Im folgenden werden die wichtigsten Erkenntnisse zusammengefaßt und erläutert.

2. Witterungsverlauf

2.1 Winter 1982/83

Die Ursachen der beiden Hochwasser im Frühjahr 1983 liegen bereits mit im Witterungsverlauf des vorangegangenen Winters 1982/83 – klimatologisch der Zeitraum vom 1. Dezember 1982 bis zum 28. Februar 1983 – begründet. Im gesamten Einzugsgebiet des Rheins waren alle Wintermonate – bis auf den Februar – und damit der Winter insgesamt im langjährigen Vergleich schon zu naß. Die Witterung war durch eine besonders starke Häufung von westorientierten Großwetterlagen gekennzeichnet, deren milde Luftmassen mit Wolken angereichert und sehr niederschlagsintensiv waren. In Tabelle 1 sind die mittleren Niederschlagshöhen insgesamt für den Winter 1982/83 im deutschen Einzugsge-

biet des Rheins mit seinen Nebenflüssen und zugleich in Prozent vom langjährigen Durchschnitt angegeben. Sie betragen mehr als 130 bis über 150 Prozent.

2.2 Frühjahr 1983

Im Frühjahr 1983, klimatologisch der Zeitraum vom 1. März bis 31. Mai, setzten sich die Niederschläge vom Winter fort. Der Boden war bereits weitgehend gesättigt und für Niederschläge nicht mehr aufnahmefähig. Ausgedehnte Tiefdruckgebiete von den Britischen Inseln und der Nordsee führten in der ersten Aprilhälfte zu besonders ergiebigen Niederschlägen. Sie hielten auch in der zweiten Aprilhälfte an, wenn auch nicht mehr so außergewöhnlich stark. In weiten Teilen der Bundesrepublik Deutschland wurden im April mehr als 200, im Nordschwarzwald sogar über 300 Prozent vom langjährigen Niederschlagsmittel gemessen (vgl. Tabelle 1). Der Boden blieb übersättigt und konnte kaum Niederschlagswasser aufnehmen.

Im Mai zogen erneut ausgeprägte Tiefdruckausläufer mit verbreiteten und ergiebigen Niederschlägen über die Bundesrepublik Deutschland hinweg. Ein nur kurzes Zwischenhoch am 5. Mai brachte Wetter-

beruhigung mit dem einzigen Tag im Monat, der überwiegend niederschlagsfrei blieb. Vom 23. Mai an entwickelte sich eine für die Monate April und Mai charakteristische sogenannte Vb-Wetterlage, die aus der langjährigen Beobachtung bestimmter „Zugstraßen“ von Tiefdruckgebieten abgeleitet war und sehr warme sowie wasserdampfreiche Luftmassen aus dem Mittelmeerraum nordwärts führte. Unter die in der Höhe nach Deutschland transportierte Mittelmeerluft schichtete sich Kaltluft aus nördlichen Richtungen ein. Im Bereich der fast stationären Luftmassengrenze zwischen kalter und warmer Luft kam es zu verbreiteten und langandauernden Niederschlägen. In Freiburg/Breisgau wurden z. B. vom 23.–25. Mai insgesamt 120 mm Niederschlag registriert, in Frankfurt stellte der Mai mit 25 Niederschlagstagen ein neues Maximum seit 1857 auf.

In Tabelle 1 sind auch die mittleren Niederschlagshöhen in den Monaten März bis Mai und die Summe für das Frühjahr 1983 angegeben. Das Überangebot an Niederschlägen des Winters wurde im Frühjahr nochmals kräftig erhöht. Es erreichte im gesamten Einzugsgebiet des Rheins etwa das Doppelte der normalen Niederschläge.

Einzugsgebiet	Winter insges.		März		Monat April		Mai		Frühjahr insges.	
	mm	%	mm	%	mm	%	mm	%	mm	%
Deutsches Einzugsgebiet des Rheins oberhalb der Mainmündung	292	151	71	128	152	241	187	240	410	209
Einzugsgebiet des Mains	228	131	55	129	115	235	127	208	297	195
Deutsches Einzugsgebiet des Rheins unterhalb der Mainmündung	282	131	80	163	98	164	141	227	319	187

Tabelle 1: Mittlere Niederschlagshöhen im Winter und Frühjahr 1983 in mm (l/m^2) und in Prozent des langjährigen Durchschnitts.

Die auf die Gesamtfläche der Bundesrepublik Deutschland verteilte Niederschlags-höhe lag 75 Prozent über dem langjährigen Mittel und damit noch erheblich höher als in der Winterperiode mit etwa einem Drittel über Normal.

3. Hochwasserverlauf

3.1 April 1983

Nach den starken Niederschlägen im Vormonat und den anhaltenden Regenfällen Anfang April kam es im gesamten Einzugsgebiet des Rheins zum ersten Hochwasser des Frühjahres 1983. In der Zeit vom 11. bis 15. April traten viele Flüsse über die Ufer. Bild 1 zeigt den Gang der Wasserstände an insgesamt acht ausgewählten Beobachtungsstellen (Pegeln) am Hoch-, Ober-, Mittel- und Niederrhein sowie einigen für das Abflußgeschehen bedeutsamen Nebenflüssen (Kinzig, aus dem Schwarzwald, Neckar, Main, Nahe, Lahn, Saar und Mosel). Zum Vergleich mit den aktuellen Hochwasserständen ist jeweils das aufgrund von langjährigen Messungen für jeden Pegel errechnete Mittlere Hochwasser (MHW) als statistischer Mittelwert aus den jeweils höchsten Wasserständen der bisher beobachteten Jahre angegeben.

In Rheinfelden am Hochrhein ergab sich am 9. April ein Maximum von 435 cm am Pegel, entsprechend einem Abfluß Q von $2540 \text{ m}^3/\text{s}$. Aufgrund der geringen Niederschläge im Quellgebiet vom Alpen- und Hochrhein lag der Abfluß damit noch knapp unter dem langjährigen Mittleren Hochwasserstand und war deutlich geringer als bei den großen Hochwasserereignissen vom Februar 1970 (500 cm) und Januar 1955 (495 cm). Durch große Zuflüsse aus dem Schwarzwald – die Kinzig (Pegel Schwaibach) brachte z. B. einen Spitzenabfluß von rd. $500 \text{ m}^3/\text{s}$ – und den Vogesen stieg der Hochwasserscheitel in Karlsruhe-Maxau am 10. April auf eine Höhe von 847 cm und führte zu einem Abfluß, der mit $4230 \text{ m}^3/\text{s}$ schon fast das langjährige Hochwasser erreichte. Die Hochwasserwelle des Neckars am Pegel Rockenau mit einem Scheitelabfluß von $1860 \text{ m}^3/\text{s}$ (zum Vergleich: 1955 waren es $1600 \text{ m}^3/\text{s}$ und 1970 $1880 \text{ m}^3/\text{s}$) traf am 10. April mit der Rheinwelle zusammen. Am Abend des 11. April wurde in Worms mit 706 cm am Pegel (Abfluß $5160 \text{ m}^3/\text{s}$) der Höchststand erreicht. Er lag damit zwischen den Spitzenabflüssen der beiden großen Hochwasser 1955 und 1970.

Durch das nur etwa mittlere Hochwasser des Mains wurde die Hochwasserwelle vom Rhein angehoben und führte am 13. April in Mainz zu einem maximalen Wasserstand von 706 cm am Pegel bzw.

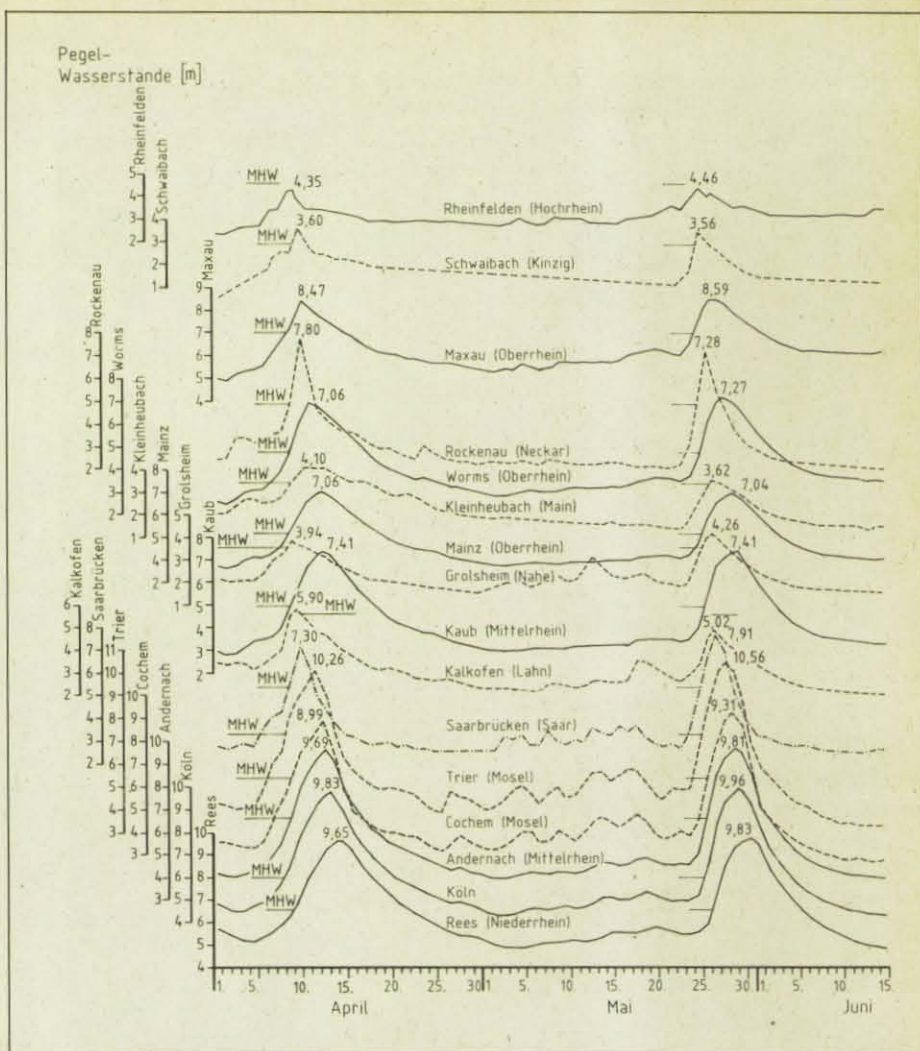


Bild 1: Wasserstandsganglinien an den Pegeln des Rheins und seiner wichtigsten Nebenflüsse während der Hochwasser im April und Mai 1983.

einem Abfluß von $5780 \text{ m}^3/\text{s}$. Diese Spitze lag deutlich niedriger als die Vergleichsabflüsse der Jahre 1955 ($6100 \text{ m}^3/\text{s}$) und 1970 ($6680 \text{ m}^3/\text{s}$). Der Hochwasserscheitel der Nahe ($500 \text{ m}^3/\text{s}$ am Pegel Grolsheim) hatte die Rheinmündung bereits am 9. April erreicht, so daß er bei fallenden Wasserständen im Rhein nur noch einen durchschnittlichen Abfluß von rd. $200 \text{ m}^3/\text{s}$ beitrug. So ergab sich am Pegel Kaub am 13. April ein Spitzenwasserstand von 741 cm ($6060 \text{ m}^3/\text{s}$).

Wie die Welle der Nahe, so eilte auch das Hochwasser der Lahn (Pegel Kalkofen) dem Scheitel im Rhein voraus und lieferte am 15. April nur noch einen Abfluß von ungefähr $200 \text{ m}^3/\text{s}$ bei langsam fallendem Wasserstand.

Der Hochwasserscheitel der Saar erreichte am 10. April den Pegel Saarbrücken mit einem Spitzenwert von 730 cm ($552 \text{ m}^3/\text{s}$) und lief der Moselwelle um einen Tag voraus. Er erhöhte damit den ansteigenden Ast der Hochwasserwelle der Mosel. Am 12. April wurde in Trier mit 1026 cm am Pegel ($3130 \text{ m}^3/\text{s}$) die Spitze erreicht (Bild 1). Am Morgen des 13. April durchlief der Hochwasserscheitel Cochem mit

899 cm am Pegel ($3300 \text{ m}^3/\text{s}$). Damit lag das Hochwasser der Mosel weit über dem vom Februar 1970 ($2260 \text{ m}^3/\text{s}$ in Trier, $2820 \text{ m}^3/\text{s}$ in Cochem), aber unter dem vom Januar 1955 ($3400 \text{ m}^3/\text{s}$ in Trier, $3430 \text{ m}^3/\text{s}$ in Cochem).

Gegen Mittag des 13. April trafen die Hochwasserwellen von Mosel und Rhein bei Koblenz aufeinander. Daraus ergab sich in Andernach ein Wasserstand von 969 cm am Pegel, ein Wert, der ziemlich genau zwischen den maximalen Hochwasserständen von Januar 1955 und Februar 1970 lag.

In der Nacht vom 13. zum 14. April erreichte der Hochwasserscheitel Köln, mit 983 cm am Pegel ($9690 \text{ m}^3/\text{s}$) fast der gleiche Wasserstand wie Januar 1955 (980 cm) und Februar 1970 (986 cm). In Rees (Niederrhein) zeigte der Hochwasserscheitel 965 cm am Pegel ($9460 \text{ m}^3/\text{s}$).

3.2 Mai 1983

Infolge der den ganzen Monat über anhaltenden Niederschläge kam es im Mai zum zweiten Frühjahrschhochwasser 1983 (Bild 1). Während sich am Hoch- und

Oberrhein etwa bis unterhalb von Worms gegenüber dem April-Hochwasser leicht erhöhte Scheitelwasserstände ergaben, blieben diese wegen der niedrigen Hochwasser von Neckar, Main, Nahe und Lahn im Gebiet des Mittelrheins bis oberhalb Koblenz nahezu gleich.

Mit Beginn der niederschlagsreichen Wetterlage lief jedoch im Moselgebiet ein großes Hochwasser an. Die Scheitelwasserstände von Saar und Mosel übertrafen das April-Hochwasser teilweise erheblich (Pegel Saarbrücken +61 cm, Trier +30 cm, Cochem +32 cm).

Ebenso wie im April trafen die Scheitel von Mosel- und Rheinhochwasser bei Koblenz aufeinander. So traten in Andernach mit 981 cm am Pegel (9700 m³/s), in Köln mit 996 cm am Pegel (9910 m³/s) sowie am Niederrhein höhere Scheitelwasserstände und -abflüsse als im April 1983 bzw. im Jahr 1970 ein.

3.3 Vergleich der Hochwasser von April und Mai

Das Mai-Hochwasser setzte am Rhein und seinen Nebenflüssen gleichzeitig, nämlich am 23. Mai, ein, während sich das April-Hochwasser an Nahe, Saar und Mosel wegen der hier im Vergleich zu den übrigen Gebieten später eingetretenen intensiven und ergiebigen Niederschlägen erst drei Tage später als im übrigen Einzugsgebiet des Rheins zu entwickeln begann. Das verspätete Einsetzen an Saar und Mosel im April wurde jedoch durch ein sehr rasches Ansteigen des Hochwassers eingeholt. Das Mai-Hochwasser ist allerdings an Saar und Mosel durch einen noch steileren Anstieg gekennzeichnet, der zeitweise bis zu 10 cm/h betrug. Auch der Höhe nach übertraf an Saar und Mosel das Mai-Ereignis das April-Hochwasser beachtlich. So fiel das Mai-Hochwasser auch am Rhein unterhalb der Moselmündung merklich höher aus als im April.

4. Die Frühjahrshochwasser 1983 im langjährigen Vergleich

4.1 Vorbemerkungen

Große Hochwasser bleiben – zumindest den unmittelbar Betroffenen – länger in Erinnerung. Trotzdem werden selbst die Betroffenen häufig von neuen Hochwasserereignissen überrascht und empfinden als ungewöhnlich bzw. „Katastrophe“, was – durch Aufzeichnungen belegt – „Normalität“ darstellt. Die „Normalität“ bzw. „Anormalität“ läßt sich statistisch im Zeitabstand der Wiederkehr ausdrücken. So liegt die Wiederkehrzeit schon als katastrophal empfundener Hochwasser teilweise unter zwanzig Jahren, was allerdings

durchaus nicht bedeutet, daß diese Zeitspanne jeweils zwischen den einzelnen Hochwasserereignissen liegen muß. Vielmehr wechseln sich längere hochwasserfreie Perioden zumeist mit Zeiten häufigeren Auftretens von Hochwasser ab.

Am Rhein werden die Wasserstände schon seit weit über hundert Jahren aufgezeichnet. Der Gang der Wasserstände in den Gewässern, insbesondere gerade auch der höheren, unterliegt jedoch einer laufenden Veränderung. Diese Veränderung wird einmal durch natürliche Umgestaltung der Gewässerquerschnitte (Abtrag oder Auflandung von Uferböschungen und Sohle) hervorgerufen, zum anderen ist sie auf künstliche Veränderung der Abflußprofile (z. B. durch den Ausbau der Gewässer, die Schifffahrt), vor allem auch durch längerfristige Vorgänge in den Einzugsgebieten zurückzuführen. Solche sind nur in längeren Zeiträumen auswirkende Erscheinungen sind die wachsende Urbanisierung unserer Landschaft, d. h. die abflußsteigernde Bebauung, die mit der Entwässerung früherer Feuchtgebiete, Änderung der Landnutzung, wachsender Befestigung der Oberfläche („Versiegelung“), Kanalisierung usw. einhergeht. So lassen sich häufig Meßdaten aus verschiedenen Zeiträumen nicht mehr vergleichen.

Es muß auch auf die jahreszeitlich unterschiedlichen Entstehungsursachen von Hochwasserereignissen hingewiesen werden. In den Flüssen unserer Mittelgebirge entstehen große Hochwasser in der Regel im Winter, in der vegetationsarmen Zeit sowie bei gefrorenem Boden und Schneeschmelze. Im Gegensatz dazu bringen der Alpen- und Hochohrhein (vom Quellgebiet des Rheins bis zum Bodensee bzw. Bodensee bis Basel) extreme Abflüsse vor allem im Sommer nach intensiven Regenfällen im Hochgebirge, in Verbindung mit den Schmelzwässern der Alpengletscher. Mit zunehmendem Abstand des Rheinlau-

fes von Basel wächst der Einfluß der Nebenflüsse auf das Abflußgeschehen, so daß große Hochwasser an Mittel- und Niederrhein in der Regel im Winter auftreten. Die unterschiedlichen Ursachen und Folgen von Hochwassern je nach Jahreszeit (z. B. im Sommer größere Schäden bei Landwirtschaft und Freizeitnutzung als im Winter) lassen die jahreszeitlich getrennte Betrachtung von Häufigkeiten für die Winter- und Sommerhalbjahre geraten erscheinen.

4.2 Statistische Auswertung der Hochwasserscheitel

In Tabelle 2 sind die Abflußspitzen QS (m³/s) des April- und Mai-Hochwassers 1983 für acht Strompegel vom Hoch- bis zum Niederrhein zusammengestellt und der Abflußhöhe nach mit Rangziffern eingestuft worden. Dabei geben die Rangziffer „1“ den höchsten Abfluß bzw. z. B. die Rangziffern „5“ und „10“ den fünf- bzw. zehnthöchsten Wert im betrachteten Beobachtungszeitraum seit 1871 an.

Während die Wasserführung am Hochohrhein (Pegel Rheinfelden) im April und Mai 1983 kaum die Bezeichnung „Hochwasser“ verdient, liefern die Nebenflüsse aus Schwarzwald und Vogesen Abflußwerte, die die Hochwasser am Oberrhein (Pegel Worms) zum dritt- bzw. vierthöchsten innerhalb des Beobachtungszeitraumes werden lassen. Rheinabwärts ergeben sich von Pegel zu Pegel Verschiebungen in der Rangfolge. So fallen die Abflußscheitel in Mainz mit den Rangziffern „8“ und „9“ gegenüber Worms deutlich zurück. Bis Andernach rücken die Hochwasser in der Rangfolge wieder nach vorn, um dann zum Niederrhein hin in Köln und Rees mit Besetzung der Ränge „7“ und „10“ erneut an Bedeutung zu verlieren.

In Tabelle 3 sind schließlich die mit statistischen Rechenverfahren ermittelten soge-

Pegel	Hochwasser			
	April 1983		Mai 1983	
	QS m ³ /s	Rang- ziffer	QS m ³ /s	Rang- ziffer
Rheinfelden	2 540	Bereich des MHQ	2 630	Bereich des MHQ
Maxau	4 230	6	4 370	3
Worms	5 160	4	5 400	3
Mainz	5 780	8	5 750	9
Kaub	6 060	6	6 060	6
Andernach	9 520	6	9 700	4
Köln	9 690	7	9 910	5
Rees	9 460	10	9 930	7

Tabelle 2: Einordnung der Hochwasserscheitelabflüsse (QS) im April und Mai 1983 innerhalb der Rangfolge des Beobachtungszeitraumes 1871 bis 1983.

Pegel	Hochwasser					
	April 1983			Mai 1983		
	QS m ³ /s	Wiederkehrzeit (Jahre)		QS m ³ /s	Wiederkehrzeit (Jahre)	
	Abfluß- jahr	Winter- halbjahr		Abfluß- jahr	Sommer- halbjahr	
Rheinfelden	2 540	1	3	2 630	1	2
Maxau	4 230	11	19	4 370	14	31
Worms	5 160	18	21	5 400	26	113
Mainz	5 780	11	12	5 750	11	180
Kaub	6 060	14	14	6 060	14	230
Andernach	9 520	28	29	9 700	31	295
Köln	9 690	27	28	9 910	31	290
Rees	9 460	15	15	9 930	22	285

Tabelle 3: Wiederkehrzeiten der Hochwasserscheitelabflüsse (QS) von April und Mai 1983 im Beobachtungszeitraum 1871 bis 1983.

nannten „Wiederkehrzeiten“ für die im April und Mai 1983 an den acht Strompegeln eingetretenen Abflussscheitel zusammengefaßt. Es bedeutet z. B. am Pegel Rheinfelden eine Wiederkehrzeit von einem Jahr, bezogen auf das Abflußjahr, daß nach der statistischen Wahrscheinlichkeit ein Hochwasser dieser Größe in jedem Jahr etwa einmal zu erwarten ist; eine Wiederkehrzeit von z. B. 27 bzw. 31 Jahren am Pegel Köln charakterisiert ein Hochwasser, das seiner Höhe nach immerhin – statistisch gesehen – seit 1871 nur noch alle 27 bzw. 31 Jahre erwartet werden kann. Das bedeutet aber nicht, daß sich ein ähnliches Hochwasser nicht kurz danach wiederholen kann, wie es im Frühjahr 1983 ja tatsächlich nach bereits sechs Wochen eingetreten ist. Hinsichtlich ihrer Wieder-

kehrzeit, bezogen auf das ganze Abflußjahr, sind die Hochwasser von April und Mai 1983 statistisch etwa gleich zu bewerten.

Zum Vergleich sind in Tabelle 3 noch die Wiederkehrzeiten für das Winterhalbjahr (April-Hochwasser) sowie das Sommerhalbjahr (Mai-Hochwasser) angegeben. Hier zeigt sich nun ab Oberrheinpegel Worms besonders deutlich die Steigerung der Seltenheit des Mai-Ereignisses als Sommer-Hochwasser. Sie erklärt sich aus der Tatsache, daß unterhalb von Worms vom Ober- bis zum Niederrhein Hochwasser weit überwiegend im Winter eintreten. So ist von den zehn höchsten Hochwassern vor 1983 an den Rheinpegeln ab Worms keines in den Sommermonaten abgeflossen. Beim Hochwasser im Mai 1983

hat es sich also noch um ein typisches „Winter-Hochwasser“ gehandelt.

Besonders ungewöhnlich erschien vielen Beobachtern die kurze Folge von zwei Hochwassern innerhalb von nur sechs Wochen. Das Forschen im Abflußgeschehen der Vergangenheit hat allerdings gezeigt, daß eine solche Folge nicht außergewöhnlich ist. Seit 1870 sind tatsächlich zahlreiche Hochwasser mit ähnlichen und noch höheren Abflußspitzen innerhalb eines Zeitraumes von ca. sechs Wochen aufgetreten. Die spektakulärste Wellenfolge erbrachte vor ziemlich genau hundert Jahren Abflüsse am Pegel Kaub von 6530 m³/s (28. November 1882) bzw. sogar 7000 m³/s (am 5. Januar 1883), das sind rd. 1000 m³/s mehr als im April/Mai 1983. Dabei ist zu bedenken, daß bei dem Ereignis von 1882/83 im Raum Worms umfangreiche Deichbrüche zu einer starken Reduzierung des Scheitelabflusses und der Fülle der Hochwasserwelle infolge Zwischenspeicherung von Flußwasser auf weiten überschwemmten Flächen geführt haben.

4.3 Nebenflüsse

Großen Einfluß – im wahrsten Sinne des Wortes – auf die Wasserführung im Rheinstrom haben Neckar, Main und Mosel. Dabei können Main und Neckar mit Spitzenabflüssen bis zu 3000 m³/s dem Rhein noch bis zu ca. 50 Prozent und die Mosel mit einem Höchstabfluß von 4100 m³/s sogar mehr als 50 Prozent des jeweils an der Mündung ankommenden Abflusses zuführen. Bedeutsam ist jeweils die Tatsache, ob sich die Hochwasserscheitel der Nebenflüsse mit dem vom Rhein überlagern.

Die Scheitelabflüsse des Neckars von 1860 mm³/s bzw. 1520 m³/s entsprachen mit Wiederkehrzeiten von 15 (Winter) bzw. 50 Jahren (Sommer) in der Größenordnung etwa den Häufigkeiten der Rheinscheitelwelle. Der Main war mit Maxima von 1000 m³/s im April und 980 m³/s im Mai knapp über mittlerem Hochwasser nur verhältnismäßig wenig an der Hochwasserentwicklung im Rhein beteiligt. Anders verhält es sich bei der vom Hochwasser besonders betroffenen Mosel. Die Abflüsse von 3300 m³/s im April bzw. 3480 m³/s im Mai am Pegel Cochem gehörten zu den zehnhöchsten seit 1871. Als Wiederkehrzeiten ergaben sich für die Scheitel des April-Hochwassers etwa 15 Jahre und für das Mai-Hochwasser etwa 22 Jahre; bei Betrachtung von Halbjahren liegt das Mai-Ereignis 1983 bei einer Wiederkehrzeit von rd. achtzig Jahren. Wenn man berücksichtigt, daß der Abfluß der Mosel nach der Spitze im April noch nicht wieder abgeklungen war und die erneute Starkregenperiode im Mai auf einen noch vom April, also aus dem Winterhalbjahr wassergesättigten Boden traf, ist das Mai-Hochwasser 1983



Bild 2: Hochwasser am Rhein: Blick auf die bekannte Rheinfront der Kölner Altstadt in Höhe des Pegels (Bildmitte).



Bild 3: So sah es 1970 in Köln aus.



Bild 4: Stege und Boote sind nötig, um trockenen Fußes die Häuser am Rheinufer zu erreichen.



Bild 5: Die Kölner Altstadt, wie sie die Touristen aus aller Welt nicht kennen.

als verspätetes Winter-Hochwasser anzusehen. Andererseits sind nicht nur mit dem Extremereignis vom Oktober 1824 Sommerhochwasserstände bekannt, die noch über dem vom Mai 1983 gelegen haben.

5. Schlußbemerkung

Die die Hochwasser im April und Mai 1983 auslösenden Wetterlagen mit intensiven und lang andauernden Regenperioden waren für die Jahreszeit nicht außergewöhnlich. Sie ergaben eine Wassersättigung im Boden von praktisch 100 Prozent, was vor allem im Einzugsgebiet der Mosel trotz der im Mai schon weitgehend vorhandenen Vegetation zu einem praktisch vollständigen Abfluß der Niederschläge führte.

In Anbetracht der Tatsache, daß keine tauenden Schneedecken beteiligt waren, ist das Ausmaß beider Hochwasser ungewöhnlich. In beiden Fällen war auch kaum Abfluß aus dem Hochgebirge beteiligt, womit also typische Winter-Hochwasser vorlagen. Das Mai-Hochwasser bekommt als Sommerereignis einen ganz erheblichen Seltenheitsgrad mit Wiederkehrzeiten von nahezu dreihundert Jahren (Pegel Andernach sowie Köln, siehe Tabelle 3). Im Gegensatz zum Rheinhochwasser rückt das der Mosel in den Bereich eines normalen Hochwassers, das statistisch etwa alle zwanzig Jahre zu erwarten ist, wenn man es noch der Winterperiode zuordnet.

Die angestellten Betrachtungen gelten für die verhältnismäßig großen Einzugsgebiete des Rheinstroms und seiner wichtigsten Nebenflüsse. Hier bilden sich größere Hochwasser nur dann, wenn ergiebige und lang andauernde Niederschläge größere Gebiete erfassen. Ganz anders ist es bei kleinen Flüssen und Bächen. Hier können bereits eng begrenzte Regenfälle, wie Gewittergüsse, zu katastrophalen Hochwassern führen.

Literaturverzeichnis

- [1] Boeken, Dorothee: Mit 9,80 Meter die höchste Flut in Köln seit 13 Jahren – Köln – das Venedig am Rhein – „Land unter“ in der Millionenstadt – Zahlreiche Helfer versuchten, die Hochwasserschäden zu verringern. Zivilschutz-Magazin, Nr. 4/1983
- [2] Boeken, Dorothee: Hochwasserschäden gehen in die Millionen – Die Große Schlacht gegen den Schlamm – An Rhein und Mosel begannen nach den großen Fluten die Aufräumarbeiten – Mit Besen und Schaufel gegen den Unrat. Zivilschutz-Magazin Nr. 5 / Mai 1983
- [3] NN: Rheinland-Pfalz: Bis zu 4000 Helfer im Einsatz – Die Lage überall fest im Griff – Innenminister Böckmann würdigt die Leistungen der Helfer – Erfahrungen aus dem Einsatz. Zivilschutz-Magazin Nr. 5 / Mai 1983
- [4] Dipl.-Meteorologe Ulrich Schröder und Bauberrat Dipl.-Ing. Heinz Engel: Die Rhein-Hochwasser vom April und Mai 1983. Deutsche Gewässerkundliche Mitteilungen (DGM) 27, 1983, Heft 5/6 – Dezember, Seite 186–194

(Fotos: Sers)

Günter Sers

Der ASB-Ortsverband Köln erweiterte die Nutzung seiner EDV-Anlage

Das Zauberwort heißt: Zentralkartei

Die Helfer- und Geräteverwaltung ist im Ortsverband übersichtlicher geworden – Führungskräfte arbeiten selbständig mit dem Rechner

Die Einsatzleitstelle des Arbeiter-Samariter-Bundes, Ortsverband Köln, erhielt im September 1982 einen Computer, mit dem insbesondere der Behinderten-Fahrdienst wesentlich verbessert werden konnte. Der Rechner legt unter anderem innerhalb kürzester Zeit die Fahrtroute des Fahrzeuges fest und kann diese gegebenenfalls auf günstigste Weise kombinieren, insbesondere dann, wenn Zustiegsmöglichkeiten von einzelnen Anrufern sich abzeichnen.

Dieser leistungsstarke Bildschirm-Computer, dem es möglich ist, schnell aus Daten Informationen zu gewinnen und auf der Basis dieser Informationen auch kurzfristig Entscheidungen abzuleiten, hat jetzt auch die gesamte Helferverwaltung des ASB-Ortsverbandes Köln übernommen.

ASB-Mitarbeiter Manfred Herholz, Sozialdienstleiter des Ortsverbandes und auch mit dem Sachgebiet EDV vertraut, hatte sich nach dem sich abzeichnenden guten Erfolg der Arbeit des Rechners Gedanken gemacht, wie die Kapazität und Effektivität des Computers weiter genutzt werden kann. Herholz: „Die Helferverwaltung ist eine reine Datenverwaltung, und dies ist mit die einfachste Aufgabe für den Computer.“

Ein Programm entwickelt

In Zusammenarbeit mit einem Computerfachmann machte man sich daran, ein Programm zu entwickeln, das auf alle anfallenden Belange des Ortsverbandes eingeht. Lange und gründliche Überlegungen waren nötig, denn von der Qualität der zusammengetragenen Daten hängt der Erfolg des Programms ab.

Das Programm sollte verschiedene Aufgaben erfüllen. Insbesondere sollte der leidigen Führung verschiedener Dateien ein Ende gemacht werden. Sie stifteten oft mehr Verwirrung als daß sie eine exakte Auskunft gaben. So kam es unter anderem zu Doppelanforderungen von Helfern zu Einsätzen, was viel Ärger einbrachte und zu Zeitverlust führte.

Das Zauberwort für alle diese Probleme hieß: Zentralkartei. Mit dem Computer war



Selbständig sollen die ASB-Zugführer des Ortsverbandes Köln mit dem Rechner arbeiten. Auf dem Bildschirm erscheinen die in den Computer eingegebenen Daten.

die Möglichkeit gegeben, alles in den Griff zu bekommen.

Umfangreiche Vorarbeiten

Herholz erläuterte das erstellte Programm sowie die Arbeitsweise des Rechners: „Grundvoraussetzung war die einfache Handhabung des Rechners, denn die ASB-Zugführer sollen selbständig mit der EDV-Anlage arbeiten können. Gefordert war auch eine schnelle Rechnerzeit sowie die Vielseitigkeit des Programms.“

In der Vorbereitungsphase wurde der gesamte Helferstamm erfaßt und alle gewünschten Einzelheiten kodiert. Als erstes erhielt jeder Helfer eine Nummer, mit der seine gespeicherten Daten jederzeit in Sekundenschnelle abgerufen werden können. Der Bildschirmtext gibt darüber hinaus Auskunft über Adresse, Telefonnummer,



Der neben der EDV-Anlage stehende Systemdrucker liefert in Minutenschnelle die aufbereiteten Listen.

Eintrittsdatum, Verpflichtungsdatum, Arbeitgeber, Funktion im Zug, Einsätze und mehr. Die Palette der Speicherung ist beliebig zu erweitern, je nach Bedarf. Durch eine spezielle Helferkodierung lassen sich z. B. Ärzte, Köche, Führerscheinbesitzer, Ausbildungsstand der Helfer usw. „sortieren“. Eine Urlaubskartei gibt Auskunft, wer nicht zum Einsatz gerufen werden kann.

Alarmierung vereinfacht

Der Computer ist auch in der Lage, nach vorheriger Speicherung, den Alarmplan des Ortsverbandes aufzubereiten und bei entsprechenden Eingaben auf dem aktuellsten Stand zu halten. Die Einsatzleitung kann mit diesem Plan im Katastrophenfall nach bestimmten Kriterien alarmieren. Es werden einzelne Alarmgruppen gebildet und mit einer Rangordnung versehen. So stehen die Zugführer bei der Auflistung des Zugs an erster Stelle, die Gruppenführer an zweiter Stelle usw. Dies wiederholt sich auch bei den Alarmierenden. Fällt der erste aus, ist der nächste zu benachrichtigen.

Im Alarmplan ist auch das Planquadrat angegeben, in dem der Helfer wohnt. So können Helfer, die geographisch eng zusammenwohnen, zu einer Alarmgruppe zusammengefaßt werden. Der Alarmplan weist aus die Privatadresse des Helfers sowie die Anschrift des Arbeitgebers, so daß die Einsatzkräfte auch während der Arbeitszeit erreichbar sind.

Schnelleres Mahnwesen

Wesentlich vereinfacht wurde auch das Mahnwesen für Helfer, die sich für zehn Jahre zur Mitarbeit im Katastrophenschutz verpflichtet haben und nicht zu Ausbildungsveranstaltungen oder Einsätzen erschienen sind. Der Zugführer erhält eine Auflistung, wer bei der Ausbildung anwesend sein muß. Fehlende Helfer werden vermerkt, an den Ortsverband gemeldet und in den Rechner eingegeben. Er drückt die entsprechenden Adressen aus, die in ein Textverarbeitungssystem eingegeben werden, das das Mahnschreiben fertigt.

Innerhalb 48 Stunden nach der Veranstaltung hat der Helfer das Schreiben in der Hand und kann dazu Stellung nehmen.

Auch die gesamte Materialverwaltung des Ortsverbandes hat der Computer übernommen. So ist jederzeit feststellbar, wo das für einen Einsatz benötigte Gerät gelagert wird und in welcher Außenstelle ein bestimmtes Katastrophenschutz-Fahrzeug steht.

Selbständiges Arbeiten

Schon bei der Stammdatenerfassung der Helfer haben die Zugführer des Ortsverbandes aktiv mitgewirkt. Dabei soll es aber nicht bleiben. Ziel ist es, den Zugführern

ein selbständiges Arbeiten mit dem Rechner zu ermöglichen. Plant ein Zugführer zum Beispiel eine Ausbildungsveranstaltung, so gibt er Datum, Einsatzort und eine Erläuterung in den Computer ein. Danach ruft er die einzelnen Helfer auf. Mit diesem Aufruf wird gleichzeitig die Prüfung durchgeführt, ob ein Urlaub für den Helfer in dieser Zeit geplant ist, ob er sich krankgemeldet hat etc. Erst danach wird der Helfer vom Rechner „angenommen“.

Nachdem alle Einsatzkräfte eingegeben worden sind, erhält der Zugführer eine Auflistung ausgedruckt über die Helfer, die er eingeladen hat. Sie sind nun für die Zeit der Ausbildung vorgemerkt und können nicht weiter verplant werden. Nach Ablauf der Veranstaltung gibt der Zugführer in den Rechner ein, wer anwesend war; so ist eine spätere Kontrolle möglich.

Schulung der Mitarbeiter

Eine detaillierte Bedienungsanleitung erleichtert den ASB-Mitarbeitern die Arbeit mit dem Rechner. Zudem werden sie bei einem Computerhersteller geschult. Der Bildschirm wird hier auf eine Großleinwand übertragen, so daß alle Lehrgangsteilnehmer gleichzeitig am Programm arbeiten können.

Waren die ASB-Mitarbeiter auch am Anfang skeptisch, so haben sie doch bald erkannt, daß der Rechner sie in ihrer Arbeit unterstützt. Inzwischen wollen die Führungskräfte die schnellen und korrekten Informationen, die immer auf dem neuesten Stand gehalten werden, nicht mehr missen. Für sie ist der Computer zu einem wesentlichen Führungsmittel im Katastrophenschutz geworden.

Bahnfeuerwehren bewiesen ihren Ausbildungsstand

Es zählt zu den gesetzlichen Verpflichtungen der Deutschen Bundesbahn (DB), vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz zu betreiben. Die Bahnfeuerwehrmänner stellen sich nebenberuflich für diese Tätigkeit zur Verfügung. Aufgrund der Anzahl, Stärke und feuerwehrtechnischen Ausrüstung können die Wehren zu Katastrophenschutzaufgaben herangezogen werden. Die Pflichtaufgaben der DB sind nach dem erweiterten Katastrophenschutzgesetz berücksichtigt worden.

Für die Brandschutzeinheiten gelten neben den bundeseinheitlichen Feuerwehrdienstvorschriften die bundesbahneigenen Brandschutzvorschriften, Drucksache (DS) 838 sowie auch Zivil- und Strahlenschutzvorschriften.

Einen umfangreichen Einblick in das Feuerlöschwesen bei der DB konnte die Bevölkerung bei einem Großeinsatz im Bahnhof Nienburg gewinnen. Bei der jährlichen Gemeinschaftsübung der Bahnfeuerwehren aus Braunschweig, Bremen, Göttingen und Hannover mit

anderen Hilfeleistungsorganisationen sollte besonders das Zusammenwirken verschiedener Sparten erprobt werden.

Übungsschwerpunkt war ein Rangierunfall. 170 Einsatzkräfte und 18 Feuerwehrfahrzeuge und Rettungswagen wurden eingesetzt, um die vielfältigen Aufgaben zu lösen. Beim Eintreffen der ersten Löschzüge standen dunkle Rauchwolken über der „Unglücksstelle“ und zahlreiche kritische Situationen kündigten sich an.

Große Aufmerksamkeit bei den Fachleuten – darunter Brandsachverständige der Bundesbahndirektion Hannover und des Bundesbahnzentralamtes Minden – fanden die Sicherheits- und Notmaßnahmen beim Vorgehen der Einsatzkräfte nach der Bahnbetriebsunfallvorschrift DS 432 II – Bestimmungen über sicherheitstechnische Maßnahmen nach Freiwerden gefährlicher Güter – sowie auch die Beachtung der äußeren Erkennungsmerkmale der Risiken des Gefahrgutes. Kesselwagen mit brennbaren Flüssigkei-

ten und hochexplosiven Chemikalien waren in Brand geraten oder mußten umgepumpt werden. Ein Stückgutwagen mit verschiedenen chemischen Erzeugnissen war entgleist. Weitere Einsatzobjekte waren die Güterabfertigung und ein Getreidesilo. Zwei Löschzüge und das DRK kamen hier zum Einsatz und nahmen unter schwerem Atemschutz Menschenrettung und Brandbekämpfung vor.

Bei der Einsatzübung wurden u. a. auch Ölschadenanhänger eingesetzt, mit denen mehrere Bahnfeuerwehren ausgerüstet sind. Außerdem sollten die Regeln für die Brandbekämpfung und die technische Hilfeleistung im Bereich von Hochspannungsanlagen der DB besondere Beachtung finden und das Aufgleisen von zweiachsigen Güterwagen mit leichtem Hydraulik-Gerät erprobt werden.

Im Übungsablauf wurden einige Schwachpunkte erkannt.

(Foto: Köhler)



Dorothee Boeken

Erstmals Fachdienstübung einer Sanitätsorganisation
nach dem Führungsmodell

Die DV 100 als Grundlage auf allen Ebenen

Erfahrungsbericht des Malteser-Hilfsdienstes nach Erprobung
der KatS-DV 100 liegt nun vor



Oben: Mit der KatS-DV 100 in die Praxis: Mario Nowak (stehend) als Leiter des Stabes.
Unten: Das Stabshilfspersonal bei der Arbeit.



Für sinnvoll, weil in vielen Bereichen anwendbar, hält der Landesgeschäftsführer des Malteser-Hilfsdienstes in Nordrhein-Westfalen, Mario Nowak, die Katastrophenschutz-Dienstvorschrift 100 (KatS-DV 100), die die Voraussetzungen für die einheitliche Ausbildung der Führungskräfte auf allen Ebenen schafft und Grundsätze für Führung und Einsatz festlegt. Mario Nowak hat mit der KatS-DV 100 im Mai 1982 in Düsseldorf praktische Erfahrungen sammeln können: Zum ersten Male führte eine Sanitätsorganisation, nämlich der Malteser-Hilfsdienst, eine Fachdienstübung nach der DV 100 durch. Anlaß für diese Übung war der Deutsche Katholikentag mit rund 300 000 Teilnehmern.

Über die Übung hat das „Zivilschutz-Magazin“ bereits im Oktober 1982 berichtet; jetzt liegt jedoch der Erfahrungsbericht vor, in dem Mario Nowak zusammenfaßt: „Die Dienstvorschrift 100 ist ausgelegt für die Führung und den Einsatz der Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes auf der Kreisebene . . . Führungs- und Einsatzgrundsätze müssen jedoch organisations- und fachdienstunabhängig anwendbar sein, sollen sie ihren Zweck erfüllen können. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen kann nach der Fachdienstübung Katholikentag (KT) bestätigt werden. Die Vorschrift ist damit fachdienst- und organisationsneutral. Sie bildet damit die Grundlage für eine einheitliche taktische Ausbildung der Führungskräfte auf allen Ebenen.“

Großes Aufgebot

Übungszwecke gab es beim Katholikentag in Düsseldorf 1982 eine ganze Anzahl. Neben der im Sanitätsdienst erstmaligen Anwendung und Erprobung der Führungsorganisation auf der Grundlage der KatS-DV 100 unter Einsatzbedingungen wurde ein Container-Lazarett für Katastrophenhilfe als Medizinisches Zentrum aufgebaut, das sich sehr gut bewährte; der innere Dienst und die soziale Betreuung wurden erprobt sowie insgesamt der Einsatzwert der Einheiten des Katastrophenschutzes festgestellt.

Groß war das Aufgebot der an der Übung beteiligten Fachdienste, Einheiten und Einrichtungen: 20 Sanitätszüge, zwei Fernmeldezüge, ein Betreuungszug, eine Verpflegungsgruppe, ein Schwestern-Helferinnen-Zug (Medizinisches Zentrum), eine Ärzte-Gruppe (Medizinisches Zentrum), eine Zentrale Einsatzleitung (ZEL) sowie Technische Einsatzleitungen (TEL) nach Bedarf. Insgesamt waren rund 2800 Helferinnen und Helfer aus mehreren Bundesländern im Übungseinsatz in Düsseldorf.

140 Mannschaftswagen, vier Notarztswagen, 23 Rettungstransportwagen, 42 Krankentransportwagen, mehrere Last-

kraftwagen für Materialtransporte, drei Küchenwagen, zwei Feldkochherde und vier Fernmeldebauwagen bildeten den großen Fahrzeugpark.

Sicherstellung der sanitätsdienstlichen Betreuung

Die große Helferzahl und der großzügige Fahrzeugpark waren ob der allgemeinen Lage notwendig. Im Düsseldorfer Hofgarten, Rheinstadion, Nordpark und Messegelände fanden insgesamt über 400 Einzelveranstaltungen statt, darunter Großveranstaltungen mit bis zu 100 000 Teilnehmern. Diese Großveranstaltungen waren Gegenstand der Fachdienstübung des Malteser-Hilfsdienstes. Die Helferinnen und Helfer hatten sich mit einem breiten Spektrum der medizinischen Anforderungen auseinandersetzen, da u. a. auch eine sehr hohe Zahl von Behinderten als Besucher zu erwarten war.

Für die Durchführung der Aufgaben standen ausreichend ausgebildete und nach STAN ausgerüstete Einheiten zur Verfügung. Vom MHD Düsseldorf kamen ortskundige Helferinnen und Helfer, die den Lotsendienst und den Bereich der Fernmeldezentrale übernahmen.

Der Auftrag für die Übungsteilnehmer lautete: „Sicherstellung der sanitätsdienstlichen Betreuung der Katholikentagsteilnehmer“. Um diesen Auftrag erfüllen zu können, wurde vom Malteser-Hilfsdienst ein Medizinisches Zentrum mit zwei Behandlungsräumen (Ambulanz), einem Labor, einem Bettenrakt (16 Betten) und einer Intensiv- bzw. Quarantänestation (fünf Betten) für einen 24-Stunden-Betrieb eingerichtet. Daneben konnte im Zweifelsfalle auf eingerichtete Sanitätsstationen, Sanitätsposten, Krankentransport (einschließlich des Notarzt-Dienstes) zurückgegriffen werden. Einsatzreserven für besondere Vorkommnisse standen ebenfalls bereit.

Außerhalb des Übungsrahmens hatte der Malteser-Hilfsdienst übrigens auch die Betreuung Behinderter übernommen (Fahrdienst, Hilfestellung, Notruf, Gehörlosen-telefon, Toiletten-Container).

Die KatS-DV 100 in der Praxis

Mario Nowak selbst hatte während der Übung die Leitung des Stabes als Verantwortlicher für den Gesamteinsatz und somit auch nach der KatS-DV 100 die Rolle des Hauptverwaltungsbeamten übernommen. Ihm zur Seite standen die Leiter der Sachgebiete S 1 bis S 4 und die für diesen Bereich erforderlichen Mitarbeiter des Stabes bzw. das Stabshilfspersonal.

Wie die einzelnen Sachgebietsleiter mit der KatS-DV 100 in der Praxis zurechtkom-

Blick auf die Technische Einsatzleitung.



men, soll im folgenden erläutert werden. Zum Führungsvorgang erklärt Nowak: „Es ist erfreulich, festzustellen, daß im Ausbildungsstand der Führungskräfte der Führungsvorgang begrifflich und inhaltlich Platz greift.“

Unterschiedliche Ausstattung

Als sehr schwierig erwies sich die Bestimmung des Einsatzwertes der einzelnen Einheiten und das Bereitstellen von Katastrophenschutz-Einheiten – eine der Aufgaben des Leiters des Sachgebietes S 1 – Personal und innerer Dienst. Der Grund für diese Schwierigkeit lag in der sehr unterschiedlichen geräte- und fahrzeugbezogenen Ausstattung. Bei bekannten Übungslagen wird von einer personellen und materiellen Ausstattung nach STAN ausgegangen – davon konnte aber in Düsseldorf keine Rede sein. Mario Nowak: „Eine Unterstellung der STAN-mäßigen Ausstattung und Gliederung bei Übungen muß zumindest für die Einheiten des Sanitätsdienstes im Erweiterten Katastrophenschutz als unrealistisch angesehen werden.“

Diese Probleme nahmen Einfluß auf die anderen Aufgaben des Sachgebietsleiters S 1. Dazu heißt es im Erfahrungsbericht: „Die unter diesen Umständen besonders

aufwendige Führung einer Kräfteübersicht und der Versuch der Kompensation der auftretenden Ausstattungsmängel gingen bis an den Rand der Überforderung (zeitlich) des Sachgebietsleiters und seines Hilfspersonals, wodurch die in diesem Sachgebiet ebenfalls vorgesehene Aufgabe, Beiträge zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zu leisten, nicht erbracht werden konnte.“

Beständige Information

Zufrieden äußerte sich Mario Nowak über die Arbeit im Sachgebiet S 2 – Lage: „Die Aufteilung der Aufgaben innerhalb dieses Sachgebietes ist übersichtlich, auch stehen die Aufgaben im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang. Durch das der Stabsarbeit zugrunde gelegte Informationsfluß-Schema war eine beständige und umfassende Information des Sachgebietsleiters sichergestellt.“

Einige kritische Anmerkungen jedoch zum Einsatztagebuch, dessen Führung ebenfalls in der Zuständigkeit des Sachgebietsleiters S 2 liegt: „Zum Führen des Einsatztagebuches wurde auf das Muster nach Anlage 3 der KatS-DV 100 zurückgegriffen. Die mittlere Spalte dieses Einsatztagebuches sieht auch die Aufzeichnung von ‚Überlegungen‘ vor. Die Erfahrungen des

Für die Versorgung der Einheiten ein eigener Sacharbeiter – dies ist eine Überlegung des MHD.



Einsatzes zeigten, daß entweder in diesem Bereich kein Raum ist zur Aufzeichnung eigener Überlegungen (die auch unausgesprochen bleiben können), sondern vielmehr der Sinn des Einsatztagebuches im urkundlichen, chronologischen Nachweis der einsatzbezogenen Anordnungen, Informationen und Maßnahmen während eines Einsatzes liegt. Nach den Erfahrungen dieses Einsatzes sollte daher das Muster des Einsatztagebuches entsprechend geändert werden."

Ein eigener Sachbearbeiter „Verpflegung“

Der sehr unterschiedliche Einsatzwert der Einheiten machte sich auch im Bereich des Sachgebietes S 3 – Einsatz – bemerkbar. Auch hier ist – so Nowak – eine Änderung des Einsatzbefehlsmodells zu empfehlen.

Für das Sachgebiet S 4 – Versorgung – hat der MHD-Landesgeschäftsführer als Ergebnis der Übung festgestellt, daß die nach der Dienstvorschrift vorgesehenen Zuständigkeiten den tatsächlichen Anforderungen entsprechen. Ein Vorschlag hat sich nach der Übung herauskristallisiert, den Nowak so begründet: „Da die Verpflegung der eigenen Einheiten von entscheidender Bedeutung für den Einsatzwillen und die Einsatzfähigkeit der Einheiten ist, erscheint es überlegenswert, ob für den Bereich der Verpflegung der Einheiten von vornherein ein eigener Sachbearbeiter eingesetzt werden sollte. Nachdem an den beiden ersten Einsatztagen erhebliche Verpflegungsprobleme auftraten, die sich negativ auf den Einsatzablauf und Einsatzserfolg auswirken drohten, konnte durch Einsetzen eines allein für die Verpflegung der Einheiten zuständigen Sachbearbeiters mit entsprechendem Hilfspersonal die Situation innerhalb kürzester Zeit normalisiert werden.“

„Ideale“ Fernmeldeverbindungen

Analog der Besetzung des Stabes Zentrale Einsatzleitung erfolgte in Düsseldorf auch die Besetzung der Technischen Einsatzleitungen bei allen Großveranstaltungen mit den Sachgebieten S 1 bis S 4. Hier machte Mario Nowak die Erfahrung, daß Versorgungsprobleme „in den seltensten Fällen unmittelbar vor Ort gelöst“ werden können: „Von daher scheint es entbehrlich, den Sachgebietsleiter S 4 im Bereich der Technischen Einsatzleitung einzusetzen.“ Allerdings wird eingeschränkt, daß dies möglicherweise eine fachdienstspezifische Erfahrung sein kann, „die zumindestens für den friedensmäßigen Katastropheneinsatz gilt“.

Als „ideal“ anzusehen waren nach Ansicht des für den Gesamteinsatz Verantwortlichen



Auch zu Sanitätsposten wurde die Verbindung gehalten.

chen die örtlichen Voraussetzungen im Hinblick auf die Einsatzmöglichkeiten von Funk- und Fernmeldemitteln. So war die Zentrale Einsatzleitung z. B. eingebunden in zwei getrennte Fernmeldenetze, einmal das Fernmeldenetz der Stadtverwaltung Düsseldorf und andererseits in das eigens eingerichtete Fernmeldenetz des Veranstalters. So bestanden von der Zentralen Einsatzleitung Fernmeldeverbindungen zu den Technischen Einsatzleitungen, dem Medizinischen Zentrum, dem Krankenwagenhalteplatz, der Gemeinschaftsunterkunft, der Leitstelle der Berufsfeuerwehr



Die Sicherstellung der sanitätsdienstlichen Betreuung war Aufgabe des Malteser-Hilfsdienstes bei der Fachdienstübung anlässlich des Katholikentages 1982 in Düsseldorf. (Fotos: MHD)

Düsseldorf, der Leitstelle der Polizei Düsseldorf, bis hin zu den in festen Gebäuden untergebrachten Sanitätsstationen.

Kein einheitlicher Einsatzwert

Unterschiede gab es beim Ausstattungsstandard und damit beim einheitlichen Einsatzwert der Einheiten. Nowak: „Während bei den Sanitätszügen des Landes Nordrhein-Westfalen von einem einheitlichen Ausstattungsstandard und damit von einem einheitlichen Einsatzwert der Einheiten ausgegangen werden kann, trifft dies für die Einheiten des Erweiterten Katastrophenschutzes des Bundes (Verstärkungsteil) nicht zu . . . So mußte festgestellt werden, daß kein einziger der eingesetzten Sanitätszüge über eine dem Einsatzauftrag des Sanitätsdienstes genügende Arztausstattung verfügt.“

Für die Einsatzfähigkeit des Sanitätsdienstes im Katastrophenschutz fordert der MHD-Landesgeschäftsführer daher „vordringlich und unabdingbar“: „Anpassung der Ausstattung an die Stärke und Ausrüstungsnachweisungen, insbesondere vordringliche Beschaffung der Arztausstattung zur Sicherstellung der ersten ärztlichen Versorgung. Ersatzbeschaffung der nach STAN vorgesehenen Fahrzeuge, um die Mobilität der Einheiten zu gewährleisten.“

Nowak weiter im Erfahrungsbericht: „Unter diesen Voraussetzungen ist die nach der KatS-DV 100 richtigerweise vorgesehene Reservebildung im Bereich des Sanitätsdienstes mehr als fraglich. Entgegen den Einheiten des Brandschutzes, die zum Teil über Zwei- oder Dreifachbesetzungen verfügen, besitzen die Einheiten des Erweiterten Katastrophenschutzes keinerlei Personalreserve. Dies, obwohl es sich anbieten würde, die nach § 8, Abs. 2 KatSG freigestellten Helfer nach Ablauf ihrer mindestens zehnjährigen Dienstzeit hierfür einzusetzen.“

Sehr hoher Einsatzwille

Insgesamt stellt Mario Nowak nach den Erfahrungen in Düsseldorf fest, daß „die Führer der Einheiten und Einrichtungen sich – auch ohne die Strukturen des Führungsmodells im einzelnen zu kennen – in die neue Konzeption gut einpaßten. Dennoch ist eine entsprechende Ausbildung, insbesondere hinsichtlich der Elemente des Führungsvorganges wie der Anwendung der Einsatzgrundsätze, vorrangig notwendig. Insgesamt sind der Ausbildungsstand der Führungskräfte und Helfer sowie der Einsatzwille und die Einsatzbereitschaft sehr hoch anzusehen.“

Die Szene erinnert an einen Science-Fiction-Film: Aus großen Stapeln trockenen Geästs schlagen meterhohe Flammen, dicker schwarzer Rauch verdunkelt die Sonne. Die mehreren Dutzend Beobachter verharren nahezu regungslos auf den Waldwegen und starren angestrengt nach oben, in den rauchschwarzen Himmel. Endlich ist ein drohendes Brummen zu vernehmen, das rasch zu einem tiefen Dröhnen anschwillt. Dann dringen allmählich zwei fahle Scheinwerfer durch den Qualm, ein Hubschrauber ist mehr zu ahnen als zu sehen. Schließlich ist der große Bottich zu erkennen, der an langen Seilen unter dem Hubschrauber hängt. Genau über einem der brennenden Stapel fällt nun künstlicher Regen vom Himmel, zischend in die hochaufragenden Flammen. Daß beim Abdrehen der Hubschrauber über die fasziniert zuschauenden Beobachter hinwegfliegt, bringt im wahrsten Sinne des Wortes Bewegung in die Szene. Obwohl Regierungspräsidenten, Landräte, Oberbürgermeister und Journalisten links und rechts unter den Bäumen Schutz suchen, ist manches Jackett und manche Lederjacke feucht geworden. So ist das mit realistischen Übungen!

1300 Helfer im Einsatz

Mitten im sonst ruhigen Erholungsgebiet „Schönbuch“, im Dreieck Böblingen – Esslingen – Tübingen gelegen, sind an diesem Samstag im Oktober 1300 Helfer mit rund 250 Fahrzeugen unterwegs, um an der bisher größten Feuerwehrrübung des Landes Baden-Württemberg teilzunehmen. Eine nicht unbeträchtliche Spannung ist festzustellen: Zum ersten Male sollen unter anderem „heiße Brandstellen“ aus der Luft einsatzmäßig bekämpft werden. Es ist eine Premiere.

Zuvor hat der Staatssekretär im baden-württembergischen Innenministerium, Robert Ruder, den zahlreichen Übungsbeobachtern im Feuerwehrgerätehaus in Böblingen Sinn und Zweck dieser vom Stuttgarter Ministerium selbst geleiteten Großübung verdeutlicht: „Wir stellen uns heute der Öffentlichkeit ohne Wenn und Aber, mit allen Risiken, die einer solchen Übung anhaften können. Aber wir sind zuversichtlich, daß die Übung ihr Ziel erreicht, nämlich festzustellen das Zusammenwirken der verschiedensten Organisationen des Katastrophenschutzes, des Rettungsdienstes zusammen mit Bundeswehr, den alliierten Streitkräften der USA und Frankreichs.“

Das Aufgebot ist dem Übungszweck entsprechend: 1300 Kräfte der verschiedensten Feuerwehren, der Forstverwaltungen, der Polizei, des THW, der Sanitätsorganisationen, der DLRG, der Bundeswehr

Ulrich Weidner / Fotos: Günter Sers

1300 Einsatzkräfte bei der größten Feuerwehrrübung des Landes Baden-Württemberg

Wenn das (Lösch-)Wasser vom Himmel fällt . . .

Brandbekämpfung aus der Luft erstmals an „heißen“ Brandstellen geübt – Hubschrauber schleppten 5000 Liter Wasser heran – „Ein Erfolg, der sich sehen lassen kann“



Der Staatssekretär im baden-württembergischen Innenministerium, Ruder, meinte vor Beginn der Großübung: „Wir stellen uns heute der Öffentlichkeit ohne Wenn und Aber.“



Eine große Zahl von Übungsbeobachtern hatte sich in der Feuerwache Böblingen eingefunden, darunter Vertreter aller Bundesländer, Führungskräfte sämtlicher Katastrophenschutz-Organisationen, Delegationen der Feuerwehren aus der Schweiz und Österreich sowie Repräsentanten des französischen Innenministeriums.

sowie der amerikanischen und französischen Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland sind in Aktion. 250 Fahrzeuge, zehn Hubschrauber (fünf der Bundeswehr, drei der Polizei, je einer der Amerikaner und Franzosen), vier Flugzeuge der Luftüberwachung, zwölf Löschwasser-Außenlastbehälter sind die technische Ausstattung.

Bekämpfung von Waldbränden verbessert

Vor zahlreichen Landtagsabgeordneten, Regierungspräsidenten und deren Vertretern – das Übungsgebiet erstreckt sich über zwei Regierungsbezirke und vier Landkreise – Landräten, Oberbürgermeistern, einer Delegation des französischen Innenministeriums, Vertretern aller Bundesländer, aller Hilfsorganisationen, Feuerwehr-Abordnungen aus Österreich und der Schweiz sowie dem Präsidenten des CZIF, Colonel Dollinger aus Straßbourg, und Landesfeuerwehrpräsident Bürger, erklärt Staatssekretär Ruder, man habe in Baden-Württemberg die Konsequenzen aus den großen Waldbränden in den Jahren 1975 in Niedersachsen und 1977 bei Mannheim gezogen und besondere Anstrengungen zur Verbesserung der Ausrüstung für die Bekämpfung von großflächigen Waldbränden unternommen.

Es wurden neue Tanklöschfahrzeuge beschafft, die Feuerwehren wurden mit Funkgeräten und Alarmempfängern ausgestattet. Es wurde ein besonderer Einsatzleitwagen entwickelt, der bei der Landesfeuerweherschule stationiert ist. Im Jahre 1981 wurden dann die Voraussetzungen für die Brandbekämpfung aus der Luft geschaffen. Besonders ausgebildete Feuerwehrleute und Forstbedienstete mit Pilotenschein sind in drei Luftbeobachtungsorganisationen der Feuerwehren zusammengefaßt. Außerdem wurden vier Anhänger mit je zwei Löschwasser-Außenlastbehältern für Hubschrauber beschafft. Mit den Hubschraubern der Bundeswehr, der Polizei, der amerikanischen und französischen Streitkräfte können diese Behälter (5 000 bzw. 900 Liter Inhalt) zur Bekämpfung von Wald- und Flächenbränden aus der Luft eingesetzt werden.

Spezielle Verwaltungsvorschrift

Ergänzend zu diesen Maßnahmen hat das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Ernährungsministerium eine gemeinsame Verwaltungsvorschrift zur Verhütung und Bekämpfung von Schadensfällen in Wäldern herausgegeben. Die Verwaltungsvorschrift beinhaltet Musteralarm- und Einsatzpläne für jeden Forstbezirk und

Ein Löschwasser-Außenlastbehälter, Typ „Smokey I“, mit einem Fassungsvermögen von 5000 Litern Wasser, im Hintergrund ein Hubschrauber „Chinook 53“ des Heeres.



Vorbereitungen zum Anhängen des Außenlastbehälters durch ein Feuerwehrtteam.



Der Behälter ist angehängt, die Feuerwehrmänner verlassen vor dem Anheben den Gefahrenbereich.





Über dem „heißen“ Schadensort werden die Dichtungsstellen am Behälterboden geöffnet, der „künstliche Regen“ fällt zielgenau vom Himmel. Diesen Übungseinsatz fliegt ein Hubschrauber vom Typ „Chinook 47“ der amerikanischen Stationierungstreitkräfte.

für jeden Bezirk einer Feuerwehreinheit. Zusätzlich werden in dieser Verwaltungsvorschrift vorbeugende und vorbereitende Maßnahmen bei Waldbrandgefahren empfohlen.

Insbesondere sollen nun bei der Übung die Einsatzstruktur bei Waldbränden, vor allem die Alarm- und Einsatzpläne erprobt, der alarmmäßige Einsatz von Feuerwehren aus vier Landkreisen (Böblingen, Esslingen, Reutlingen, Tübingen) und zwei Regierungsbezirken (Stuttgart, Tübingen) in großflächigen Schadensgebieten, die Einsatzleitung durch das Innenministerium und die Einsatzführung bei der Brandbekämpfung aus der Luft erprobt werden. Weitere Übungsziele sind die Erprobung

der Luftbeobachtungsorganisationen der Feuerwehren bei der Entdeckung von Schadensfeuern in Wäldern und bei der Heranführung von Einsatzkräften sowie die Zusammenarbeit von Einsatzkräften der Feuerwehren mit dem Polizeivollzugsdienst, der Bundeswehr und den Forstbehörden.

Die Lage

Der Übungsanlage liegt zugrunde, daß durch eine extrem trockene Wetterlage erhöhte Waldbrandgefahr besteht. Wilde Lagerfeuer und der plötzliche Durchzug eines Wärmegewitters verursachen an zwölf Stellen im Schönbuch Waldbrände von

großem Ausmaß. Die Situation wird dadurch verschärft, daß die Schadensereignisse in kürzester Zeit eintreten.

Ein besonderer Abschnitt entsteht am Baggersee Epple in Kirchentellinsfurt: Dort ist der provisorische Landeplatz der Hubschrauber der Bundeswehr, der Polizei wie der amerikanischen und französischen Streitkräfte. Am Landeplatz werden die Löschwasser-Außenlastbehälter von speziell geschulten Einsatzkräften der Berufsfeuerwehren Karlsruhe, Mannheim, Freiburg und der Freiwilligen Feuerwehren Böblingen, Kempten und Aschaffenburg eingesetzt. Im nahen Baggersee nehmen die Hubschrauber das Wasser auf und fliegen die Einsatzstellen im Schönbuch an.

Die Übungsziele

An konkreten Übungszielen haben sich der Gesamtleiter (Staatssekretär Ruder) und der Übungsleiter (Landesbranddirektor Schäfer) nicht weniger als 17 Punkte notiert:

1. Die Erprobung der Einsatzstruktur bei Waldbränden, insbesondere der Alarm- und Einsatzpläne
 - „Brandbekämpfung aus der Luft“ des Innenministeriums
 - der „Kreisalarmpläne – Waldbrand“ der Landkreise Böblingen, Esslingen, Tübingen und Reutlingen
 - der „Alarm- und Einsatzpläne bei Schadensfällen in Wäldern“ der Forstämter Herrenberg, Weil im Schönbuch und Bebenhausen
2. Der alarmmäßige Einsatz von Feuerwehren aus vier Landkreisen in großflächigen Schadensgebieten
3. Die Überprüfung der Einsatzzeiten und das planmäßige Heranführen von Einsatzkräften und Fahrzeugen in unübersichtlichen Waldgebieten
4. Die Erprobung der vorhandenen Fahrzeuge und Geräte für die Waldbrandbekämpfung
5. Die Erprobung der Führungsstruktur und der Führungsmittel bei landkreis- und regierungsbezirksüberschreitenden Einsätzen; Erprobung der Feuerwehrdienstvorschrift 12/1 „Einsatzleitung, Führungssystem“
6. Die Bildung einer Einsatzleitung durch das Innenministerium bei regierungsbezirksüberschreitenden Schadensgebieten, Einsatzführung bei der Brandbekämpfung aus der Luft
7. Die Ausbildung der Einsatzmannschaft und der Führungskräfte bei der Bekämpfung großräumiger Waldbrände, Herrichten von Löschwasserentnahmestellen, Löschwasserförderung auf lange Wegstrecken,



Das Öffnen der Dichtungsstellen des Löschwasser-Außenlastbehälters erfolgt über ein Steueraggregat, bestehend aus Steuerschalter, zwei Druckluftflaschen und einem Druckminderer.



Polizei-Hubschrauber, Typ „Bell 212“, mit Außenlastbehälter „Smokey III“ (900 Liter Fassungsvermögen).



Interview über den Übungsverlauf; in der Bildmitte Staatssekretär Ruder, der erklärte: „Die Ehrenamtlichkeit hat sich erneut bewährt.“

Pendelverkehr von Tanklöschfahrzeugen, Freimachen von Waldwegen, Einrichten von Bereitstellungsplätzen und Lotsenstellen

8. Die Überprüfung des Fernmeldewesens und insbesondere der Feuerwehrlotstellen bei einer hohen Zahl von Alarmierungen und starkem Funkverkehr

9. Die Überprüfung des „Feuerwehr-Einsatzplanes Naturpark Schönbuch“ als Feuerwehreinsatzkarte im Maßstab 1:35 000. Die Karte beinhaltet die Befahrbarkeit der Wege, die Sammel- bzw. Bereitstellungs-räume und die Wasserentnahmestellen

10. Die Erprobung der Luftbeobachtungsorganisation der Feuerwehren bei der Entdeckung von Schadensfeuern in Wäldern und der Heranführung von Einsatzkräften

11. Die Erprobung einer einheitlichen Dachkennzeichnung für Feuerwehrfahrzeuge

12. Die Erprobung der Brandbekämpfung aus der Luft mit Löschwasser-Außenlastbehältern für Hubschrauber, Einsatz der Hubschrauber mit Löschwasser-Außenlastbehältern an realen Brandstellen, Feststellung von Flugdaten (Flughöhe und Fluggeschwindigkeit) für einen effektiven Einsatz der Löschwasser-Außenlastbehälter

13. Die Erprobung des gemeinsamen Einsatzes mehrerer Hubschrauber der Bundeswehr, der amerikanischen und französischen Streitkräfte und der Polizei

14. Das Feststellen der Einsatzhinweise für die Flugsicherheit bei Einsätzen im Kontrollbereich des Flughafens Stuttgart-Echterdingen, beim gemeinsamen Einsatz von Hubschraubern und Motorsportflugzeugen (Luftbeobachtung) und an einem provisorischen Hubschrauberlandeplatz

15. Der gemeinsame Einsatz von baden-württembergischen und bayerischen Feuerwehreinsatzkräften bei der Brandbekämpfung aus der Luft

16. Die Zusammenarbeit von Einsatzkräften der Feuerwehren mit dem Polizeivollzugsdienst, der Bundeswehr und den Forstbehörden; Zusammenarbeit mit der Luftbeobachtungsorganisation der Feuerwehren

17. Die Erprobung von Unterstützungseinsätzen des Technischen Hilfswerkes bei Waldbränden.

„Smokey“ in zwei Größen

Vernachlässigen wir das Geschehen an den zwölf verschiedenen Einsatzstellen und konzentrieren wir uns auf den Einsatz der Löschwasser-Außenlastbehälter. Das Land Baden-Württemberg hat davon zwei Größen beschafft; „Smokey I“ faßt 5 000

Liter Wasser, wiegt leer bereits 500 Kilogramm und kann – bei einem Gesamtgewicht von 5,5 Tonnen – nur von größeren Hubschraubern (z. B. „Chinook CH 53“ der Bundeswehr) transportiert werden. „Smokey III“ hat ein Fassungsvermögen von 900 Litern und wiegt beladen knapp 1,2 Tonnen. Kleinere Hubschrauber der Bundeswehr und auch der Polizei (z. B. Bell UH 1D und Bell 212) reichen für den Lufttransport aus.

Die Funktionsweise der Behälter ist denkbar einfach: Das Befüllen und Entleeren geschieht über Dichtungsstellen am Behälterboden, das dazu erforderliche Steueraggregat besteht aus zwei Druckluftflaschen, Druckminderer und Steuerschalter. Nicht ganz einfach ist das Anhängen der Behälter an den Hubschrauber durch eine geschulte Crew (siehe Fotos).

Intensive Schulung nötig

Wie waren nun die Erfahrungen im Schönbuch mit diesen „Smokeys“ im praktischen Einsatz? Ein Sprecher des baden-württembergischen Innenministeriums erklärte dem Zivilschutz-Magazin gegenüber, daß sowohl das fliegende Personal wie das Bodenpersonal intensiv weitergeschult werden müsse. Schwierigkeiten – das konnten die Übungsbeobachter am Boden auch erkennen – hatten die Piloten mit den erheblichen, durch das Feuer verursachten Aufwinden. Deshalb flogen die Hubschrauber höher und schneller, als für einen ganz genau gezielten Wasserabwurf erforderlich. Einige der „fliegenden Regenmacher“ hatten jedoch bald einen sicher nachahmenswerten Kniff heraus: Der Pilot vollführt mit seinem Hubschrauber über der Brandstelle eine elegant aussehende Drehung und erreicht damit einen präzisen Wasserabwurf. Insgesamt brachten die großen „Smokys“ mit 5 000 Litern natürlich mehr Effektivität als ihre viel kleineren „Brüder“. Immerhin, so resümierte der Sprecher des Ministeriums: „Ein Erfolg, der sich sehen lassen kann.“

Haben die Stabsarbeit und auch die Förderung von Wasser über lange Wegstrecken gut geklappt, so war – man muß wohl schon sagen: wieder einmal – der Sprechfunkverkehr erheblich überlastet. Nicht unproblematisch gestaltete sich die funkmäßige Anbindung der Hubschrauber, da etwa die Bundeswehr zwei Frequenzen benutzt. Hier wird man in Richtung Koordination noch weiterdenken müssen.

Besonders erfreut haben sicherlich zum Abschluß der Übung die Ansprachen von Landesbranddirektor Schäfer und Staatssekretär Ruder zum Übungsergebnis, wobei der letztere den versammelten Helfern klipp und klar sagte: „Die Ehrenamtlichkeit hat sich heute erneut bewährt!“

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der Landesverband Berlin der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. sucht zum 1. Juli 1984 einen

Finanzierungsdezernenten,

der die Buchhaltung und das Rechnungswesen übernimmt.

Die Vergütung erfolgt nach AVR/BAT.

Eine solide, abgeschlossene kaufmännische Ausbildung, Erfahrungen auf dem Verwaltungsgebiet und Kenntnisse in der EDV sind erforderlich. Nach Einarbeitung soll er den Landesgeschäftsführer bei Abwesenheit vertreten können.

Wenn Sie diese verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen möchten, bewerben Sie sich bitte schriftlich bis 30. März 1984 bei der

**Johanniter-Unfall-Hilfe e. V.
Landesverband Berlin
z. H. Herrn Hütter
Berner Str. 2–3, 1000 Berlin 45**

STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Geschäftsbereich des BUNDESAMTES FÜR ZIVILSCHUTZ, Bonn 2, (Bad Godesberg) ist bei der BUNDESANSTALT TECHNISCHES HILFSWERK, Landesbeauftragter für Bayern in München, die Stelle eines

Sachbearbeiters im Hauptsachgebiet Ausbildung

(männlich oder weiblich) kurzfristig mit einem Angestellten neu zu besetzen.

Die Stelle ist nach Vergütungsgruppe V b (fünf b) BAT bewertet.

Dem Sachbearbeiter obliegt die Mitwirkung bei folgenden Aufgaben:

- Ausbildung nach den Vorschriften und Richtlinien des Katastrophenschutzgesetzes;
- Koordinierung und Vereinheitlichung der Ausbildung auf Standortebene;
- Anleitung für die praktische Durchführung des Ausbildungsbetriebes;
- Überwachung des Ausbildungsbetriebes der Einheiten des THW;
- Aus- und Weiterbildung der Fachdienste, insbesondere Bergungsdienst;
- Vorbereitung und Durchführung von Übungen, Planspielen und sonstigen Ausbildungsvorhaben auf Landesebene.

Gesucht wird ein Mitarbeiter mit gründlichen, praxisbezogenen Fachkenntnissen (mög. Ing. (grad.) Fachrichtung Maschinenbau/Elektrotechnik oder zweite Verwaltungsprüfung), sowie praktischen Erfahrungen in der Erwachsenenbildung. Organisationstalent und Verständnis für die in einer humanitär-technischen Hilfsorganisation auftretenden Belange werden vorausgesetzt. Kenntnisse im Bergungs- und ABC-Dienst sind von Vorteil.

Schwerbehinderte Bewerber werden bei gleicher Eignung bevorzugt. Das Bundesamt für Zivilschutz würde es begrüßen, wenn sich durch diese Ausschreibung insbesondere auch Frauen angesprochen fühlen. Ihnen werden die gleichen Aufstiegsmöglichkeiten geboten wie Männern.

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, Übersicht über den Ausbildungs- und beruflichen Werdegang, Zeugnisabschriften (Kopien) und Lichtbild werden bis zum 30. März 1984 unter Angabe der Kennzahl 631 erbeten an das

**BUNDESAMT FÜR ZIVILSCHUTZ
Postfach 200850
– Personalreferat –
5300 Bonn 2**

„Nimm die Daumen nach oben!“, warnend kommt der Zuruf aus der Gruppe an den Helfer, der sich redlich müht, mit der Handkurbel die Tragkraftspritze TS 8/8 anzuwerfen. Die schwere Pumpe gehört zur Ausstattung des Behördenselbstschutzes des Deutschen Bundestages, dessen Einsatzkräfte sich auf dem Übungsgelände der Dienststelle Bonn des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Siegburg-Stallberg zu einer Aus- und Fortbildung getroffen haben. Mit 16 Mitarbeitern des insgesamt 35 Helfer umfassenden Behördenselbstschutzes ist stv. Behördenselbstschutzleiter Oberamtsrat Hans-Jürgen Güntzel nach Siegburg gefahren, um seine Truppe an den behördeneigenen Löschgeräten schulen zu lassen.

Schutz durch Selbsthilfe

Eine gut ausgebildete Selbstschutztruppe ist für die Behörde von umfassender Bedeutung. Die Einsatzkräfte sollen die Beschäftigten sowie Anlagen und Kulturgüter vor möglichen Kriegseinwirkungen schützen und Schäden bekämpfen. Ein für diesen Zweck aufgebauter und ausgebildeter Behördenselbstschutz kann aber auch bei allen Unglücksfällen und Katastrophen im Frieden bis zum Eintreffen organisierter Hilfe die gerade in den ersten Minuten oft entscheidende Schadensbekämpfung durchführen.

Ausbildung durch den BVS

Die Ausbilder der BVS-Dienststelle Bonn haben die Helfer in zwei Gruppen aufgeteilt. Jede Gruppe wird in die Handhabung der TS 8/8 eingewiesen. Fachausdrücke werden erläutert, jeder Helfer muß die schwere Pumpe anwerfen. Eine Trockensaugprobe wird durchgeführt, die meisten Helfer kennen den Ablauf, waren mit dem Löschgerät schon im Einsatz. Hilfsbereit geben sie ihr Wissen an die Neulinge unter ihnen weiter.

Neben der Ausbildung an der Tragkraftspritze wird auch die Wasserentnahme aus dem Hydranten und einem offenen Gewässer gelehrt. Auch der Zusammenbau einer Saugleitung wird geübt. Um es etwas spannender zu machen, wird ein Wettbewerb daraus gemacht. Welche Gruppe ist die schnellste? – Es geht um Sekunden. Das Kuppeln der Schläuche muß vorher gut geprobt werden, jeder Handgriff muß sitzen. Stolz gratulieren sich die Gewinner.

Kurz vor Mittag erläutert BVS-Mitarbeiter Dieter Berndt die Handhabung von Leinen. Die Helfer üben Stiche und Bunde, einige haben Schwierigkeiten, einen Mastwurf oder Ankerstich zu binden. Aber immer findet sich eine unterstützende Hand.

Günter Sers

Beim Deutschen Bundestag funktioniert der Selbstschutz

Die Bewährungsprobe bestanden

Fast jedes Jahr im Einsatz – Bei Hochwasser sichern die Mitarbeiter des Behördenselbstschutzes das Bundeshaus



BVS-Mitarbeiter Bernhard Scholz (Mitte) hat es nicht schwer, die Handhabung der TS 8/8 zu erläutern. Die meisten Helfer waren mit der Pumpe schon im Einsatz.



Gerätekunde steht auf dem Programm. Viele Einzelteile sind zu erläutern, die fachgerechte Bedienung zu erklären.

Praxisnah geübt

Am Nachmittag steht für jede Gruppe ein Löschangriff auf dem Programm. Die Geräte werden zusammengestellt, kleine Karten ausgegeben, auf denen die Aufgaben und Ausstattung der einzelnen Helfer vermerkt sind. Schnelligkeit ist nicht gefragt, die Ausbilder müssen die Löschruppe immer wieder bremsen. Es kommt auf den richtigen Ablauf und die richtige Handhabung der Geräte an.



Der Löschangriff läuft, jeder Helfer hat seinen vorgeschriebenen Platz eingenommen.

Beim ersten Löschangriff werden noch viele Fehler gemacht, der Standort der Pumpe ist falsch, die Aufgabenverteilung wird nicht eingehalten, es entsteht Leerlauf. Die Fehler werden nach dem Rückbau der Schlauchleitungen besprochen und diskutiert. Der zweite Löschangriff läuft dann fast wie am Schnürchen, die Kommandos kommen klar und deutlich, jeder steht an seinem Platz.

Oberamtsrat Güntzel ist zufrieden mit seiner Truppe, die am späten Nachmittag nach Bonn zurückfährt.

Aufbau Mitte der sechziger Jahre

Schon Mitte der sechziger Jahre wurde der Behördenselbstschutz des Deutschen Bundestages aufgebaut. Es war und ist nicht leicht, Führungs- und Einsatzkräfte für den Selbstschutz zu finden. Die Mitarbeit ist freiwillig, und die Beschäftigten müssen erst motiviert werden. Der größte Teil der Helfer kommt aus dem Boten- und Fahrdienst.

Großer Wert wird auf eine Allround-Ausbildung der Einsatzkräfte gelegt. Es ist sehr schwer, jeweils eine Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätsdienststaffel zu bilden.

Im Wettbewerb wird das Zusammenkuppeln des Saugschlauches durchgeführt. Jeder Handgriff muß sitzen.



Das Personal, das sich zu einer Mitarbeit im Behördenselbstschutz zur Verfügung stellt, ist im Dienstbetrieb sehr unterschiedlich abkömmlich. Dies hängt mit dem Sitzungsbetrieb im Deutschen Bundestag zusammen.

Einen großen Teil der Ausbildung der Einsatzkräfte übernimmt der Bundesverband für den Selbstschutz. Die Helfer besuchen Lehrgänge der BVS-Dienststelle Bonn und an der BVS-Schule Körtlinghausen. Auch die ABC- und Selbstschuttschule der Bundeswehr in Sonthofen unterstützt die Fortbildung der Führungskräfte. Die Sanitäts-

ausbildung erfolgt durch den Angehörigen des Behördenselbstschutzes Hans Karl Pietzonka, der ehrenamtlich im Malteser-Hilfsdienst tätig ist.

Neben der persönlichen Ausstattung der Helfer stehen Geräte für den Bergungs- und Brandschutzdienst zur Verfügung, die in einem Kellerraum gelagert werden. Gewartet werden die Pumpen von Mitarbeitern des Fahrdienstes des Deutschen Bundestages. Mehrmals im Jahr erfolgt zusätzlich ein längerer Probelauf, um die Einsatzbereitschaft der Tragkraftspritzen zu gewährleisten.

Das Wasser steigt und steigt. Die Einsatzkräfte des Behördenselbstschutzes des Deutschen Bundestages bereiten die Schutzmaßnahmen vor.



In einzelnen Gebäuden steht das Wasser in den unteren Räumen.





Mit Planen und Sandsäcken versuchen die Selbstschutzkräfte, das Eindringen des Hochwassers in die Gebäude zu verhindern.



Auch im Innern der Gebäude sind Schutzmaßnahmen nötig. Wie bei einem Wasserfall fließt hier das Wasser in die darunterliegende Etage.



In der Hauptsache sind die Helfer mit Pumparbeiten beschäftigt. Jetzt bewährt sich die gute Ausbildung.



Der Wasserstand ist gefallen, die Planen und Geräte werden gereinigt. Links im Bild die Schutzwand vor dem Bundeshauseingang.

Fast jedes Jahr eine Bewährungsprobe

Wichtig ist diese Einsatzbereitschaft, wenn der Rhein, wie schon so oft in den letzten Jahren, sein Bett verläßt, der Wasserpegel stetig steigt und die Helfer des Behördenselbstschutzes alarmiert werden. Gefährdet sind dann die Eingänge 5a und 7 des Bundeshauses. Erreicht der Wasserstand 8,30 Meter, bauen die Helfer vor die Eingänge eine schon vorbereitete Schutzwand auf, die zusätzlich mit einer Plane abgedichtet wird. Hinter dieser Wand werden Tauchpumpen eingesetzt, die das noch durchdringende Wasser abpumpen.



Die Schutzwand steht. Mit einer Tauchpumpe wird immer wieder eindringendes Wasser abgepumpt.

Auch innerhalb des Hauses sind umfangreiche Schutzmaßnahmen nötig. So wird u. a. das steigende Grundwasser abgepumpt, um den Kellerbereich des Bundeshauses trocken zu halten. Unterstützt werden die Einsatzkräfte des Selbstschutzes von den Mitarbeitern des Technischen Referates. Auch der Bundesgrenzschutz hilft, wenn Not am Mann ist.

Rund um die Uhr sind dann die Kräfte im Einsatz, um die Pumpen und die gefährdeten Gebäude und Einrichtungen zu überwachen. Die Einsatzleitung steht im Kontakt mit dem Wasser- und Schiffsamt Duisburg, das den jeweils zu erwartenden Pegelstand durchgibt.

Schon bei fallendem Wasserstand werden die aufgebauten Sicherungen wieder zurückgebaut und gereinigt. Dazu sind nochmals alle Helfer nötig.

Für die Einsatzkräfte sind diese Bewährungsproben die beste Motivation. Die hier so demonstrativ gezeigte Selbsthilfe ist schon für viele Beschäftigte des Deutschen Bundestages der Anstoß zur Mitarbeit im Behördenselbstschutz gewesen.

Nachrichten aus Bremen

Bremen. „Rettungsdienst, Katastrophenschutz und – im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung – Zivilschutz sind nur durchführbar, wenn staatliches Handeln und persönliche Vorsorge einander sinnvoll ergänzen“, erklärte Bremens Innensenator Volker Kröning in seiner Ansprache anlässlich eines Senatsempfangs am „Tag des Helfers“ im Bremer Rathaus.

Kröning bedankte sich bei den im Lande Bremen ehrenamtlich tätigen Helfern des THW, der Sanitätsorganisationen, der DLRG, der Freiwilligen Feuerwehren und des BVS. „Ihrer gemeinnützigen Hilfsbereitschaft verdanken wir heute einen wirksamen Schutz, den Helfern, also Ihrem Einsatz, verdanken wir, daß Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Zivilschutz ihre Aufgaben überhaupt erfüllen können. Sie, die Helferinnen und Helfer, sind aber auch ein Beweis dafür, daß es in unserem staatlichen Gemeinwesen immer wieder Menschen gibt, die helfen wollen, wo Hilfe zum Wohle dieses Gemeinwesens oder zum Wohle der Mitmenschen notwendig ist. . . . Der Senat wird sein Bemühen weiterhin darauf richten, das Sicherheitssystem des Katastrophen- und Zivilschutzes zu verbessern und weiter zu entwickeln“, betonte der Senator.

Im Anschluß an die Ansprache führte Kröning Gespräche mit den Vertretern der Hilfsorganisationen. Hierbei hatten die Helferinnen und Helfer erstmals Gelegenheit, persönlichen Kontakt mit ihrem neuen Innensenator aufzunehmen.

Nachruf

Am 11. November 1983 verstarb

Friedhelm Schmidt

Der Verstorbene war langjähriger Mitarbeiter des Verbandes. Von Mitte 1956 bis zu seinem Ausscheiden 1970 nahm Schmidt die Aufgaben eines Hauptsachbearbeiters bei der Landesstelle Bremen wahr. Am 22. Dezember 1968 wurde ihm die Bundesverdienstmedaille am Bande verliehen.

Friedhelm Schmidt war ein fröhlicher, humorvoller Mensch und ein hilfsbereiter Kollege.

Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Quer durch Niedersachsen

Hannover. Im Vergleich der Ausbildungsleistungen der Jahre 1982/83 stieg im Bereich der BVS-Landesstelle Niedersachsen die Zahl der durchgeführten Selbstschutz-Grundlehrgänge um 102 auf 2383 Veranstaltungen, bei den Selbstschutz-Fachlehrgängen um 76 auf 741 Veranstaltungen. An der Gesamtausbildung (Grund- und Fachlehrgänge) nahmen 62257 Personen teil, 3034 mehr als 1982.

An dieser Leistung waren zu fast 50 Prozent ehrenamtliche Mitarbeiter beteiligt.

Im Durchschnitt hat jede BVS-Dienststelle in Niedersachsen 1983 rund 312 Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Brakel. Zum ersten Male war die BVS-Ausstellung „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ im Kreis Höxter zu sehen. Vor zahlreichen Gästen, unter ihnen Stadtdirektor Mönnikes, sein Stellvertreter Glaremin sowie Vertreter der Kirchen und Hilfsorganisationen, eröffnete Schirmherr Bürgermeister Anton Wolf die Bilderschau. Wolf betonte in seinem Grußwort, die derzeitige Situation des Zivilschutzes solle alle Verantwortlichen zu intensivem Nachdenken anregen. Versäumnisse auf dem Gebiet des Selbstschutzes könnten unabsehbare Folgen haben. „Helfen wollen genügt nicht“, so der Bürgermeister, „helfen will auch gelernt sein.“ Wolf forderte, der Selbstschutz müsse für jeden Bürger selbstverständlich werden.

BVS-Dienststellenleiter Schröder, Paderborn, gab im Anschluß einen Einblick in die Arbeit des Verbandes. „Ich hoffe, daß sich durch die Ausstellung viele Bürger anregen lassen, Selbsthilfe zu erlernen“, betonte Schröder.

Als nach 14 Tagen der BVS die Brakeler Volksbank wieder verließ, hatten fast 3000 Menschen die Ausstellung gesehen, darunter auch viele Schulklassen.

Gladbeck. 14 Lehrer und zwölf Lehrerinnen der Hauptschule Butendorf in Gladbeck nahmen anlässlich einer Informationstagung „Selbstschutz“ die Gelegenheit wahr, sich über den BVS und seine Aufgaben zu informieren.

In einem Schreiben der Schulleitung an die BVS-Dienststelle kam zum Ausdruck, daß dieser Tagung, die vom Lehrerkollegium positiv aufgenommen wurde, sich ein Selbstschutz-Grundlehrgang anschließen soll.

Datteln. In einer Feierstunde wurde Helmut Scholkowski, ehrenamtlicher BVS-Mitarbeiter, von Stadtdirektor Walter Sauer, Vorsitzender des DRK-Stadtverbandes in Datteln, mit einer Ehrennadel besonderer Art ausgezeichnet. Ein kleines goldenes Kreuz mit einem roten Stein in der Mitte ist das äußere Zeichen für engagierten menschlichen Einsatz, das Scholkowski für vierzigmalige Blutspende erhielt.

Essen. Einen verkaufsoffenen Samstag nutzte die BVS-Dienststelle zu einer Information im Altenessener Einkaufszentrum. „Selbstschutz – Ihre Sicherheit“ mit dem Schwerpunkt Lebensmittelvorrat war das Thema. In zwei Einkaufswa-

BVS-Dienststellenleiter Schröder (links) gibt anlässlich der Eröffnung der Ausstellung einen Einblick in die Arbeit des Verbandes.



gen wurden Lebensmittel gezeigt, die geeignet sind, als Notvorrat zu dienen.

Neben einer Vielzahl interessierter Bürger informierte sich auch Landtagsabgeordneter Dr. Wilfried Heimes (CDU) am BVS-Stand. Dr. Heimes begrüßte die Aktivitäten und wies auf die Notwendigkeit des Zivil- und Selbstschutzes hin. Insbesondere hält der Abgeordnete Vorsorgemaßnahmen der Bevölkerung für notwendig.

Essen. In einer Feierstunde sprach BVS-Dienststellenleiter Friedhelm Schillo Hildegard Dölling, Rita Wegener, Günther Höffken und Alfons Haas Dank und Anerkennung für zehnjährige ehrenamtliche Mitarbeit im BVS aus. Schillo hob hervor, die ehrenamtlichen BVS-Mitarbeiter der Dienststelle Essen hätten 1983 an 13 Informationsständen und in 88 Selbstschutz-Grundlehrgängen hervorragende Arbeit geleistet.

Düren/Erftkreis. Die Informationstagungen „Selbstschutz“ für Führungskräfte der im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen und anderer Hilfsdienste in den Kreisen Düren, Erftkreis und Euskirchen zeigen erste Erfolge. Unter der Schirmherrschaft der Bürgermeister Willi Kaiser (Bedburg) und Hans-Theo Schmitz (Elsdorf) veranstaltete der BVS gemeinsam mit ASB, DRK, JUH, MHD, DLRG, Feuerwehr und Warndienst zwei Sicherheitswettbewerbe. Die guten Kontakte zu den Hilfsorganisationen werden auch 1984 zu gemeinsamen Veranstaltungen führen.

Düren/Hürth. Nach mehrjähriger Ausbildung verfügen die Einsatzkräfte des Behördenselbstschutzes im Bundessprachenamt Hürth über die nötigen Kenntnisse und Fertigkeiten.

Vor kurzem fand nun eine kombinierte Übung aller Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätsdienstkräfte auf dem Übungsgelände der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler statt. Beteiligt waren 52 Mitarbeiter der Behörde.

Die Einsatzkräfte hatten laut Übungslage den „Absturz eines Düsenflugzeuges auf eine Wohnsiedlung“ zu meistern. Nach anfänglichen Schwierigkeiten bargen und versorgten die Helfer die „Verletzten“. Ein besonderes Lob gebührt den Brandschutzkräften: Durch ihr beherztes, schnelles Eingreifen wurden die „Brände“ schnell unter Kontrolle gebracht.

Wuppertal. In einer Feierstunde im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses Mett-

Unser Bild zeigt (von links) BVS-Kreisbeauftragten Vogel, BVS-Dienststellenleiter Ehrlich, den Vorsitzenden des Kreisausschusses für zivile Verteidigung, Plekshaus, BVS-Fachlehrer Knop und BVS-Landesstellenleiter Eykmann. (Foto: Knop)



mann zeichnete BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann den langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeiter und Leiter des Behördenselbstschutzes der Kreisverwaltung, Siegfried Knop, mit der BVS-Ehrennadel aus.

Eykmann betonte in seiner Ansprache vor Kreisverwaltungsdirektor Herbert Piegler und Mitgliedern des Ausschusses für zivile Verteidigung sowie Mitarbeitern des Behördenselbstschutzes und des BVS, Knop habe als Selbstschutzfachlehrer und stv. BVS-Beauftragter in über 23 Jahren seiner Tätigkeit vielen Mitbürgern den Selbstschutzgedanken vermittelt. Sein Pflichtbewußtsein und seine Kameradschaft seien Vorbild und Ansporn für die Mitarbeiter des BVS und des Behördenselbstschutzes. Eykmann hob besonders den vorbildlichen Ausbildungsstand der von Knop geführten Fachgruppen hervor.

Aachen. An einem von der BVS-Dienststelle Aachen und dem Warnamt V gemeinsam im Kreishaus Heinsberg veranstalteten Selbstschutz-Fachlehrgang für das Warnstellenpersonal nahmen zahlreiche Angehörige von Behörden und Betrieben teil. Oberkreisdirektor Dr. Theo Esser und Kreisdirektor Dr. Leo Thönnissen begrüßten die 23 Teilnehmer.

Einleitend wurden die Aufgaben des Selbstschutzes und Warndienstes erläutert. In Nordrhein-Westfalen sind 1 800

Ein Selbstschutz-Fachlehrgang im Kreishaus (von links): stv. Leiter des Warnamtes V, Becker, BVS-Fachlehrer Königs, Oberkreisdirektor Esser, BVS-Dienststellenleiter Janke, Stadtbrandmeister Nüske, Amtmann Claßen (Kreisverwaltung Heinsberg).



Behörden und Betriebe an das Warnnetz angeschlossen. Anhand praktischer Beispiele erhielten die Teilnehmer Informationen über die verschiedenen Arten der Warndurchsagen und ihre Umsetzung in die notwendigen Schutzmaßnahmen.

Gelsenkirchen. BVS-Beauftragter Karl Walczak, Bottrop, erhielt in einer kleinen Feierstunde im Schulungsraum der BVS-Dienststelle Gelsenkirchen für seine 20jährige ehrenamtliche Mitarbeit die Ehrenurkunde des Verbandes. Den Dank für unermüdelichen Einsatz sprach ihm BVS-Dienststellenleiter Haupt aus. Walczak begann 1963 bei der ehemaligen Ortsstelle Bottrop als ehrenamtlicher Mitarbeiter des Bundesluftschutzverbandes. Bis zur Umstrukturierung des Verbandes und Bildung der neuen Dienststellen war er als ehrenamtlicher Sachbearbeiter für die Organisation des Selbstschutzes der Bevölkerung eingesetzt. Bei der Lösung der schwierigen Aufgaben der Zusammenlegung der Dienststellen Bottrop, Gelsenkirchen und Herne und der damit verbundenen Auflösung der Dienststelle Bottrop half er aktiv mit. Walczak wurde übrigens auch von den ehrenamtlichen Mitarbeitern zum Helfervertreter gewählt.

Körtlinghausen. „Selbstschutz – Dein Beitrag zum Zivilschutz“, unter diesem Motto fand 1983 eine Reihe von Informationstagungen für Bürgermeister,

Ratsmitglieder, Vorsitzende und Mitglieder von Ausschüssen für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung an der BVS-Schule Körtlinghausen statt; Tagungen, in deren Verlauf die angesprochenen Themen stets sehr lebhaft diskutiert wurden.

Alle Teilnehmer waren der Ansicht, daß besonders das Referat „Aufgaben der Ausschüsse für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung“, gehalten von Ministerialrat Wolfram Witaschek, Innenministerium Düsseldorf, und Hartmut Marburger, Amt 38 Münster, wertvolle Aufschlüsse für die Förderung des Zivilschutzes auf kommunaler Ebene gegeben hat.

Erste Reaktionen der Ratsmitglieder machen deutlich, daß durch diese Art der Informationsarbeit des BVS neue Aktivitäten im Selbst- und Zivilschutz ausgelöst werden und die Vertreter einer Gemeinde als Multiplikatoren des Selbstschutzgedankens einen wertvollen Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit leisten.

Viersen. Walter Plechinger, Leiter einer Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Viersen, wurde in den Ruhestand verabschiedet, Gäste aus Verwaltungen sowie die BVS-Mitarbeiter nahmen an der kleinen Feier teil.

Dienststellenleiter Georg Scharnik würdigte den Einsatz und die Verdienste von Plechinger in über 20jähriger Mitarbeit im BVS und überreichte eine Dankurkunde. Der Abschied fiel Plechinger nicht schwer: Als ehrenamtlicher Fachlehrer wird er weiterhin der BVS-Dienststelle Viersen zur Verfügung stehen.

Düsseldorf. Der Abteilungsleiter der Deutschen Bank, Graf von Westerholt, begrüßte 18 Architekten und Ingenieure zu einer zweitägigen Informationstagung „Schutzraumbau“. Während der Tagung hatten die Teilnehmer Gelegenheit, die Mehrzweckanlage, die sich im Hause

der Deutschen Bank befindet, zu besichtigen. Sie bietet 3000 Personen Schutz. Tagungsleiter Reuter, ehrenamtlicher Fachbearbeiter „Schutzraumbau“ der BVS-Dienststelle, konnte so Theorie und Praxis miteinander verknüpfen.

Nachruf

Am 2. Januar 1984 verstarb plötzlich und unerwartet der Fachbearbeiter der BVS-Dienststelle Bonn

Joachim Randhahn

Er war seit 1960 Mitarbeiter des BLSV/BVS. Seine Arbeit haben zahlreiche Mitarbeiter von Behörden, Institutionen und des BVS in Lehrgängen, Tagungen und Besprechungen schätzen gelernt. Wir halten sein Andenken in Ehren.

Hessenspiegel

Darmstadt. In einer kleinen Feierstunde wurden die Schutzbauberater Wolfgang Schmidt für 20jährige sowie Egon Allwinn und Hans Mohr für 25jährige ehrenamtliche Mitarbeit im BVS geehrt.

Helferehrung in Darmstadt (von links):
BVS-Helfervertreter Heinz Böckner, BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube, die Schutzbauberater Egon Allwinn, Hans Mohr und Wolfgang Schmidt sowie BVS-Dienststellenleiter Willy Roth.

(Foto: Roth)



BVS-Landesstellenleiter Gerhard Straube überreichte den Jubilaren die Urkunden. Der Vertreter der ehrenamtlichen Helferschaft, Heinz Böckner, und BVS-Dienststellenleiter Willy Roth gratulierten den Helfern.

Saarland-Rundschau

St. Wendel. BVS-Schutzbauberater Dipl.-Ing. Leonhard Baureis wurde auf Vorschlag des saarländischen Ministerpräsidenten mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet. In einer Feierstunde stellte Landrat Dr. Waldemar Marner die besonderen Verdienste Baureis', der über zehn Jahre als ehrenamtlicher BVS-Schutzbauberater aktiv ist, heraus.

Neunkirchen. Mit Brüchen, Blutungen, Bewußtlosigkeit sowie Verbrennungen und Schockeinwirkung hatten sich 20 Mitarbeiter der Standortverwaltung St. Wendel bei einer Abschlußübung auseinandersetzen. Die Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Neunkirchen, die die Einsatzkräfte des Behördenselbstschutzes in mehreren Lehrgängen auf

Tagungsleiter Reuter (2. von links) erläutert die Technik der Mehrzweckanlage.
 (Foto: Schwarz)



den „Ernstfall“ vorbereitet hatten, erlebten „eine Gasexplosion in einer Heizungsanlage“.

Die Aufgabe des Selbstschutzzuges ließ erkennen, daß sich die Übungsleitung um eine möglichst realistische Situation bemühte: Nach dem Einsturz der Wände des Heizungskellers sollten vier „verletzte“ Kollegen geborgen und versorgt werden. Am Einsatzort mußten die Helfer zunächst ein Feuer bekämpfen.

Der fachgerechte Umgang mit Feuerlöschern war gefragt, bevor das zerstörte Objekt gesichert, die „Verletzten“ geborgen und lebensrettende Sofortmaßnahmen eingeleitet werden konnten.

Die Übungsleitung, die die Aktivitäten kritisch beobachtete, gab – sofern erfor-

derlich – notwendige Hilfestellungen. Da sich Leitungsteam und Helfer zum Ziel gesetzt hatten, Fähigkeiten und Wissen zu testen und auftretende Mängel zu beseitigen, bildete eine Kritik in auflockerter Runde den Abschluß einer gelungenen Demonstration.

Saarbrücken. Anläßlich einer Fachausbildung der Selbstschutz-Sachbearbeiter saarländischer Gemeinden an der BVS-Schule Birkenfeld stellte Ministerialrat Grundmann (Saarländisches Innenministerium) die besondere Bedeutung des Selbstschutzes und des BVS heraus, wobei er auf die Notwendigkeit verstärkter Initiativen durch die Gemeinden näher einging. Dazu gehöre neben der vermehrten Ausbildung der Bevölkerung auch die Schaffung der Voraussetzungen für die Einrichtung und personelle Besetzung der Selbstschutz-Beratungsstellen. Wenn auch in vielen Gemeinden schon ausgebildete Selbstschutzberater zur Verfügung stünden, so bestehe dennoch ein enormer Bedarf.

Das Ministerium lege Wert darauf, daß im Interesse des Selbstschutzes der Bevölkerung die Gemeinden alles tun, um ihre Vorsorgeverpflichtungen zu erfüllen. In diesem Zusammenhang hob der Ministerialrat die von der BVS-Landesstelle Saarland gezielt und mit viel Erfolg durchgeführten Informationstagen „Zivilschutz“ lobend hervor und legte gleichzeitig den Selbstschutz-Sachbearbeitern nahe, bei ihrer Aufgabenerfüllung vom Informations- und Ausbildungsangebot des BVS Gebrauch zu machen.

BVS-Landesstellenleiter Koch ging näher auf die Zusammenarbeit des Verbandes mit den Gemeinden ein. Vor allem müsse mehr als bisher getan werden, um den Bürgern den Besuch von Informationsveranstaltungen sowie Selbstschutz-Grund- und Ergänzungslehrgängen in den Abendstunden und an Wochenenden zu ermöglichen. Ein gemeinsames Handeln von BVS und Gemeinden sei hierbei unerlässlich. Nach weiteren detaillierten Aufgabenerörterungen wies Koch insbesondere auf den bestehenden Mangel an Übungsplätzen hin. Im Interesse der Ausbildung sei es dringend geboten, dem BVS geeignete Plätze für die erforderliche Praxis zur Verfügung zu stellen.

Die anschließende Aussprache zeigte, daß unterschiedliche Auffassungen schnell geklärt und gemeinsame Vorhaben zügig angegangen werden können.

Saarbrücken. Am diesjährigen Neujahrsempfang des saarländischen Ministerpräsidenten Werner Zeyer nahm BVS-Landesstellenleiter Koch wieder mit einigen bewährten Mitarbeitern, darunter

Schutzbauberater Dipl.-Ing. Leonhard Baureis, BVS-Kreisbeauftragter Albert Martini und die BVS-Fachlehrer Georg Weitner und Horst Peter Moeller, teil.

Während der Feierstunde führte Koch u. a. Gespräche mit Innenminister Dr. Rainer Wicklmayr und dem Vorsitzenden der F.D.P.-Landtagsfraktion, Josef Ley, sowie Bundestagsabgeordnetem Hans-Werner Müller.

Saarbrücken. Der Leiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle II der BVS-Dienststelle Saarlouis, Oskar Philippi, wurde in Anwesenheit der Mitarbeiter durch Landesstellenleiter Koch in den Ruhestand verabschiedet.

Koch zeigte den beruflichen Werdegang des Scheidenden auf und hob das korrekte, disziplinierte Verhalten des Mitarbeiters sowie sein zuverlässiges Wirken hervor. Der Landesstellenleiter sprach Philippi Dank und Anerkennung aus, wünschte ihm für seinen weiteren Lebensweg alles Gute und überreichte eine Dankurkunde.

Südwest aktuell

Karlsruhe. Am 1. Dezember 1983 wurde der Leiter der Fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Karlsruhe, Kurt Tietz, in den Ruhestand verabschiedet. Sachgebietsleiter Manfred Büchler übergab in Vertretung des Landesstellenleiters dem Scheidenden die Dankurkunde des Verbandes. Dienststellenleiter Hans Zunker würdigte Tietz als Kollegen und Mitarbeiter, der sich engagiert für die Belange des BVS eingesetzt habe.

Rottweil. Im Landratsamt Rottweil führte BVS-Landesstellenleiter Raach in Anwesenheit zahlreicher Vertreter des öffentlichen Lebens den neuen Leiter der BVS-Dienststelle Rottweil, Karl-Heinz Meister, in sein Amt ein. Meister kam 1982 nach Beendigung seiner Dienstzeit bei der Bundeswehr zur BVS-Landesstelle Baden-Württemberg und später zur Dienststelle Karlsruhe.

Der stv. Landrat des Landkreises Rottweil, Walde, gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch unter der neuen Führung die bisherige gute Zusammenarbeit zwischen der BVS-Dienststelle und den von ihr zu betreuenden Gemeinden und Landkreisen weiterbestehen möge.

Ravensburg. Im Rahmen einer Schauübung der Freiwilligen Feuerwehren Ertingen, Binzwangen und Erisdorf präsentierte sich auch die BVS-Dienststelle Ra-

vensburg. Am BVS-Stand galt es, zahlreiche Fragen zu beantworten und auf das Ausbildungs- und Informationsangebot des Verbandes aufmerksam zu machen. Ertingens Bürgermeister Hans Petermann unterstrich in seiner Begrüßungsrede die dem BVS gestellten Aufgaben.

Freiburg. Bei einer Übung stellten die Helfer des Behördenselbstschutzes des Regierungspräsidiums und der Forstdirektion Freiburg ihr Können unter Beweis. Nach einer Kurzunterweisung durch die Ausbilder des BVS gaben die Behördenselbstschutzleiter Wolk und Menzel den Staffelführern die realistische Ausgangslage bekannt: „Durch den Absturz eines Sportflugzeuges in unmittelbarer Nähe des Regierungspräsidiums fand eine Explosion statt, die einen erheblichen Schaden am Bürogebäude verursachte. Einige Bedienstete werden nach der Räumung des Hauses vermißt. Brennende Wrackteile verursachten mehrere kleine Brände. Da die Feuerwehr an der Absturzstelle, dem Schadensschwerpunkt, gebunden ist, muß der Einsatz der Behördenselbstschutzkräfte erfolgen.“

Bis zum angenommenen Eintreffen organisierter Hilfe hatten die Einsatzkräfte Menschenleben gerettet und wichtige Voraussetzungen für die Arbeit der Feuerwehr geschaffen. In der anschließenden Übungskritik wurden allen Beteiligten ein guter Ausbildungsstand sowie Einsatzbereitschaft und persönliches Engagement bescheinigt.

Tettngang. Die BVS-Dienststelle Ravensburg führte einen Selbstschutz-Ergänzungslehrgang „Wohnstätten“ für Leiter und Lehrkräfte der Schulen im Bereich des Schulamtes Tettngang durch. Der Lehrgang war mit 25 Teilnehmern, darunter zwei Damen, gut besucht. Die Bedeutung der Veranstaltung unterstrich Schulrat Binder durch seine persönliche Anwesenheit.

Die Lehrer zeigten großes Interesse und stellten viele Fragen. Das Thema „Brandschutz“ fand besonderen Anklang.

Ein Vertreter des Bauamtes der Stadt Wangen erläuterte die Vorschriften und Maßnahmen beim Bau von Schulen. Bei einem abschließenden Rundgang durch das Schulgebäude wurden die Sicherheitsmaßnahmen sowie Flucht- und Rettungswege besichtigt und begründet.

Reutlingen. Schüler des Johann-Keppler-Gymnasiums in Reutlingen informierten sich im Rahmen einer Projektwoche über den Zivil- und Selbstschutz in der

Bundesrepublik. Bereits Wochen vorher wurden mit der BVS-Dienststelle Termine festgelegt.

Am ersten Tag der Projektwoche gab der Archivar der Stadt Reutlingen eine historische Einleitung zum Thema. Er referierte über den verheerenden Stadtbrand, der den größten Teil der damaligen Handelsstadt vernichtete. Im Anschluß daran wurde die Feuerwache 1 der Stadt Reutlingen unter der kundigen Führung von Stadtbrandmeister Walter Herrmann besichtigt.

Am nächsten Tag führten die BVS-Mitarbeiter Strohmaier und Lang einen Selbstschutz-Grundlehrgang durch. Auf den praktischen Teil wurde großer Wert gelegt. Die Schüler hatten dabei u. a. Gelegenheit, den Umgang mit Löschgeräten zu üben.

An den beiden letzten Tagen der Projektwoche fuhren die Schüler nach Rotenburg zum Warnamt VIII, um dort an einer Informationstagung „Zivilschutz“ teilzunehmen und das Warnamt zu besichtigen.

Bayern heute

Babenhausen. Nach einem Sicherheitswettbewerb im Sommer 1983 setzte die BVS-Dienststelle Kaufbeuren mit der Wanderausstellung „Kinder malen Katastrophen und Selbstschutz“ ihre Öffentlichkeitsarbeit in Babenhausen fort.

BVS-Dienststellenleiter Willibald Schmalzl führte bei der Eröffnung u. a. aus, Zivilschutz sei ein aktiver Beitrag zur Friedensicherung. Schmalzl stellte das BVS-Leistungsangebot als Dienst für den Bürger dar.

Bürgermeister Xaver Brauchle begrüßte die erneute Initiative des BVS und forderte die Mitarbeiter auf, eigenverantwortlich Vorsorge für den Krisen- und Verteidigungsfall zu treffen. Die Gemein-



Ausstellungseröffnung in Babenhausen (von rechts): Bürgermeister Brauchle, Sparkassendirektor Haugg, BVS-Dienststellenleiter Schmalzl. (Foto: Ströbele)

de habe ihrerseits bereits mit dem Bau eines Großschutzraumes für 600 Personen einen ersten Schritt in die richtige Richtung zum Schutz der Bevölkerung getan.

Hof. Einsatzkräfte des Kastastrophen-schutzes der Bundespost zeigten ihr Können bei einer dreitägigen Übung in Hof. Unter Anleitung von Fachlehrern der BVS-Dienststelle Hof übten Brandschutz-, Bergungs- und Sanitätsstaffeln der Postämter Nordostoberfrankens im alten Schulgebäude des Hofer Ortsteils Leimitz und in der Gerbergasse. Dort diente ein Abbruchhaus, vom Baumt der Stadt zur Verfügung gestellt, als willkommenes Übungsobjekt.



Eine der Aufgaben der Übung ist das Ablassen eines „Verletzten“ mit Hilfe des Leiterhebels.

Unter wirklichkeitsnahen Bedingungen wurden Mauer- und Deckendurchbrüche fachgerecht ausgeführt. Die Bergung und der Transport von „Verletzten“ stellten für die Postler eine Herausforderung dar, die sie, nach übereinstimmender Meinung der Ausbilder, mit hervorragender Einsatzfreude und mit gutem Wissen und Können überzeugend meisterten.

Günzburg. „Ein strahlender Erfolg“, so bezeichnete Oberbürgermeister Dr. Rudolf Köppler den Sicherheitswettbewerb als Abschluß der Selbstschutzwoche in Günzburg, den die Stadt mit Unterstützung der BVS-Dienststelle Augsburg durchführte.

Das BRK mit Wasserwacht, die DLRG, das THW, die Freiwillige Feuerwehr und die Polizei beteiligten sich an den zehn

Teststationen für Fußgänger. Den ersten Platz teilten sich Rudolf Hofknecht und Rainer Kreibich, beide aus Leipheim, mit 97 von 100 möglichen Punkten. Sie erhielten den BVS-Ehrenteller und als besondere Gabe der Stadt je einen Maria-Theresia-Taler.

Oberbürgermeister Dr. Rudolf Köppler hob hervor, man habe in der Selbstschutzwoche Kenntnisse erworben, von denen man stets hoffe, daß sie nicht angewendet werden müssen. Trotzdem dürfe in Notsituationen aller Art „Hilfe kein Zufall sein“.

Bayreuth. Die Fachbearbeiterinnen für Frauenarbeit der bayerischen BVS-Dienststellen trafen sich zu einer Besprechung in Bayreuth. Die Leitung hatte die Fachgebietsleiterin der BVS-Landesstelle, Annemarie Uschold.

BVS-Dienststellenleiter Schneider erläuterte eingehend Themen aus der Verwaltung. BVS-Landesstellenleiter Kopsieker informierte die Teilnehmerinnen über den neuen Weg, der bei der Einstellung und Weiterbildung von Mitarbeitern eingeschlagen wird. Ziel ist: Weg vom Allrounder – hin zum gut ausgebildeten Mitarbeiter, unter Berücksichtigung seiner spezifischen Fähigkeiten. Voraussetzungen dafür sind Veränderungen in der Aus- und Fortbildung.

Frau Uschold betonte die Notwendigkeit des persönlichen Einsatzes bei Frauenverbänden und Institutionen. Daß dieses Engagement nicht immer einfach ist, Geduld, Standfestigkeit, Ausdauer und auch Mut erfordert, ist den Mitarbeiterinnen des BVS bewußt. Frau Uschold und



Zu einer Dienstbesprechung treffen sich die BVS-Fachbearbeiterinnen für Frauenarbeit der bayerischen Dienststellen in Bayreuth.

Landesstellenleiter Kopsieker sprachen den Teilnehmerinnen für diese nicht immer leichte Aufgabe Dank und Anerkennung aus.

Alle waren sich darin einig, daß eine effektive Frauenarbeit nur in enger Zusammenarbeit mit den BVS-Dienststellen möglich ist.

26 Berliner THW-Helferinnen
und -Helfer
für langjährige Mitarbeit geehrt

„Die Idee des Helfens engagiert vertreten“

Bürgermeister und Senator
für Inneres Heinrich Lummer
hielt anlässlich des Festaktes
eine vielbeachtete Rede –
Hilfsorganisationen sind
bedeutsame Bürgerinitiativen

Das Feuerwehr- und Katastrophenschutz-Ehrenzeichen von Berlin, das für zehnjährige bzw. 25jährige aktive Mitarbeit in einer Katastrophenschutz-Organisation in Silber bzw. in Gold verliehen wird, erhielten im Rahmen eines Festaktes am 29. November 1983 im Fontane-Haus in Reinickendorf 26 Helferinnen und Helfer des THW aus der Hand des Bürgermeisters und Senators für Inneres, Heinrich Lummer.

Lummer, der sich für die ehrenamtliche und freiwillige Tätigkeit in den Hilfsorganisationen sehr engagiert und diese „Bürgerinitiativen“, die nicht nur fordern, sondern zuerst zu dienen und zu geben bereit sind, nach Kräften unterstützt, hielt aus diesem Anlaß eine vielbeachtete Rede.

Sicherlich hat diese Rede für Berlin eine besondere Relevanz, sie ist aber auch über die Grenzen Berlins hinaus von Interesse:

„Es gehört zu den wirklich angenehmen Aufgaben des Innensensors, einmal im Jahr Helfer und Angehörige aus den Organisationen des Katastrophenschutz-Hilfsdienstes einzuladen und für besondere Verdienste und langjährige Mitgliedschaft zu ehren.

Mit der nunmehr sechsten Veranstaltung



seit 1978 ist ihr noch keine große Tradition gegeben, doch wird sie ihren Sinn und Zweck nie verlieren, weil es immer Menschen geben wird und geben muß, die sich in die Tradition des Dienens und Helfens stellen und die es verdienen, dafür ein sichtbares äußeres Zeichen des Dankes zu empfangen. Ehre wem Ehre gebührt – sagt man. Und so soll es immer sein . . .

Einmal im Jahr diese Ehrung, einmal im Jahr damit auch als Momentaufnahme ein Registrieren in der Öffentlichkeit für ehrenamtliche Arbeit vieler Menschen in dieser Stadt. Sie spielt sich täglich ab und sollte deshalb auch unabhängig von diesem Tag und dieser Stunde mehr Aufmerksamkeit erhalten. Auch sie wäre verdient!

4000 aktive Helfer

Zuvörderst deshalb ein Appell an alle, die an einem sinnvollen Tun interessiert sind und dafür in den Hilfsorganisationen ein reiches Betätigungsfeld finden. Ihnen, den haupt- oder ehrenamtlich Tätigen in den Organisationen, sei ans Herz gelegt, in dem Bemühen, den

Bürgermeister und Senator für Inneres, Heinrich Lummer, dankt allen freiwilligen Helferinnen und Helfern in den Hilfsorganisationen für ihr ehrenamtliches Engagement. (Foto: Wolf)

Kreis der aktiven Mitglieder zu erweitern, nicht nachzulassen. Unser Symbol sind die helfenden Hände. Dazu müssen aber unsere Hände zunächst einmal werbend ausgestreckt werden.

Dies geschieht auf vielfältige Weise und ist nicht erfolglos. Immerhin liegt die Zahl der aktiven Mitglieder aller Hilfsorganisationen weiterhin bei rd. 4000 und hat sogar ein leichtes Plus.

Nach dem Motto ‚Steter Tropfen höhlt den Stein‘ werden deshalb kontinuierlich die Werbemaßnahmen fortgesetzt. Nach einer

– kleinen Plakat- und Anzeigenaktion im August folgt

– noch vor Weihnachten eine Werbeaktion mit 26000 Faltschlägern in drei Stadtteilzeitungen und

– im nächsten Jahr ist neben der gemeinsamen Teilnahme am RIAS-Fest vor dem Reichstag eine Großveranstaltung des Senders Freies Berlin auf dem Gelände der Bundesgartenschau fest eingeplant, an deren spezieller Ausrichtung vor allem wir beteiligt sind.

Worum wir uns bemühen, ist zweierlei:

– Die Idee des Helfens engagiert vertreten, indem wir sozusagen als ‚Verführer zum Guten‘ auftreten und

– dieses Bemühen insbesondere auf die junge Generation konzentrieren, sie zu gewinnen und zu überzeugen, daß man gerade im Kleid eines ‚Ehrenamtlichen‘ sich selbst verwirklichen kann.

Den Idealismus wecken

In gemeinnützigen Organisationen können junge Menschen erfahren, erleben und lernen, daß es noch andere als nur materielle oder auch von falschen Idealen geprägte Werte gibt, Werte nämlich wie Hilfsbereitschaft, Uneigennützigkeit, Nächstenliebe, für die es sich lohnt, sich in einer menschlichen Gesellschaft ‚stark‘ zu machen – einen ‚Bock‘ zu haben.

Man kann nicht sagen, daß die Mehrheit der Jugendlichen weniger Idealismus hat, als die Älteren von uns besessen haben. Das Potential an Idealismus ist da, es muß nur geweckt und gelenkt werden wie auch andere Werte menschlichen Zusammenlebens.

Was ist das, Ehrenamtlichkeit?

Nach der Lexikon-Definition beantwortet, handelt es sich um eine öffentliche Aufgabe, für deren Erfüllung kein Entgelt, sondern nur Auslagensatz gewährt wird, deren Übernahme teils Pflicht, teils freiwillig ist. Vornehmlich sind damit aber nur staatsbürgerliche Pflichten gemeint, weniger jener weitaus größere Teil, der die freiwillige humanitäre Hilfeleistung umfaßt.

Die wahren ‚Ehrenamtlichen‘ sind für mich alle jene, die nach acht Stunden Arbeit im Beruf, nach Streß, Ärger und Anspannung, nicht einfach die Tür hinter sich zumachen und sich ins Private zurückziehen, sondern die, die das Helfen und Dienen für den Mitmenschen in ihrem Herzen haben und zum Leitfaden ihres Handelns und Lebens gemacht haben. Wer nach des Tages Lasten noch bereit ist, zu helfen und einzuspringen, weil der Staat nicht immer und überall präsent sein kann, der gehört zu jenen, die wissen, daß eine Gemeinschaft nur lebendig sein kann, wenn die Bürger zur aktiven Mitarbeit bereit sind. Staat und Bürger brauchen und ergänzen einander. Das macht die Gemeinschaft lebendig, das gibt Impulse für Gemeinsamkeit.

Der Gemeinsinn stirbt nicht aus

Ehrenamtlichkeit heißt, Gemeinschafts-sinn beweisen, heißt Fürsorge, heißt ei-

ne Aufgabe übernehmen, die nichts an klingender Münze bringt. Doch meine ich, daß das gute Gefühl, an einer guten Sache mitzuarbeiten, also Nächstenliebe, selbstlose Hilfe für andere, die wohl schönste und befriedigendste Form ist, humanitäre Ideale zu verwirklichen.

Solange es diese Menschen gibt, die persönliche Interessen hintenanstellen, wenn es darum geht, zuzupacken, so lange sollte man nicht bange sein, daß der Gemeinsinn auszusterben droht.

Aber: Gefährdungen sind gegeben, seitdem der ‚Zeitgeist‘, wie Prof. Herbert Giersch, der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, es kürzlich beschrieb, ‚das Phantom einer Gesamtgesellschaft auf den Altar stellte‘ und so ‚dem Bürger das Bewußtsein der Selbstverantwortlichkeit‘ nahm.

Was heißt: Wo nach den gängigsten Sozialutopien nichts lief, wurde der Staat gerufen oder er drängte sich selbst auf.

Die Gesellschaft, also der Staat, ist der Adressat für Ansprüche, die er entweder selbst zahlen oder andere zu entsprechenden Leistungen zwingen soll, zur Beseitigung ‚sozialer‘ Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten.

Als Randbemerkung: Der Volkswirtschaftler Prof. Bruno Molitor (Universität Würzburg) hat sich Gedanken über das ‚Mythos des Sozialen‘ gemacht und hat dabei recht bissig gemeint, dieses kleine Wort ‚sozial‘ werde ständig in ein semantisches Galvanisierungsbad getaucht (von Sozialtheatern bis Sozialtourismus) und stehe heute als Standarte für alles, was in der Politik lieb und teuer ist. Dem kann man wohl kaum widersprechen.

Gegen „alternatives Schmarotzertum“

Wie verlogen und hohl klingen indes jene Proteste gegen unser Gesellschaftssystem und -verhältnisse von jenen, die den Staat ablehnen oder utopischen Alternativen nachhängen, gleichzeitig sich fleißig und hemmungslos aus den Töpfen des Versorgungsstaates bedienen bzw. ‚beklauen‘, wie sie es selbst sagen. Alternatives Schmarotzertum ist, wer sich von Staat oder Profit distanziert, aber von den Steuern lebt, die andere mit ihrem Einkommen verdient haben.

Hier sind in der Vergangenheit viele falsche Signale gesetzt worden, durch Subventionen und durch ein Erziehungs- und Bildungssystem, das jungen Menschen eine Frührentner-Mentalität vermittelt. Und wie ich ergänzen möchte – eine mangelhafte Vermittlung von Grundsätzen unserer Wertordnung sowie Vernachlässigung des Geschichts-

unterrichts durch ideologische Vorurteile von Teilen einer neuen Lehrergeneration. Eine Feststellung, die von vielen getragen wird, wenn ich z. B. an Prof. Richard Löwenthal denke.

Auch hierzu als Randbemerkung und als Beispiel nicht nur für Geschichtslosigkeit, sondern Geschichtsverfälschung die jüngste Bundestagsdebatte über die Nachrüstung, in der die Grünen den Vergleich zu 1933 aufstellten. Die Generation von damals, so meinten sie, müsse sich den Vorwurf gefallen lassen, nicht rechtzeitig gegen Hitler Widerstand geleistet zu haben. Diesmal werde man diesen Widerstand leisten.

Es kann nicht vergessen sein, sondern es wurde einfach unterschlagen, daß es 1933 um den Widerstand gegen die Zerschlagung einer parlamentarischen Demokratie ging, heute aber zum Widerstand gerade gegen eine solche parlamentarische Demokratie aufgerufen wird.

Das Böse ist, so sagt der Psychoanalytiker Alfred Görres (TU München), ist Unrecht im tiefen Sinne des Wortes. Aber auch dann, wenn in Unwissenheit und Dummheit vermeidbares Unrecht steckt, wenn man in wichtigen Fragen schlampig denkt, obwohl man es besser könnte, wird Böses angerichtet. Ich glaube, es tut manchem Alternativen gut, wenn er sich näher mit Psychoanalyse beschäftigt, ehe er politisches Wort redet.

Mit Gut und Böse, mit Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit, hat auch – so meine ich – die Weihnachtsbotschaft zu tun, die denen Frieden auf Erden verspricht, die denen Willens sind. Nach den friedensbewegten Wochen und Monaten wird das Thema Frieden uns besonders in der jetzigen Weihnachtszeit beschäftigen.

Der Weg zum Frieden

Wir alle sind für den Frieden. Und Sie und ich hoffen und wollen, daß das, was Sie für den Fall oder Fälle erlernt haben und worauf Sie theoretisch vorbereitet sein müssen, niemals Wirklichkeit wird. Daß in der notwendigen Vorsorge schon ein Stück Vorbereitung gesehen wird, ist eine infame Unterstellung.

Worum gestritten wird, ist, welches der richtige Weg zum Frieden ist. Und hier haben wir schon eine Art Glaubenskrieg. Lehrer streiken für den Frieden, Kinder werden zu Demonstrationsobjekten. Und man verkündete, für den Frieden dürfe man ohne weiteres Gesetze verletzen. Von der eigentlichen Bedeutung des Wortes Frieden sind dabei viele weit entfernt, die mit Blockaden und Gewaltaktionen Rechtsbrüche für den Frieden zu rechtfertigen suchen.

Hier wird übersehen, wie sehr der Friede unter den Menschen ein Ergebnis der Rechtsordnung ist. Die Anerkennung der Gesetze wirkt friedensstiftend, ihre Mißachtung verletzt den inneren Frieden und macht den Weg frei für Selbstjustiz. Ordnung aber muß sein, damit der Freiheitsraum des einzelnen erhalten bleibt. Und ohne Freiheit kein Frieden.

Gerade die Älteren wissen, was Krieg, Bombenhagel, Vernichtung bedeuten. Deshalb sollte man nicht vergessen, daß es gerade die Älteren waren, die mit Einsicht und Vernunft daran gearbeitet haben und es weiter tun, daß wir nahezu vier Jahrzehnte Frieden in diesem Land haben und auch weiter haben sollen.

Im vergangenen Jahr habe ich aus Anlaß dieser Ehrung davon gesprochen, daß Ihre Organisationen für mich bedeutsame ‚Bürgerinitiativen‘ sind. Ich will dies heute wiederholen und zugleich abgrenzen gegenüber jenen, die von einem radikalen und organisierten Egoismus getragen werden, deren Interessen

oft nur begrenzt sind, deshalb gegenüber anderen nicht hinreichend abgewogen und zuwenig am Gemeinwohl orientiert.

Gegen Gewalt und Rechtsbruch

Ein fruchtbares Spannungsverhältnis zwischen Parteien, Bürgerinitiativen, Parlament und Regierung kann nur entstehen, wenn alle Seiten bereit sind, aufeinander zu hören. Ein demokratisches Gemeinwesen braucht inneren Frieden, braucht die Einhaltung bestimmter Verfahrens- und Verhaltensregeln in der politischen Auseinandersetzung.

Das Mindestmaß an Konsens muß darin bestehen, daß die demokratischen und parlamentarischen Spielregeln akzeptiert werden. Das ist keine Frage nach der inhaltlichen Übereinstimmung. Es ist eine Frage nach den Mitteln der Auseinandersetzung.

Es kann aber nicht akzeptiert werden, wenn ohne Rücksicht auf das fundamentale Mehrheitsprinzip andere inhaltliche Vorstellungen für Staat und Gesellschaft als absolut gesetzt und die verfassungsrechtlich vorgegebenen Wege demokratischer Entscheidungsfindung mißachtet werden. Es kann niemand ruhig zusehen, wenn politische Ziele nicht mit den Mitteln des Rechts, sondern mit den Mitteln des Rechtsbruchs durchgesetzt werden sollen. Gewaltanwendung und Pressionen sind kein Ersatz für mangelnde Mehrheiten. Damit wird der innere Friede, der Friede zwischen Bürger und Staat bedroht.

Ich möchte es bei diesen allgemeinen politischen Bemerkungen belassen. Bevor ich zu dem eigentlichen Akt der Ehrung komme, darf ich jedem von Ihnen und Ihren Organisationen Dank und Anerkennung für die im vergangenen Jahr geleistete Arbeit aussprechen. Sie haben in unserer Gesellschaft und für unsere Gemeinschaft wichtige Aufgaben wahrgenommen und damit den Beweis geliefert, von dem ich anfangs sprach – für Bürgersinn.“

Schleswig-Holstein



THW-Ehrenzeichen in Silber für Klaus Baltzer

Kiel. Ministerialdirigent Klaus Baltzer, Abteilungsleiter im Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein, ist für seine Verdienste, die er sich um das THW und



Aus der Hand von THW-Direktor Hermann Ahrens erhält Ministerialdirigent Klaus Baltzer das THW-Ehrenzeichen. Bildmitte: THW-Landesbeauftragter Meier. (Foto: Voß)

den Katastrophenschutz in Schleswig-Holstein erworben hat, vom Bundesinnenminister mit dem THW-Ehrenzeichen in Silber ausgezeichnet worden.

Während der Zeit, in der Baltzer Leiter der Abteilung für öffentliche Sicherheit war, wurde das Landeskatastrophen-

schutzgesetz unter Einbeziehung des THW als öffentliche Katastrophenschutz-Organisation konzipiert und von der Landesregierung in Kraft gesetzt.

Baltzer hat sich stets mit viel Engagement für die Belange des THW eingesetzt, was sich nicht zuletzt auch darin zeigte, daß er an vielen THW-Veranstaltungen teilnahm, um sich einen persönlichen Eindruck vom Ausbildungsstand und von der Einsatzbereitschaft der Helfer zu verschaffen.

THW-Direktor Hermann Ahrens würdigte am 6. Januar 1984 anläßlich eines kleinen Empfangs in der Dienststelle des THW-Landesbeauftragten in Kiel die Verdienste Baltzers und überreichte ihm im Auftrag des Bundesinnenministers die hohe Auszeichnung. W. V.

In einem vierstündigen Nachteinsatz gelang es, den verunglückten Lkw mit einem Kranwagen und Seilwinden wieder aufzurichten. (Foto: Voß)



Nächtlicher Bergungseinsatz

Husum. Am 8. Dezember 1983, um 23.26 Uhr, wurden die Meldeempfänger des THW-OV Husum von der Kreisleitstelle ausgelöst. Die Durchsage lautete: „Lkw verunglückt, Fahrer vermutlich unter dem Fahrzeug.“ Gleichzeitig wurde der Kranwagen einer Husumer Firma durch die Leitstelle angefordert.

Der verunglückte Sattelschlepper war 22 Meter lang, hatte ein Leergewicht von 25 Tonnen und lag auf der Seite.

Durch den Einsatz des Kranwagens und zweier Seilwinden gelang es schließlich, das Fahrzeug wieder aufzurichten. Da vom Fahrer des Sattelschleppers jede Spur fehlte, nahm man zunächst an, daß er unter das Fahrzeug geraten sei. Im

Verlauf der Bergungsarbeiten stellte sich jedoch glücklicherweise heraus, daß dies nicht der Fall war. Das Fahrzeug war gestohlen, und der Fahrer geflüchtet.

Nachdem der Sattelschlepper aufgerichtet worden war, mußte noch eine zwei Meter hohe, steile Böschung überwunden werden, um das Fahrzeug wieder auf die Straße zu bekommen.

Um 4.00 Uhr war alles geschafft, und der mit 13 THW-Helfern durchgeführte Nachteinsatz wurde beendet. M. J.

Hamburg



25 Jahre dabei

Hamburg. Am 5. November 1983 nahm der Bergungszug 31/40 unter der Leitung von Zugführer Peter Wieczorek an einer Katastrophenschutz-Übung der Stadt Hamburg teil. Dieser Tag war für den Bergungszug in zwei Punkten von besonderer Bedeutung.

Erstens nahm der Zug nach langer Zeit an einer Übung mit anderen Fachdiensten teil, und zweitens feierte der Zugführer auf den Tag genau sein 25jähriges THW-Dienstjubiläum.

Die Helfer des Zuges ehrten den Jubilar vor dem Übungsbeginn und schmückten nach der Übung den Kombi. So rückte die Einheit in die Unterkunft ein, wo die Helfer die gelungene Übung und das Jubiläum mit einem kleinen Umtrunk feierten.

Etwas traurig stimmte die Helfer und Führungskräfte, daß berufliche Gründe den Zugführer zwingen, seine Arbeit für das THW einzuschränken. Sein Wissen und seine Erfahrung wird Wieczorek aber weiterhin dem THW-BV Hamburg-Mitte zur Verfügung stellen. H. J. J.

Niedersachsen



Sattelzug zerstörte Gaststätte

Hude-Bookholzberg. Die Gaststätte „Auffahrt Bissen“ in Gruppenbüren ist am Sonnabend, dem 14. Januar 1984, bei einem Verkehrsunfall fast völlig zerstört worden. Ein vollbeladener 30-Tonnen-Sattelzug aus Bremen geriet bei einem Ausweichmanöver auf der Bundesstraße 212 von der Fahrbahn ab, durchbrach mehrere Mauern und kam erst im Clubraum der Gaststätte zum Stehen.

Die THW-Helfer übernehmen die Aussteifungs- und Abstützungsarbeiten. (Foto: Schilling)



Wie durch ein Wunder kam außer dem Fahrer, der mit leichten Verletzungen in ein Delmenhorster Krankenhaus gebracht werden mußte, niemand zu Schaden.

Kurze Zeit nach dem Unfall, der sich gegen 11.00 Uhr ereignet hatte, erfolgte die Alarmierung der Feuerwehren Bookholzberg und Ganderkesee sowie des THW-OV Hude-Bookholzberg. In Anbetracht der Größe des Schadens bat Ortsbeauftragter und THW-Einsatzleiter Ingolf Czwick die benachbarten Ortsverbände Delmenhorst und Wardenburg um Unterstützung.

Von den Mittagsstunden an befanden sich 30 Helfer der drei Ortsverbände mit drei Gerätekraftwagen, zwei VW-Kombis und einem Mannschaftskraftwagen zusammen mit den örtlichen Feuerwehren im Bergungseinsatz, der trotz Regens und schwerer Sturmböen zügig verlief.

Neben Räumungsarbeiten auf dem Dachstuhl und Sicherungsarbeiten an den Elektroleitungen der zerstörten Räume waren im und am Gebäude umfangreiche Aussteifungs- und Abstützungsarbeiten durchzuführen.

Gegen 19.00 Uhr, sieben Stunden nach dem Unfall, konnte auch der Lkw von den Helfern aus den Trümmern der Gaststätte geborgen werden. Das Fahrzeug wurde wegen des Verdachts auf einen technischen Defekt an den Bremsanlagen noch am gleichen Abend sichergestellt. H. Sch.

THW beseitigte Gefahrenstelle

Lüchow-Dannenberg. Ein Sturm mit Windstärke 10, in Böen bis Stärke 12, drohte ein Windrad, das auf einem ca. 15 Meter hohen Metallgitterturm zur Energieversorgung dient, abzureißen. Mehrere Haltebolzen des Drehkopfes waren gebrochen und das hintere Windleitblech abgeknickt.

Alarmiert von der Lüchower Polizei, die der Besitzer des „Kleinkraftwerkes“ gerufen hatte, rückte die Bereitschaftsgruppe des THW-OV Lüchow-Dannenberg kurz nach Mitternacht mit dem Geräte- und Mannschaftskraftwagen aus.

Nach Ausleuchtung der Schadensstelle wurde das ohne Windleitblech führungslos stark pendelnde Windrad, von dem schon ein Flügel fehlte, gesichert. Mit starken Stropps wurde das beschädigte Rad am oberen Teil des Gittermastes mit langen Halteleinen so verspannt, daß es dem Sturm keine Angriffsfläche mehr bot.

Nachdem die Helfer das abgerissene Windleitblech, das im oberen Turmteil hing, ebenfalls mit Seilen gesichert hatten, wurde der Einsatz um 3.00 Uhr morgens beendet. H. K.

Berlin



Hohe THW-Auszeichnung für Dieter Kerfin

Berlin. In einer Feierstunde zeichnete THW-Direktor Hermann Ahrens den verdienten Helfer und ehemaligen THW-Zugführer Dieter Kerfin mit dem THW-Ehrenzeichen in Gold aus.

Vor 29 Jahren trat Kerfin als 19jähriger dem THW bei.

Nach der Grund- und Fachausbildung hat er sich zusätzlich in Lehrgängen an den Bundeschulen und beim Landesverband Berlin umfassend Kenntnisse im Bergungs- und Instandsetzungsdienst, im Brückenbau sowie als ehrenamtliche Führungskraft erworben. Mit diesem Rüstzeug wurde Kerfin ein erstklassiger und vorbildlicher Ausbildungsleiter, er hat selbst mehrere Unterführerlehrgänge auf Landesverbandsebene durchgeführt.

Aufgrund seiner fundierten Fachkenntnisse auf allen Gebieten des Katastro-



THW-Direktor Hermann Ahrens gratuliert Dieter Kerfin zu der hohen Auszeichnung.

phenschutzes wurde er zum ehrenamtlichen Fachführer im Landesverband Berlin berufen und mit den Zusatzaufgaben des Notbrücken- sowie des D-Brücken- und Bailey-Brückenbaus betraut. O. P.

Bezirksbürgermeister beim THW Berlin-Reinickendorf

Berlin. Um sich über die Tätigkeiten der Helferinnen und Helfer und über die Ausstattung zu informieren, besuchte der erst kürzlich neu gewählte Bezirksbürgermeister von Berlin-Reinickendorf, Detlef Orwat, den THW-Bezirksverband.

THW-Landesbeauftragter Gerhard Brühl, THW-Bezirksbeauftragter Manfred Kuratis und THW-Geschäftsführer Bernd Zehner begrüßten den Gast und führten ihn durch die Unterkunftsräume und die Kfz-Halle.

Orwat war von der technischen Ausstattung und den Einsatzmöglichkeiten be-



Bezirksbürgermeister Orwat verfolgt gespannt die Vorführung der Sauerstoffanlage. Hinter ihm (links) THW-Landesbeauftragter Brühl und THW-Bezirksbeauftragter Kuratis. (Foto: Grau)

eindrückt. Als Höhepunkt des Besuches wurde die Sauerstoffanlage vorgeführt, die in Berlin schon des öfteren im Einsatz war.

Bei einem anschließenden Beisammensein wurden intensive und aufgeschlossene Gespräche geführt. Zur Vertiefung der Kontakte sind weitere Besuche des Bezirksbürgermeisters und der Bezirksverordneten geplant.

M. K.

Hessen



Zum 30. Geburtstag eine neue Unterkunft

Darmstadt. Für die Helfer des THW-OV Darmstadt ging ein langgehegter Wunsch in Erfüllung: Anlässlich des 30. Geburtstages des Ortsverbandes wurde in Anwesenheit vieler Gäste die neue Unterkunft eingeweiht.

THW-Direktor Hermann Ahrens wies zu Beginn der Feierstunde auf die herausragende Stellung des Ortsverbandes Darmstadt unter der Führung von Peter Merck hin.

Hessens Innenminister Dr. Herbert Günther hob in seiner Festansprache die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit

des THW mit dem Hessischen Innenministerium hervor und lobte das ehrenamtliche und freiwillige Engagement der Helfer bei Einsätzen in Katastrophenfällen. Auch hätten ihn die guten Leistungen anlässlich des THW-Bundeswettkampfes 1983 in Darmstadt außerordentlich beeindruckt.

Staatssekretär Dr. Siegfried Fröhlich, Bundesinnenministerium, skizzierte anschließend, wie unter schwierigsten Bedingungen und aus kleinsten Anfängen heraus der THW-OV Darmstadt entstand und zu dem heranwuchs, was er heute ist.

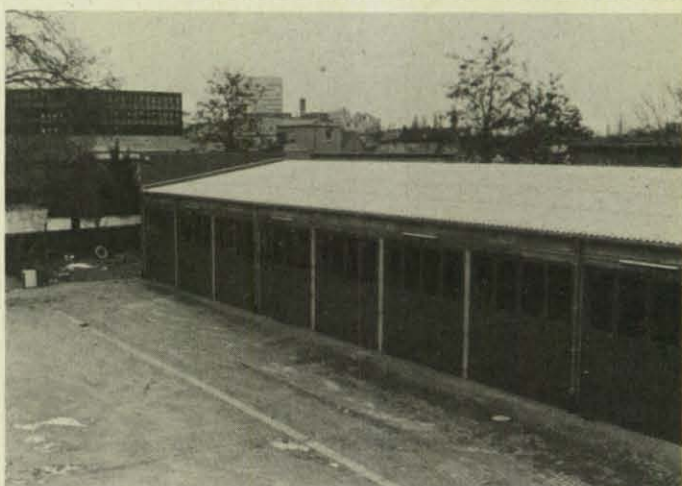
Großes Lob zollte auch Darmstadts Oberbürgermeister Günther Metzger dem Ortsverband, der immer den Belangen der Stadt gegenüber offen war und jederzeit für Hilfeleistungen zur Verfügung steht.

Peter Merck, Ortsbeauftragter und seit Jahren Bundes- und Landessprecher des THW, dankte allen, die am „THW-Bau“ mitgewirkt haben und in einer Rekordzeit von nur zwei Jahren diese neue Unterkunft ermöglichten. Den von Baudirektor Horst Jonas, Staatsbauamt Darmstadt, übergebenen Schlüssel gab Merck an seinen Stellvertreter Hans-Peter Walter weiter, verbunden mit persönlichem Dank an die Helferschaft, die hier Leistungen erbracht habe, die nur

Ein Blick entlang der neuen Unterkunft.



Eine Teilansicht des Garagentraktes. (Fotos: Gauß)



Ein Blick auf die Ehrengäste der Veranstaltung.



schwer in Zahlen ausgedrückt werden könnten.

Nach dem offiziellen Teil konnte die Unterkunft besichtigt werden. Dr. Paul Wilhelm Kolb, Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, war wie alle anderen Gäste von der Bauausführung der 1759 Quadratmeter umfassenden Unterkunft mit den 22 Garagenboxen sehr beeindruckt. Mit viel Liebe und persönlicher

terstützten und somit die ca. 3,5 Millionen Mark wertvolle Ausstattung – u. a. 45 Fachdienstfahrzeuge und Anhänger – auf dem 7500 m² großen Gelände eine optimale und gute Unterbringung fand.

Am nächsten Tag konnte die Darmstädter Bevölkerung „ihren“ THW-Ortsverband in der Eschollbrücker Straße besichtigen und Vorführungen von Fachdiensten verfolgen. J. S.

2990 freiwillige Ausbildungsstunden geleistet

Neuhof. Anlässlich der Jahresabschlussveranstaltung begrüßte THW-Ortsbeauftragter Dieter Mack auch den stv. Landesbeauftragten des THW Hessen, Dipl.-Ing. Dietrich Franz, und den THW-Geschäftsführer für den Bereich Fulda, Hans-Jürgen Budzynski, sowie seinen Mitarbeiter Lothar Möller.

Mack konnte in seiner Ansprache auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken, denn die 40 aktiven Helfer des Ortsverbandes haben insgesamt 2990 Ausbildungsstunden geleistet, um die gestellten Aufgaben im Rahmen des Katastrophenschutzes zu erfüllen. Die Lehrgänge an den Katastrophenschutzschulen in Johannisberg, Ahrweiler und Hoya sind in den Stunden nicht enthalten.

Weiter führte Mack aus, daß der Ortsverband die Umstellung vom Bergungsdienst zum Instandsetzungsdienst gut überstanden habe und sprach den Helfern für ihr Engagement seinen besonderen Dank aus.

Landesbeauftragter Franz wünschte dem Ortsverband weiterhin eine so gesunde Helferstruktur und Einsatzbereitschaft. H.-J. B.

Grundsteinlegung in Hünfeld

Hünfeld. Der größte Wunsch des THW-OV Hünfeld wird zur Zeit Wirklichkeit: Im Hünfelder Industriegebiet entsteht eine neue Unterkunft für 82 THW-Helfer und

deren technische Ausrüstung, die im Katastrophenfall für Bergungs- und Hilfsmaßnahmen bereitstehen. Die Fundamente sind inzwischen gesetzt und die ersten Mauern gezogen. In einer kleinen Feier wurde nun der Grundstein gelegt.

THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen, der neben dem Ortsbeauftragten Ulrich Winkler auch Vertreter des Staatsbauamtes, der Stadt, der beauftragten Baufirma und Repräsentanten der Hilfsorganisationen begrüßen konnte, verwies auf den schwierigen Weg bis zum Neubau von Unterkünften, stellte für die letzten Jahre aber eine Verbesserung fest.

Der Bau der Unterkunft wird sich voraussichtlich bis zum Frühsommer 1985 hinziehen. Auf drei Jahre erstreckt sich auch die Finanzierung des veranschlag-



THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen legt die Urkunde in den vorbereiteten Metallbehälter. Rechts: THW-Ortsbeauftragter Ulrich Winkler.

ten Kostenaufwandes von knapp einer Million Mark. Von den Gesamtbaukosten entfallen allein fast 600000 Mark auf das Unterkunftsgebäude und die Geräte. Das Gebäude erhält eine Etage, die mit einem Satteldach abschließt. Der Baukörper ist etwa 26 Meter lang und 14 Meter breit. In ihm sollen unter anderem Küche, Büro, Unterrichts- und Aufenthaltsraum, Werks- und Übungsraum, Lager, Geräte- und Materialraum sowie Umkleieräume untergebracht werden.

An das Gebäude angegliedert wird eine Kraftfahrzeughalle, die etwa 14 Meter lang und neun Meter breit ist. Sie soll 132000 Mark kosten. Eine Summe von 232000 Mark ist für die Erschließung und die Außenanlagen eingesetzt.

Mit der Vollendung der neuen Unterkunft für die inzwischen sieben Fahrzeuge und zahlreichen Geräte des THW-OV



Oben: Staatsminister Dr. Herbert Günther bei der Festansprache.

Unten: Die Schlüsselübergabe (von rechts): Baudirektor Horst Jonas, THW-Direktor Hermann Ahrens, THW-Ortsbeauftragter Peter Merck. (Fotos: Schwepfinger)



Note sind die 13 Räume der Unterkunft, aber auch die vier Doppelboxen mit dem Werkstattbereich, ausgebaut und eingerichtet worden. Dies war möglich, weil Förderer des THW die Helferschaft un-

Hünfeld gehören die bisher unzulänglichen Bedingungen der Vergangenheit an. In den ersten Jahren, als der Ortsverband unter Führung des heutigen Kreisbeauftragten Eduard Holzapfel mit seiner Arbeit begonnen hatte, nutzte man zwei Räume in der Feuerwache. 1960 ermöglichte es der heutige Ortsbeauftragte Ulrich Winkler, daß man in der alten Papierfabrik eine neue Bleibe gefunden hat, die seit einiger Zeit allerdings angesichts der Helferzahl und Ausrüstung den Erfordernissen nicht mehr gerecht werden konnte. R. R.

Übungsturm in Eigenleistung erstellt

Wolfhagen. „Jung's, daß ihr das tut, das finde ich Spitze“, rief Landtagsabgeordneter Hartmut Nassauer den Mitgliedern der neu gegründeten Jugendgruppe des THW-OV Wolfhagen zu. Der Ortsverband hatte Freunde und Vertreter der Öffentlichkeit eingeladen.

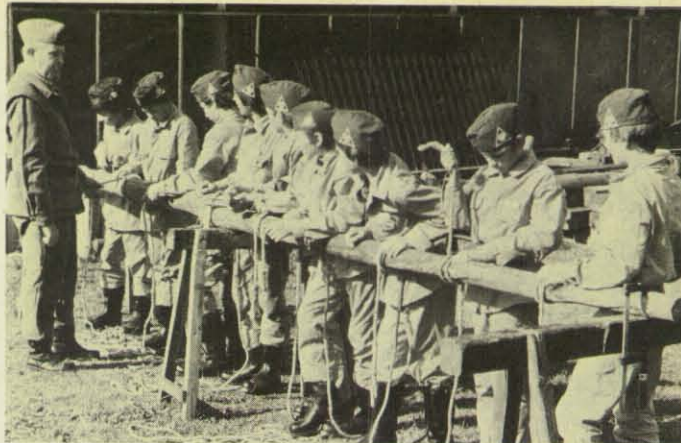
Es ging, wie Ortsbeauftragter Hans-Joachim Gerhold in seiner Ansprache ausführte, um dreierlei. Zum einen hatte der Bund drei neue Fahrzeuge bereitgestellt. Die Ausbildung und die Einsätze können nun mit zwei neuen Mannschaftskraftwagen und einem Gerätekraftwagen noch effektiver durchgeführt werden. Der zweite Grund war die Inbetriebnahme des Übungsturmes, den die Helfer im zurückliegenden Jahr in Eigenhilfe errichtet hatten.

Gerhold wollte die kleine Feier auch als „symbolisches Richtfest“ verstanden wissen. An dem Übungsturm wurde schließlich auch mustergültig demonstriert, zu welcher Hilfeleistung die rund 30 Helfer des THW fähig sind. Schulmäßig wurden den Gästen die verschiedenen Arten der Hilfeleistung gezeigt. Da gehörte das Abseilen ebenso dazu wie der Transport von Verletzten. Was dem Beobachter dabei auffiel, war die Disziplin, mit der die Helfer an die Arbeit gingen. Der Turm, neun Meter hoch, ist somit zu einem wichtigen Übungsobjekt geworden.

Was die meisten der Redner aufgriffen, was aber bei der Demonstration ein wenig zu kurz kam: die Aufstellung der Jugendgruppe. Gerhold betonte, auf dem Sektor „Jugendarbeit“ werde nicht genug getan, die Aufstellung der Jugendgruppe sei eine soziale Verpflichtung. Die Jugendlichen sollen spielerisch auf spätere Aufgaben vorbereitet werden und eine Möglichkeit bekommen, ihre Freizeit vernünftig zu gestalten.

THW-Landesbeauftragter Hans-Albert Lossen bezeichnete die Jugendarbeit als ein wichtiges Element des THW und betonte, daß sich schließlich „früh krüm-

Die Jugendgruppe des THW-OV Wolfhagen.



men müsse, was ein Häkchen werden wolle“.

H.-J. G.

Baden-Württemberg



Eine Sprengung nach Maß

Laufenburg. Im Oktober bekam der THW-OV Laufenburg die seltene Gelegenheit, einen Fabrikschornstein zu sprengen. Eine stillgelegte Seidenweberei sollte zu einem Einkaufszentrum umgebaut werden. Dabei mußte auch der 33 m hohe Schornstein weichen. Das THW bot sich an, diese Arbeit zu übernehmen.

THW-Sprengmeister Kurt Schwindt führte die Berechnungen zur Sprengung aus und reichte sie zur Genehmigung ein. Am 1. Oktober konnten die Helfer dann mit den Vorarbeiten beginnen. Die Fallschlitzte mußten herausgespitzt und neun Bohrlöcher angebracht werden.

Am Samstag, dem 8. Oktober, war es dann soweit: Am Vormittag wurden die benachbarten Fenster vor Steinschlag geschützt, und eine Trafostation in unmittelbarer Nähe erhielt zum Schutz einen stabilen Bretterschlag. Nachmittags verfüllte Sprengmeister Schwindt, unterstützt von den Sprenghelfern Otto

Berger und Bernhard Dierenbach, die mit Millisekundenzündern versehenen zwei Kilogramm Geosit. Nach dem Herstellen der Verbindungen wurden die Sprenglöcher mit je einer Schicht Strohbällen und Matratzen ummantelt. Punkt 16.20 Uhr wurde gesprengt. Außerhalb der Sicherheitszone verfolgten mehrere hundert Zuschauer mit Fotoapparaten und Filmkameras, wie die Sprengung gezündet wurde und der 33 m hohe Kamin exakt in die berechnete Richtung fiel. THW-Sprengmeister Schwindt konnte mit seiner ersten eigenverantwortlichen Sprengarbeit, bei der es keinen Fremdschaden gab, zufrieden sein. Zu den ersten Gratulanten gehörte THW-Ortsbeauftragter Lothar Pfeiffer.

B. D.

Ein Kinderhaus vom THW-Nikolaus

Mannheim. Das Geschenk, das der Nikolaus den 60 Kindern des Evangelischen Kindergartens der Gnadenkirche in der Gartenstadt brachte, paßte in keinen noch so großen Gabensack, denn die Überraschung kam in Form eines Holzhauses. Kinder und Eltern schauten gespannt zu, wie die Helfer des THW-OV Mannheim das Blockhaus mit einem Lkw-Kran in den Garten des Kindergartens absetzten. Als dann der THW-Niko-



Viele Zuschauer beobachten den Transport des Holzhauses.
(Foto: Sand)

laus noch seinen Geschenksack öffnete, war die Freude übergroß.

Begonnen hatte das Ganze mit einem Artikel in der örtlichen Zeitung, in dem über die Aktivitäten des THW-Ortsverbandes berichtet wurde und ein Kindergarten, der ein Holzhaus bekommen hatte, genannt war. Spontan nahm daraufhin die Kindergartenleiterin, Rosemarie Urban, Kontakt zum Ortsbeauftragten Manfred Stiegel auf. Bereitwillig versprach er, den Gartenstädter Kindern ebenfalls ein Haus von seinen Helfern bauen zu lassen. Dank einer erneuten großzügigen Spende einer Holzfirma in Neckarau konnten die 25 Helfer des Ausbildungszuges das inzwischen schon vierte Holzhaus fertigstellen.

Daß man bei den Vorgängern gelernt hatte, zeigte sich in der Gartenstadt.

Das Holzhaus wurde das schönste Spielhaus, das die THW-Helfer fabrizierten. So waren auch die Ehrengäste – darunter Landtagsabgeordneter Dr. Helmut Münch – voll des Lobes. Die Kinder konnten es kaum erwarten, das Blockhaus in Besitz zu nehmen. Freude auch bei den Eltern, die trotz des Regens zahlreich mit ihren Sprößlingen erschienen waren.

Nachdem die Hütte bestaunt und inspiert worden war, ging es hinein in den Kindergarten, wo Sankt Nikolaus schon seine Gaben ausgebreitet hatte. Zuvor

jedoch begrüßte THW-Ortsbeauftragter Stiegel alle Anwesenden, ließ die Geschichte der Hütte Revue passieren und gab kund, die Bedarfsliste an Holzhäusern reiche bis 1990. Er erklärte, daß das Mannheimer THW mit über 300 ehrenamtlichen Helfern und 30 Fahrzeugen solche Aktionen nutze, um das THW in der Öffentlichkeit bekannter zu machen, aber auch, um die Ausbildung sinnvoll zu gestalten.

Die Kinder konnten es kaum erwarten, bis der THW-Nikolaus seine Gaben – sie waren von verschiedenen ortsansässigen Banken und Sparkassen gestiftet worden – ausgeteilt hatte.

O. S.

Warndienst



Personalmeldungen aus dem Warnamt VII

Nach 25 Jahren treuen Dienstes ist der Bürosachbearbeiter I des Warnamtes VII, Helmut Herrmann, in den Ruhestand getreten. Aus diesem Anlaß hatten sich die Kollegen zur Verabschiedung eingefunden.

Warnamtsleiter Dipl.-Ing. Utischill würdigte vor Überreichung der Entlassungsurkunde die Verdienste Herrmanns, wobei er die Hilfsbereitschaft des Scheidenden besonders hervorhob. Daß sich Herrmann allseitiger uneingeschränkter Wertschätzung erfreute, drückt sich auch in den zahlreichen Abschiedsgeschenken der Kolleginnen und Kollegen aus.

Als Sprecher des örtlichen Personalrates, aber auch als unmittelbarer Vorgesetzter in der Verwaltung des Warnamtes VII, würdigte RA Bamberger gleichfalls die Verdienste Herrmanns und stellte besonders die über so viele Jahre gute und erfolgreiche Zusammenarbeit heraus.

Auf ihr 25jähriges Dienstjubiläum konnten der Leiter der WD-Verbindungsstelle 72, Dieter Grimm, und der Bürosachbearbeiter im Warnamt VII, Helmut Herrmann, zurückblicken. In Anwesenheit aller Mitarbeiter des Warnamtes wurden den Jubilaren von der Warnamtsleitung Dankkunden ausgehändigt und ihre Leistungen gewürdigt.

In Anwesenheit des Abteilungsleiters Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Ltd. Baudirektor Dr. Maske,

konnte Gartenbaudirektor Helmut Holze, Leiter der WD-Leitmeßstelle 72, die Ehrenurkunde und Ehrennadel des Warndienstes für 20 Jahre Mitarbeit als freiwilliger Helfer ausgehändigt werden. In seiner Ansprache stellte Dr. Maske Holzes Engagement für den Warndienst und die erfolgreiche Leitung der WD-Leitmeßstelle 72 besonders heraus.

K. E. U.

Warndienstleitmeßstelle 84 hat eine endgültige Bleibe

Am 18. November 1983 fand im ehemaligen Körnermagazin der Stadt Weingarten die Inbetriebnahme und Übergabefeierlichkeit der Warndienstleitmeßstelle 84 statt. Nach jahrelanger „Wanderschaft“ zwischen Kellerräumen der Deutschen Bundespost und Räumen der Standortverwaltung der Bundeswehr sowie der Kreisverwaltung gelang es nun, die Warndienstleitmeßstelle in der bundeseigenen Liegenschaft unterzubringen. Das Gebäude wurde von den Grundmauern her renoviert und dient heute als ZS-Sanitätslager.

Früher wurde das Gebäude als Körnermagazin, Kaserne für französische Besatzungstruppen und Obdachlosenasyll genutzt. Heute paßt sich das Bauwerk lückenlos in das historische Stadtbild Weingartens ein – eine Bereicherung für die Stadt und den Zivilschutz.

Die Kosten des Kellerausbaus mit den Einrichtungen für die Warndienstleitmeßstelle belaufen sich auf ca. 180000 DM. Der Ausbau entspricht den heutigen Ansprüchen, die sowohl schutzmäßig als auch aufgabenmäßig an eine Leitmeß-

stelle gestellt werden können. Der schnelle Ausbau der Kellerräume und die Renovierung und Umbaumaßnahmen des gesamten Gebäudes sind auf die unbürokratische Zusammenarbeit zwischen Bund, Kreisverwaltung, der Stadt Weingarten und vor allen Dingen dem Hochbauamt Ravensburg zurückzuführen.

Gerta Sebald in den Ruhestand verabschiedet

Gerta Sebald wurde in einer kleinen Feierstunde in den Ruhestand verabschiedet. Die Ehefrau des Haus- und Gerätewartes im Warnamt IX war seit 1967 als Reinmachefrau und Küchenhilfe im Warnamt tätig und sorgte für das leibliche Wohl der Bediensteten.



Die besten Wünsche für Frau Sebald bei der Verabschiedung in den Ruhestand. (Foto: Sebald)

Der Warnamtsleiter zeichnete bei der Verabschiedung einen kurzgefaßten Lebenslauf. Der Personalrat wies in seiner Ansprache auf die Ausgeglichenheit und Beliebtheit der Scheidenden im Kollegenkreis hin.

G. J.



Jürgen Kronenberger

Zusammenarbeit im Internationalen Roten Kreuz

Grundlagen, Anmerkungen, Probleme, Inhalte



Der Sitz des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) in der Avenue de la Paix im Genfer UNO-Viertel: Hier arbeiten rund 200 IKRK-Mitarbeiter, während etwa 150 Delegierte in aller Welt tätig sind.
(Foto: Archiv IKRK)

1.

In den letzten Dezembertagen des vergangenen Jahres machte das Rote Kreuz mit einigen Meldungen der Auslandshilfe auf sich aufmerksam:

- DRK schickt in Zusammenarbeit mit Dänischem Roten Kreuz vom Flughafen Hannover aus Hilfsgüter für Erdbebenopfer in die Republik Guinea/Conakry. Das Auswärtige Amt stellt dafür 180 000 DM zur Verfügung.
- Das Internationale Rote Kreuz evakuiert mehr als 5 000 Zivilisten aus dem libanesischen Dorf Deir el Kamar und organisiert den Austausch von Gefangenen.
- EG-Kommission finanziert DRK-Interventionsteam und Hilfsflug für Dürreopfer in Mosambik.
- Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bewilligt 735 000 DM für ein DRK-Projekt in Marokko im

Rahmen deutsch-marokkanischer Entwicklungszusammenarbeit.

Alle Maßnahmen hatten Bezug zum Deutschen Roten Kreuz, das mit Spendenmitteln und öffentlichen Zuwendungen Projekte im Ausland inhaltlich mitgestaltet und oft auch personell besetzt. Darüber hinaus wurden diese Aktivitäten nach anerkannten Regeln der Zusammenarbeit im Internationalen Roten Kreuz abgewickelt und koordiniert.

Die umfangreichen Auslandshilfen des DRK sind verbunden mit Personaleinsätzen in vielen Ländern der Erde. So waren in den letzten beiden Jahren jeweils mehr als 200 Einsatzkräfte meist in kurzfristigen Monatseinsätzen weltweit tätig.

Das eingesetzte Personal richtet sich in der Abwicklung von Hilfen nach bestehenden Absprachen und den seit vielen Jahren zugrunde liegenden Rotkreuz-Regeln, die in Abständen überprüft und

auf internationalen Konferenzen neuen Erkenntnissen angepaßt werden.

Das DRK führt mit seinen Einsatzkräften Vorbereitungsseminare und Auswertungen durch und sichert somit die international üblichen Abwicklungsverfahren der Rotkreuz-Auslandshilfen.

Zur Verdeutlichung der Arbeitsweisen (die manchmal als bürokratisch oder gar als schwerfällig empfunden werden, wenn spontan Hilfe nach Katastrophenmeldungen angeboten wird) sollen die folgenden Ausführungen dienen.

Es wird sicherlich erkennbar, daß internationale Hilfen mehr als guten Willen auf seiten des Gebers brauchen, um die Maßnahmen tatsächlich dem Katastrophenopfer oder der Zielgruppe zugute kommen zu lassen. Wie bei der Ersten Hilfe nach einem Unfall gilt es, das Richtige zur rechten Zeit zu tun und Strukturen aufzubauen, die eine weitere Betreuung sichern.

Um Überleben nach Katastrophen sichern zu können und dann eine optimale Wiederherstellung der ursprünglichen Lage zu schaffen, bedarf es umfangreicher Vorplanungen, Sachkenntnis und international anerkannter Vereinbarungen, damit schnell und wirkungsvoll gehandelt werden kann. Auch bei Entwicklungshilfe-Maßnahmen müssen Wissen und Rollenverständnis für wechselseitig zu beachtende Arbeitsregeln in Partnerschaftsstrukturen auf allen Ebenen einer gemeinsamen Projektbearbeitung vorhanden sein.

2.

Die Rotkreuz-Grundsätze dienen zunächst für die DRK-Auslandshilfe als Leitlinien, und die Prinzipien Menschlichkeit und Universalität sind dabei von besonderer Bedeutung. Universalität wird schon im internationalen Verbund des Roten Kreuzes durch die Existenz von 132 (und einigen weiteren noch nicht vom IKRK anerkannten) Rotkreuz-(Roter-Halbmond-)Gesellschaften deutlich. Alle Gesellschaften arbeiten für gleiche Zielsetzungen, übernehmen ähnliche Aufgaben im jeweiligen nationalen Katastrophenschutz, im Sozial- und Gesundheitsdienst, in der Breitenausbildung von Erster Hilfe etc. Sie sind von ihrem Staatswesen als nationale Hilfsgesellschaft ausdrücklich bestätigt. Das heißt: Die Rotkreuz-Tätigkeit bei Katastrophen- und anderen Auslandshilfen hat im Empfängerland eine Rechtsgrundlage.

Daneben unterhält das Internationale Komitee vom Roten Kreuz für seine traditionellen Rotkreuz-Aufgaben (Verbreitung der Genfer Konventionen, Schutz und Betreuung militärischer und ziviler Opfer von Konflikten und deren Folgen etc.) weltweit Delegationen, die die Präsenz des Roten Kreuzes in den vielen Krisengebieten der Erde ergänzt. Hinzu kommen noch Delegierte der Liga der Rotkreuzgesellschaften (darunter auch DRK-Mitarbeiter), die bei den Programmen der Schwestergesellschaften in der Dritten Welt mitarbeiten und fachliche Unterstützung geben.

Diese Rahmenbedingungen für die Auslandshilfe des DRK gewährleisten nicht nur Nähe zu den Schauplätzen von Katastrophen, Entwicklungskrisen oder Notständen, sondern sie schaffen ebenfalls Arbeitsvoraussetzungen für eine enge Zusammenarbeit.

Es gibt keine andere nationale Hilfsorganisation, die über eine vergleichbare, in Jahrzehnten gewachsene und bewährte Form der internationalen Kooperation verfügt. Diese herausragende Stellung gilt sowohl für die universelle Arbeit bei Einsätzen (das Rote Kreuz arbeitet mit

internationaler Beteiligung gegenwärtig in Ländern wie China, Laos, Vietnam, Guinea, Mauretanien, Nordjemen, Nicaragua, El Salvador etc. neben den sonst bekannten Einsatzländern anderer Nichtregierungsorganisationen) als auch für die finanzielle, materielle und personelle Abwicklung. Im Zuge weltweiter Solidarität innerhalb des Roten Kreuzes kommt es zur Abwicklung von Hilfen, die alle herkömmlichen politischen und wirtschaftlichen Formen der internationalen Beziehungen sprengen.

So haben z.B. nach dem Erdbeben im Dezember 1983 in Guinea die jungen Rotkreuz-Gesellschaften Malis und des Senegal einen Hilfsaufruf der Liga der Rotkreuz-Gesellschaften befolgt und Hilfsgüter und Personal in das Nachbarland entsandt. Hilfen kamen für die Erdbebenopfer in Guinea auch aus der arabischen, östlichen und westlichen Welt.

Und obgleich es noch keine anerkannte nationale Rotkreuz-Gesellschaft in Guinea gibt, wurden die Hilfen in Genf und vor Ort von der Liga der Rotkreuzgesellschaften koordiniert. Das DRK war übrigens in der Abwicklung von Anfang an maßgeblich mitbeteiligt.

Das DRK wirkt seit über 30 Jahren in vielen Teilen der Welt bei der Linderung von Not mit. Als Rechtsgrundlage dient die Satzung des Deutschen Roten Kreuzes. Beschlüsse der Internationalen Rotkreuz-Konferenzen und des Exekutivrates der Liga bilden die Grundlage für Regeln und Abwicklungsverfahren der internationalen Hilfen. Außerdem dienen Handbücher und die Richtlinien für die Abwicklung der DRK-Entwicklungshilfen der Handhabung.

Mit unseren Maßnahmen der Auslandshilfe können wir nicht Ursachen der Notstände oder einen mangelnden Entwick-

lungsstand beseitigen. Es sind in der Regel politisch bedingte Ursachen. Wir bemühen uns vielmehr, die Folgen und die Auswirkungen von Notständen zu lindern, zu mildern und das Los der Betroffenen zu verbessern. Die Maßnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit dienen der Sicherstellung von Grundbedürfnissen in Not befindlicher Menschen und oft der Bewältigung einer Unterversorgung im Gesundheitsdienst oder der Überwindung von Entwicklungsschwierigkeiten bei Rotkreuzprogrammen in Ländern der Dritten Welt.

Die Arten und Beweggründe unserer Hilfeleistungen lassen sich aufteilen in zwei Schwerpunkte:

Für die **Katastrophenhilfe** sind es Konflikte, Kriege, Flüchtlingsströme, Nahrungs- und Wassermangel, Unterversorgung im medico-sozialen Bereich, ökologische Veränderungen, die Hilfsmaßnahmen erforderlich machen. Negative Veränderungen führen zu Dürren, Überschwemmungen, Erdbeben bzw. zu Ereignissen, wie wir sie immer wieder den Medien entnehmen können.

Ein weiterer Teil der Katastrophenhilfe ist die Hilfe nach Naturkatastrophen (Erdbeben, Wirbelstürme etc.).

Hinzu treten in jüngster Zeit verstärkt Entwicklungen, die man als Dauernotstände bezeichnet. So ist der afrikanische Kontinent nach Angaben der Vereinten Nationen von einer seit Jahren andauernden Trockenheit bedroht, die 150 Millionen Menschen in Not versetzt und vielfältige Hilfsmaßnahmen erforderlich macht.

Der zweite Schwerpunkt, der als Ursache von DRK-Hilfen anzusehen ist, ist der anders verlaufende Entwicklungsprozeß in Ländern der Dritten Welt.



Das IKRK liefert Hilfsgüter für den Libanon; eine Düsenmaschine wird in Beirut entladen.

(Foto: DRK)

Schwestergesellschaften in vielen dieser Länder können aus eigener Kraft Maßnahmen zur Weiterentwicklung ihrer Dienste und Strukturen als Rotkreuz-Gesellschaft nicht abwickeln, so daß das DRK durch gezielte Unterstützung Hilfeleistung leistet.

Seit Mitte der 60er Jahre wickelt das DRK weltweit **Hilfe zur Selbsthilfe** ab, und die vorliegenden Erkenntnisse zeigen, daß dieser Teil der Auslandshilfe noch sehr ausbaufähig ist.

3.

Die DRK-Hilfen werden finanziert durch Spenden und oft mit Unterstützung der Bundesregierung und auch der EG-Kommission in Brüssel. Die Mittel der Bundesregierung werden für die Katastrophenhilfe beim Auswärtigen Amt beantragt und dort aus Mitteln der humanitären Hilfe nach Bewilligungsbeschlüssen gewährt. Auch vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit fließen Sachwerte (Nahrungsmittelhilfen) oder Barmittel in Hilfsprogramme des DRK, wenn es gilt, beispielsweise Dauernotstände in Äthiopien, Ghana, Mosambik etc. zu bekämpfen. Das gleiche Ministerium finanziert maßgeblich den Großteil der DRK-Entwicklungsmaßnahmen durch die Übernahme von meistens drei Viertel der gesamten Projektkosten.

Gelegentlich kommt es auch zu Formen von Sonderfinanzierungen, wie bei der Hilfe für Flüchtlinge in Ruanda, als die Landesregierung Rheinland-Pfalz aufgrund besonderer Beziehungen zu diesem Land eine Soforthilfe des DRK förderte. Im Libanon wurden im vergangenen Jahr Aktivitäten mit Unterstützung des Senats von Berlin abgewickelt.

Das DRK wickelt von Zeit zu Zeit auch Beschaffungs- und Transportaufgaben für die Maßnahmen der Liga und/oder des IKRK ab, wenn es Beschaffungen in der Bundesrepublik Deutschland vornimmt oder Geräte aus eigenen Katastrophenschutzbeständen abgibt und die sachgerechte Verladung in die Einsatzgebiete regelt.

4.

Katastrophenhilfe – Entwicklungshilfe

a) Die DRK-Katastrophenhilfe versteht sich als Überlebens- und Soforthilfe. Sie bietet Überlebenshilfe für Opfer von Katastrophen und Konflikten. Soforthilfe bedeutet, daß die Hilfe auf eine rasche Überbrückung von Raum und Zeit zielt und in der Regel auch auf kurze Dauer

IKRK-Hospital in Peshawar/Pakistan, in dem afghanische Flüchtlinge medizinische Hilfe erhalten.

(Foto: Bedford)



befristet angelegt ist. Sie hat jedoch die Aspekte einer längerfristigen Hilfe mit zu berücksichtigen. Das bedeutet auch den Übergang zur Entwicklungshilfe.

Bei der Durchführung der **Hilfen nach Naturkatastrophen** wendet das DRK Richtlinien an, die eine beschleunigte Abwicklung sicherstellen sollen und auf internationale Beschlüsse zurückzuführen sind. Dies sind Grundlagen, wie sie bei Internationalen Rotkreuz-Konferenzen festgelegt sind oder aber zwischen Hilfsorganisationen der Vereinten Nationen (wie United Nations Disaster Relief Co-Ordinator) und Liga vereinbart wurden.

Die **Hilfe bei Konflikten**, wie sie das Rote Kreuz durchführt, hat in der Besonderheit und mit den Hilfsmöglichkeiten einen ganz besonderen Status, den sich unter diesen Umständen nur das Rote Kreuz zuschreiben kann, und die Bedeutung der Rotkreuz-Hilfe kommt dabei am wirksamsten zum Ausdruck. Das IKRK ist Träger von Hilfsmaßnahmen bei kriegerischen Auseinandersetzungen, so wie derzeit im Libanonkonflikt oder auch in den Grenzregionen von Pakistan/Afghanistan und Kambodscha/Thailand. Das IKRK beruft sich auf völkerrechtliche Bestimmungen (wie Genfer Konventionen von 1949) und hat Aufgaben im Rahmen humanitärer Hilfsmaßnahmen in Konfliktsituationen zu er-

füllen. Dabei ist das IKRK nicht immer in der Lage, diese Aufgaben bei der Fülle von Konfliktsituationen weltweit alleine durchzuführen und bedient sich daher auch der nationalen Rotkreuz-Gesellschaften. Das DRK als eine der leistungsfähigen Gesellschaften unterstützt nicht nur finanziell die Arbeit des IKRK, sondern stellt Personal, Material, Gerät, was eben im Rahmen der IKRK-Hilfen von seiten nationaler Rotkreuz-Gesellschaften eingebracht werden kann. Diese Unterstützung wird oft ergänzt durch finanzielle Beteiligung öffentlicher Zuwendungsgeber.

Das DRK wirkt so mit bei medizinisch-technischen Einsätzen, und es hat häufig logistische Unterstützung geleistet (beispielsweise bei den Hilfsmaßnahmen in Angola und im Libanon, als das DRK-Hilfsschiff Flora für das IKRK eingesetzt war). Ein wesentlicher Bestandteil der gesamten Polen-Hilfe des Roten Kreuzes wurde logistisch und inhaltlich vom DRK abgewickelt, alles unter der Einsetzungsführung der IKRK.

Andere Formen von Katastrophenhilfen (nach Naturkatastrophen), die das DRK abwickelt, werden von der Liga der Rotkreuzgesellschaften in Genf koordiniert. Vielfältige Maßnahmen wurden erforderlich nach den großen Erdbeben vor wenigen Jahren in Algerien und Italien, und erst kürzlich nach dem Erdbeben in der

Osttürkei. Gelegentlich zeichnen sich bei den umfangreichen Hilfen des DRK nach diesen Großkatastrophen auch einige bilaterale Formen der Zusammenarbeit mit den Schwestergesellschaften oder staatlichen Stellen vor Ort ab, gleichwohl ist die Liga zentrale Koordinierungsstelle aller Rotkreuzhilfen bei den Einsätzen.

Neben den spektakulären Ursachen von Katastrophenhilfen wie nach Erdbeben sind eine Reihe von Katastrophen und in der Folge die Hilfen von der Liga in Genf zu koordinieren, die kaum großen Widerhall in den Medien finden, weil sie möglicherweise nicht den Zerstörungsgrad und nicht hohe Todeszahlen aufweisen. Doch für die Opfer von Überschwemmungen im Senegal oder in Argentinien, die 1983 beispielsweise über die Liga koordinierte Hilfen des DRK erhielten, war die Lage nach dem Verlust der Unterkünfte und Nahrungsvorräte gleichermaßen hoffnungslos, und Hilfen von außen waren dringend notwendig.

Hinzu kommen die schon erwähnten Dauernotstände, die auch koordinierte, d. h. geordnete und berechenbare Hilfe brauchen. Erwähnenswert sind neben den Trockenzeiten im Sahel, im südlichen Afrika und in Äthiopien auch die weniger publizierten chronischen Notstände in Nordindien (verursacht u. a. durch zu rapiden Holzabbau) oder die Dauernotstände, verursacht durch Flüchtlingsbewegungen wie am Horn von Afrika, im Sudan, in Angola und Pakistan.

Bei der Abwicklung von Hilfsprogrammen in Katastrophengebieten ist die Zusammenarbeit im Internationalen Roten Kreuz besonders wichtig, weil die Ursachen der Hilfen beide Genfer Koordinierungsstellen des Roten Kreuzes herausfordern. So finden wir in Pakistan und in Angola beispielsweise Rotkreuz-Programme des IKRK für Konfliktpfer und der Liga für die Zivilbevölkerung. Die Einsatzabsprachen für eine Beteiligung trifft das IKRK mit der jeweiligen nationalen Regierung, während die Liga die nationale Rotkreuz-Gesellschaft als Partner für Hilfsstrukturen und Einsätze hat.

Das DRK hat in seinen Einsätzen über beide Rotkreuz-Schienen Hilfen abgewickelt und besonders häufig Nahrungsmittelhilfen bei Dauernotständen und medizinisch-technische Hilfen in Konfliktsituationen geleistet.

Die Hilfen der Liga (und somit die Hilfen der nationalen Rotkreuzgesellschaften) werden von unseren Genfer Stellen wiederum abgeklärt mit dem Büro des „United Nations Disaster Relief Co-Ordinators“ (Katastrophenhilfe-Koordinator), mit dem Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR), der Weltgesundheitsorganisation und anderen Einrichtungen der Ver-

einten Nationen. Darüber hinaus finden regelmäßig Treffen mit Caritas Internationalis, dem Catholic Relief Service, Weltkirchenrat, Lutherischem Weltbund etc. statt, um Abstimmungen mit anderen freiwilligen Hilfsorganisationen nach Katastrophen herbeizuführen.

Diese Form der Absprache und des Informationsaustausches gilt auch für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit, die in sektoralen Bereichen wie Basisgesundheits, Katastrophenschutz-Planungen etc. erforderlich sind.

Zwischen IKRK und Liga finden ständige Arbeitsgespräche mit dem Ziel statt, die jeweiligen Rotkreuz-Aktivitäten in den Einsatzländern zu erläutern und die erforderlichen Abstimmungen zu erreichen.

b) Die DRK-Entwicklungszusammenarbeit verstehen wir zunächst als Strukturhilfe für unsere Schwestergesellschaften. Gemeint sind Maßnahmen zum Aufbau und zur Förderung von Tätigkeiten unserer Schwestergesellschaft, die nach den gleichen Grundsätzen und mit ähnlichen Maßgaben arbeiten wie das DRK selbst. Gefördert werden operationale Voraussetzungen, die eine Rotkreuzgesellschaft braucht (Lehr- und technische Hilfsmittel, qualifizierte Mitarbeiter, Ausbildungseinrichtungen, Transportkapazitäten etc.), um sich in die Lage zu versetzen, überhaupt Rotkreuz-Programme durchzuführen. Programminhalte werden besonders gefördert, und sie dienen vorwiegend direkt den unterversorgten Bevölkerungsteilen, meist im medico-sozialen Bereich eines Landes der Dritten Welt.

Ohne die zunächst landesweit zu schaffenden Strukturen wird es der Schwestergesellschaft kaum möglich sein, kraftvoll Initiativen zu entwickeln, die dazu führen, daß sich der vorhandene Mangel (z. B. Deckung von Grundbedürfnissen) mit Hilfe von außen beheben läßt. Die öffentlichen Zuwendungsgeber bevorzugen gezielte Projekte, statt Rotkreuzstrukturen zu finanzieren. Daher müssen meist DRK-eigene Mittel zur Stärkung der Arbeitskapazitäten der Schwestergesellschaft eingesetzt werden.

In der Programm- oder Projektarbeit der DRK-Entwicklungshilfe gibt es eine sektorale Gewichtung zugunsten von Maßnahmen im Gesundheitswesen. Das DRK fördert Gesundheitsprogramme der Schwestergesellschaften in Marokko, Senegal, Benin, Togo, Botswana, Sri Lanka und Pakistan (alles Basisgesundheitsdienste) und auch Sekundärbereiche wie Blutspendedienst-Projekte in Ecuador und Kolumbien. Aus der Zahl der laufenden Projekte ergibt sich ein regionaler Schwerpunkt der Arbeit auf dem afrikanischen Kontinent.

In der Entwicklungshilfe des Roten Kreuzes finden wir spezifische Formen der Zusammenarbeit. So gibt es immer wieder Maßnahmen, die den Übergang von Katastrophenhilfe zur Entwicklungshilfe einleiten.

Bei der Flüchtlingshilfe für Somalia entwickelte sich z. B. eine Maßnahme der Entwicklungszusammenarbeit mit der Schwestergesellschaft, dem Somalischen Roten Halbmond. Die Versorgung der Flüchtlinge in den Lagern mit Lebensmitteln, Brennstoffen und Medikamenten war durch logistische Maßnahmen zu stärken und zu sichern. Die Katastrophenhilfe des DRK konzentrierte sich u. a. auf die Bereitstellung von Fahrzeugen und Personal und verstärkte somit die logistische Basis für abzuwickelnde Transporte von der Hauptstadt Mogadiscio in das Landesinnere. Werkstattwagen und Kfz-Mechaniker leisteten über Monate selbst die Arbeit und lernten einheimische Kräfte an. Jetzt wird die langfristige Versorgung für die seit Jahren in Somalia in Lagern lebenden Flüchtlinge gesichert durch den Bau einer zentralen Werkstatt, die von der Schwestergesellschaft personell und materiell selbst unterhalten werden wird. Die Investitionen für die zentrale Werkstatt mit Ersatzteillager ist verbunden mit dem Bau einer Kfz-Halle und ergänzt die auf dem Baugelände bereits vorhandenen Katastrophenschutzlager der Schwestergesellschaft. Beide Einrichtungen (Kfz-Bereich und Lagervorräte für Katastrophen) bilden zusammen eine Grundlage für den nationalen Katastrophenschutz in Somalia, und die Schwestergesellschaft wird damit zu einem wichtigen Partner staatlicher Stellen in Katastrophenfällen.

Die Katastrophenhilfe des DRK wirkte in Somalia von Anfang an darauf hin, daß die Soforthilfemaßnahmen für Flüchtlinge auch in eine länger wirkende Struktur der Schwestergesellschaft fließt, und man baute die dazu erforderlichen Voraussetzungen im Zuge der Hilfsmaßnahmen aus, so daß augenblicklich statt Katastrophenhilfe eine Maßnahme der Entwicklungszusammenarbeit abgewickelt wird.

Es werden also oft mit der Katastrophenhilfe gleichzeitig Maßnahmen der Entwicklungshilfe erforderlich, um die Soforthilfe zu festigen und zu stabilisieren. Diese Art der Projektarbeit nennen wir auch integrierte Maßnahmen der DRK-Auslandshilfe.

Auf die Entwicklungshilfe-Tätigkeit des DRK wird noch weiter einzugehen sein, auch die Probleme der Zusammenarbeit und die Perspektiven der Auslandshilfen sind noch zu erläutern.

(wird fortgesetzt)

Ein Interview mit Gernot Riediger,
Oberregierungsrat und Referent im Bundesverkehrsministerium

Das Rettungswesen – eine hochqualifizierte Dienstleistung

Ständige Bereitschaft und Schnelligkeit, die entscheidenden Faktoren einer effektiven Hilfe – Die Ausbildung der Notärzte, Rettungssanitäter und Laienhelfer ist zu verbessern

Gernot Riediger, Oberregierungsrat, ist seit zwei Jahren Referent im Bundesverkehrsministerium Bonn mit den Aufgabenschwerpunkten Koordination des Rettungswesens und Öffentlichkeitsarbeit für Verkehrssicherheit. Er war zuvor zehn Jahre als Unfallforscher bei der Bundesanstalt für Straßenwesen. Riediger genießt als Experte für das Rettungswesen einen Ruf über unsere Grenzen hinaus.

Der Arbeiter-Samariter-Bund führte mit ihm ein Gespräch über die derzeitige schwierige Situation im Rettungsdienst und Krankentransport.

asb: Herr Riediger, Sie sind ein anerkannter Experte für das Rettungswesen. Sie wissen auch, daß das Rettungswesen in der Arbeit des ASB einen großen Raum einnimmt. Die Leser und natürlich uns selbst interessiert, wie Sie aus Ihrer Sicht und mit Ihrem Erfahrungshintergrund das Rettungswesen in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern beurteilen.

Gernot Riediger: Der Standard des Rettungswesens bei uns ist sehr hoch. Die Bundesrepublik hat im internationalen Vergleich unbestritten eine führende Stellung. Doch muß man auch sagen, daß der Abstand zu anderen Ländern im Laufe der letzten Jahre deutlich kleiner geworden ist. Einige Länder haben mit uns gleichgezogen und in Teilbereichen uns sogar überholt. Insgesamt betrachtet haben wir im internationalen Vergleich aber immer noch eine recht gute Position.

Zu diesem Urteil berechtigt auch eine internationale Studie, die der Bundesverkehrsminister im Auftrag der Europäischen Verkehrsminister-Konferenz im Jahr 1981 durchgeführt hat.

In dieser Studie wurde der Stand des Rettungswesens in den westeuropäischen Ländern, in den USA, in Kanada

und in Japan dokumentiert. Diese Bestandsaufnahme hat ganz deutlich gezeigt, daß in den anderen Ländern durchaus vergleichbare Standards vorhanden sind, was die Verfügbarkeit, die Qualität und die technische Ausstattung der Rettungsdienste mit Rettungsmitteln angeht. Diese Aussage trifft jedoch vor allem auf die Ballungsräume zu. Für die ländlichen Regionen besteht durchweg ein erheblicher Nachholbedarf gegenüber unserem Standard. Übers gesamte Spektrum gesehen, stehen wir in der

Bundesrepublik Deutschland recht gut da.

asb: Das Rettungswesen hat zwei wesentliche Komponenten. Die eine ist die technische Ausstattung im weitesten Sinn, bezieht sich also auf die Mittel, die für die Rettung eingesetzt werden. Die zweite, wohl wichtigere, ist der Mensch als Helfer. Wie stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland nach Ihrem Urteil im internationalen Vergleich da? Oder besser im Klartext: Sind die Men-



Ständige Bereitschaft und Schnelligkeit sind entscheidende Faktoren für eine effektive Hilfe.
(Foto: Sers)

schen, die im Rettungswesen eingesetzt sind, ausreichend qualifiziert?

Gernot Riediger: Was ich jetzt sage, hört sich vielleicht etwas leichthin gesagt an, ist aber ganz ernst gemeint: Für die Aufgabe, Menschenleben zu retten, kann man gar nicht genug qualifiziert sein! Ich möchte dazu auf zwei Aspekte eingehen. Der eine ist allgemeiner Art. Wir haben in der Studie, die ich erwähnt habe, festgestellt, daß der Weg, den wir in Deutschland mit der Schaffung des Rettungswesens eingeschlagen haben, offensichtlich der richtige war.

Unser Rettungswesen ist weniger geplant, ist nicht zentral koordiniert entstanden – es ist natürlich gewachsen aus dem Engagement vieler Menschen. Den Rahmen für dieses Engagement haben die Hilfsorganisationen mit den Rettungsdiensten geschaffen, und an dieser Stelle muß auch dem ASB ohne Vorbehalte ein Lob ausgesprochen werden. Die Leute, die vor fast hundert Jahren die Startlöcher für den ASB geschaffen haben, haben sicher keine Vorstellung davon gehabt, was aus dieser Organisation einmal werden würde: Sie haben einfach und ganz menschlich zu helfen versucht. Diese beispielhafte Einstellung zu dem, was jederzeit um uns herum passiert und zu dem gesellschaftlichen und individuellen Auftrag, die jeder daraus ableiten kann, sollte eigentlich eine wesentlich breitere Anerkennung finden.

Dann kommt der zweite Aspekt: In der unmittelbaren Arbeit hat sich für alle Beteiligten gezeigt, daß die Schnelligkeit, mit der auf einen Notruf reagiert werden kann und reagiert wird, und die ständige Bereitschaft die entscheidenden Faktoren sind, effektive Hilfe zu leisten. Unfälle, Notfälle sind nicht planbar oder voraussehbar. Sie können jede Sekunde passieren. Und demnach sollte auch jede Sekunde die Hilfe präsent sein. Die Lehre, die aus dieser Einsicht für unser Rettungswesen gezogen wurde, heißt ganz simpel: Rund um die Uhr muß qualifiziertes Personal – der Begriff gefällt mir nicht, das gebe ich zu – mit der erforderlichen technischen Ausstattung, mit Fahrzeugen zum Einsatz bereit sein. Diese ständige Verfügbarkeit ist mit die wichtigste Voraussetzung, Hilfe leisten zu können. Ich glaube, zu diesem Punkt können alle Beteiligten mit Stolz auf die Leistungen der Vergangenheit zurückblicken.

Diese Entwicklung des Rettungswesens, die mit mehr oder minder großen Abweichungen in allen vergleichbaren Ländern so wie bei uns gelaufen ist, wurde ganz wesentlich durch die technische Entwicklung beeinflusst und vorangebracht. Die technische Ausstattung der Helfer wurde sehr schnell immer mehr vervollkommenet.

Im weiteren Verlauf hat sich dann ganz deutlich gezeigt, daß die perfektere Technik und die fortschreitenden medizinischen Erkenntnisse auf dem persönlichen Sektor höhere Anforderungen nach sich ziehen. Die Qualifikation der Helfer wie die Verfügbarkeit über die Technik und die verbesserten Organisationsstrukturen.

Wir haben dann den Schereneffekt immer stärker zu spüren bekommen: Die Technik wurde mehr und mehr perfektioniert – das war ja vordergründig nur eine finanzielle Frage –, die Qualifikation der Helfer blieb lange Zeit auf einem nur wenig verbesserten Niveau, die geschaffenen Ressourcen konnten nicht optimal genutzt werden.

Nachdem dies erkannt wurde, hat man sich intensiver auch um diesen Bereich gekümmert, bei uns in der Bundesrepublik und genauso in anderen Ländern. Trotzdem – wir haben auf diesem Gebiet noch einen enormen Nachholbedarf.

asb: Uns interessieren die Konsequenzen aus Ihrer Beurteilung. Welches sind die Konsequenzen, Herr Riediger?

Gernot Riediger: Technik läßt sich kaufen, und der Wettbewerbsdruck sorgt auch dafür, daß auf diesem Sektor so etwas wie eine eigene Dynamik sich realisiert. Viel schwieriger dagegen ist es, die Menschen, die mit dieser Technik umzugehen haben, dafür zu befähigen.

Dieses Problem läßt sich nicht nur durch den Einsatz von mehr Geld lösen. Geld ist zwar wichtig, aber viel wichtiger ist, daß vorausschauend geplant wird, daß die notwendigen Ausbildungskapazitäten geschaffen werden, daß mehr potentielle Helfer motiviert und mobilisiert werden.

In den letzten zehn Jahren ist viel getan, praktisch aus dem Boden gestampft worden, bei uns und in anderen Ländern. Doch klafft auch heute noch die Lücke zwischen dem technischen Standard und dem Standard der Qualifikation der Helfer.

Ich will an dieser Stelle ausdrücklich sagen, daß ich nicht falsch verstanden werden will. Das, was die Samariter Tag für Tag, bei jedem Wetter, rund um die Uhr leisten, um Leben zu retten, verdient jeden Respekt . . .

asb: . . . danke, genauso wird Ihre Aussage auch gedruckt werden. Danke.

Gernot Riediger: Das muß ja wohl hier auch gesagt werden. Ich möchte den Gedanken aber weiterführen: In den letzten Jahren wurde die Öffentlichkeit und wurden die direkt Verantwortlichen zunehmend sensibler, was die Ausbildungsproblematik angeht. Die Lücke, von der ich vorhin gesprochen habe, wurde erkannt. Früher war es doch so, daß – etwas verallgemeinernd formu-

liert – die Meinung vorherrschte: Hauptsache, es kommt im Notfall einer und macht irgendwas . . ., Hauptsache, der Patient kommt schnell in die Klinik . . . Inzwischen ist aber immer klarer geworden, daß nicht nur schnell jemand da sein muß, sondern daß schnell qualifizierte Hilfe da sein muß. Denn heute müssen für Gesundheit und Leben entscheidende Maßnahmen in früher kaum vorstellbarem Ausmaß unmittelbar am Notfallort geleistet werden. Die Aus- und Weiterbildung hat in diesem Zusammenhang also mit die höchste Priorität.

asb: Herr Riediger, wenn wir Sie richtig verstanden haben, gilt das generell . . .

Gernot Riediger: Genau. Das gilt für Laienhelfer, für Rettungssanitäter wie für Notärzte. Das gilt für uns genauso wie für die anderen Länder, mit denen wir uns vergleichen. Und an dieser Stelle muß ich auf einen wichtigen Punkt hinweisen: Die Sensibilisierung für diese Problematik hat in einigen anderen Ländern früher eingesetzt als bei uns. Wir sind zwar heute noch führend, was die Breite der Ausbildung angeht, doch müssen wir in Zukunft im eigenen Interesse mehr tun. Damit will ich nicht die Hilfsorganisationen und schon gar nicht den einzelnen Rettungssanitäter in Frage stellen oder gar in Zweifel ziehen. Ich möchte aber schon, wo ich diese Plattform zur Verfügung habe, mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß in unserem guten Rettungswesen für eine breitere und qualifiziertere Ausbildung noch sehr viel getan werden muß.

Der ASB als eine der großen Hilfsorganisationen hat von seinen Gründervätern in die Wiege gelegt bekommen, daß immer mehr Menschen mehr befähigt werden, anderen zu helfen. Gut so. Richtig so. Das ist aber auch eine stetige Anforderung zum Weitermachen.

asb: Stecken wir uns das ans Revers, nehmen den Auftrag an. Wenn man Ihren Gedanken weiterverfolgt, kommt man doch wohl zu der Einsicht, daß nicht nur die organisierten Helfer besser ausgebildet werden müßten, sondern insgesamt viel mehr Menschen.

Gernot Riediger: Das ist richtig. Die Lücke zwischen dem Zeitpunkt eines Notfalls und dem Eintreffen der organisierten Hilfe muß weit besser als bisher abgedeckt werden. Dann kann effektive Hilfe vervielfacht werden.

Wir müssen klar sehen: Die Eigendynamik der Technik wird weitergehen. Wenn wir in der Aus- und Weiterbildung nicht mit der technischen Entwicklung Schritt halten, kommen wir ganz schnell in die fatale Situation, daß wir die bessere Technik nicht mehr nutzen können, zum Schaden der Menschen, die Hilfe brauchen. Oder wir überfordern die Menschen, die helfen wollen und sollen.

Ein moderner Rettungswagen des Arbeiter-Samariter-Bundes. (Foto: Sers)



asb: Schlechte Hilfe ist keine Hilfe. Und Hilfe, die zu spät kommt, ebenfalls nicht. Ist es damit getan, die Rettungskette zu beschleunigen?

Gernot Riediger: Sicherlich kann die Rettungskette effektiver gestaltet werden. Hier und da kann sicherlich das Netz der Hilfsstationen noch weiter verdichtet werden, um dadurch Wege zu verkürzen. Einen weit größeren Effekt sehe ich allerdings in der Verbesserung der Meldeeinrichtungen. Sie sind in letzter Zeit an Autobahnen, an Landstraßen und auch in den Städten mit einigem Aufwand verbessert worden. Und die Anstrengungen werden auch in Zukunft nicht nachlassen, die hier gewonnenen Minuten zählen genauso wie die mit der Schnelligkeit des Einsatzes selbst gewonnenen.

In der Regel ist es aber doch so, daß am Unfallort zunächst nur der Laie anwesend ist. Darum sollten mehr Laien einer verbesserten Hilfeleistung befähigt werden. Wenn dann zum Beispiel nach einer fachgerechten Lagerung des Verletzten, nach der Atemspende oder dem Freihalten der Atemwege die organisierte Hilfe am Unfallort eintrifft, ist oft schon Leben gerettet, zumindest aber einer möglichen Verschlechterung des Zustands entgegengewirkt.

asb: Der ASB macht große Anstrengungen, mehr Menschen in Erster Hilfe auszubilden ...

Gernot Riediger: Das ist richtig und wichtig. Allein im Straßenverkehr wer-

den heute jährlich rund 2300 Menschenleben gerettet, weil schnelle und wirkungsvolle Hilfe bereitsteht. Das ist eine enorme Leistung, auch wenn man den Aufwand von über einer Milliarde Mark pro Jahr dagegenstellt. Ich meine, daß dieses Geld sinnvoll investiert ist, für die Geretteten, für die Gesellschaft.

Vielleicht könnten noch tausend Menschenleben mehr gerettet werden, wenn die Laienhilfe besser wäre, wenn die Unfallmeldung schneller liefe und schneller noch besser qualifizierte Hilfe am Unfallort wäre. Solange diese Möglichkeit besteht, dürfen wir in unseren Anstrengungen nicht nachlassen.

asb: Da ist jeder gefordert, diejenigen, die die finanziellen Voraussetzungen schaffen und schließlich jeder Bürger. Jeder der etwa 11 700 Verkehrsunfalltoten und 500 000 Verletzten im Jahr wie jeder andere Notfallpatient ist eine drängende Mahnung an unsere gemeinsame Verantwortung.

Jede Leistung, auch wenn es darum geht, Menschenleben zu retten, kostet Geld. Auf diesen Punkt möchten wir jetzt zu sprechen kommen. Wir könnten Ihnen Kostenträger nennen, die uns monatelang auf unseren Rechnungen für erbrachte Leistungen sitzen lassen! Und wie uns geht es anderen Hilfsorganisationen auch. Wenn wir kommerzielle Überlegungen zum Maßstab unseres Handelns machen würden, blieben viele Verletzte auf der Straße liegen ...

Gernot Riediger: Keine Frage – dieses Problem muß gelöst werden ...

asb: ... das ist eine Frage an die Politiker; sie schaffen die Rahmenbedingungen für unsere Arbeit ...

Gernot Riediger: Auch an die Politiker, nicht nur.

asb: Durch das gute, wenngleich noch verbesserungswürdige Rettungswesen werden pro Jahr 2300 Menschenleben in unserem Land gerettet. Das kostet uns insgesamt über eine Milliarde Mark. Kann man – oder darf man – eine schlichte Kosten/Nutzen-Rechnung machen, wo es doch um Leben oder Tod geht? Die wünschenswerte Verbesserung des Rettungswesens kostet noch mehr Geld. Wer soll das bezahlen?

Gernot Riediger: Bei der Beurteilung dieses schwierigen Sachverhalts müssen wir zunächst einmal davon ausgehen, daß wir für jeden Menschen, der in eine Notfallsituation kommt, eine schnelle und wirkungsvolle Hilfe parat haben wollen. Eine Hilfe, die nicht abhängig gemacht wird von der finanziellen Leistungsfähigkeit oder dem gesellschaftlichen Status des Betroffenen. Ich glaube nicht, daß dieser Grundsatz von irgend jemandem ernsthaft in Zweifel gezogen wird.

Selbstverständlich kostet das Rettungswesen Geld, als hochqualifizierte Dienstleistung sogar immer mehr Geld. Das wissen Sie mindestens so gut wie ich. Es bringt auch nichts, mit pauschalen Aussagen optimale Lösungen vorzutauschen. Die Situation ist von Ort zu Ort unterschiedlich und in den meisten Fällen historisch gewachsen. Neben ver-



Rund um die Uhr muß qualifiziertes Personal und die erforderliche technische Ausstattung zur Verfügung stehen. (Foto: ASB)

besserungsbedürftigen Sachverhalten besteht jedoch auch eine ganze Reihe von Möglichkeiten, Kosten durch Verbesserungen im organisatorischen Bereich einzusparen. Ich kenne die ideale Lösung dieses Problems nicht, sie ist bisher noch nicht angeboten worden.

asb: Lassen Sie uns weiter an dem „heißen Eisen“ bleiben . . .

Gernot Riediger: Es gibt da zwei entscheidende Gesichtspunkte. Erstens: Die Sicherstellung der Hilfeleistung ist zweifelsohne eine öffentliche, eine staatliche Aufgabe. Der Staat versucht nach besten Kräften, den Ordnungsrahmen und die finanziellen Grundvoraussetzungen zu schaffen, die Hilfe möglich machen. Auf diesem Gebiet ist viel geleistet worden, sonst stünden wir nicht so gut da.

Zweitens: Die konkrete Hilfeleistung im Rahmen des Rettungswesens ist abweichend von anderen Bereichen der öffentlichen Sicherheit – Polizei oder Feuerwehr zum Beispiel – so geregelt, daß Organisationen wie der ASB sie im Auftrag von Trägerinstitutionen, die in unserem Sozialwesen begründet sind, ausüben.

Grundsätzlich meine ich, daß derjenige, der den Nutzen einer Leistung hat, sie letztendlich auch veranlaßt, diese auch bezahlen soll. Das ist im allgemeinen bei uns, was die Gesundheitsvorsorge und -sicherung angeht, auch grundsätzlich hinreichend geregelt. Der einzelne ist gegen die Fährnisse des Lebens weitgehend abgesichert.

asb: Wird das nicht doch viel verdrängt? Die Feuerwehr ist erst wichtig, wenn's brennt, der Notarztwagen, wenn's gekracht hat . . .

Gernot Riediger: Das stimmt wohl. Aber ich möchte doch festhalten, daß die Regelung der Finanzierung von Rettungsleistungen bei uns in der Bundesrepublik im Ansatz einigermaßen passabel gelöst ist, was nicht heißt, daß im Detail noch viel verbessert werden kann.

Von den Gesamtkosten, die das Rettungswesen bei uns verursacht, tragen die Versicherungsträger etwa zwei Drittel, die öffentliche Hand rund ein Viertel. Das summiert sich auf 90 Prozent des gesamten Aufwandes. Die restlichen zehn Prozent werden überwiegend durch Eigenleistungen der Hilfsorganisa-

tionen gedeckt. Das ist ganz hoch zu bewerten und anzuerkennen. Wenn man diesen Einsatz, der nur dank eines starken ehrenamtlichen Engagements möglich ist, kapitalisieren würde, käme man auf eine Summe von weit mehr als 100 Millionen Mark pro Jahr. Aus diesem Grund bin ich auch der Ansicht, daß den Hilfsorganisationen nicht noch mehr Risiko dieser Geschäftsführung im allgemeinen Interesse aufgebürdet werden kann. Ich sehe hier durchaus existentielle Gefahren für die Hilfsorganisationen.

asb: Wir werden natürlich ins Geschirr genommen, sei's auch nur in der Weise, daß wir monatelang auf die Bezahlung von Rechnungen warten müssen . . .

Gernot Riediger: Dieser Zustand ist unbefriedigend, er muß verbindlich und gerecht geregelt werden. Das wird jeder akzeptieren, der in diesem Bereich tätig ist – die öffentliche Hand, die Krankenkassen, die Berufsgenossenschaften und schließlich die Bürger. Es gibt ja in der Praxis auch schon einige vielversprechende Lösungen.

Daß sich die Rettungsdienste heute in einer so schwierigen Situation befinden, ist auf zwei Ursachen zurückzuführen. Erstens ist in vielen Kassen die Ebbe eingetreten. Dies zwingt zum Sparen, vielleicht auch mal am falschen Platz. Zum zweiten: Die Rettungsdienste haben in einem früheren Stadium der Entwicklung die Problematik nicht in ihrer ganzen Komplexität erkannt. Sie sind wohl auch etwas laienhaft an diese auch ökonomisch gewaltige Aufgabe herangegangen. Deshalb konnten sie auch nicht beizeiten die Weichen so stellen, wie es der eigenen Bedürfnis- und Interessenlage angemessen gewesen wäre.

asb: Der Begriff „Interessenlage“ bezeichnet die Situation vielleicht nicht präzise genug. Der Ursprung des ASB war das Helfen wollen, weil das Helfen müssen so offensichtlich und notwendig war. Natürlich sind wir inzwischen in Funktionen und in eine Größenordnung hineingewachsen, die uns zwingt, unsere Leistungen in Rechnung zu stellen. Das tun wir vor allem mit dem Ziel, unsere Leistungsbereitschaft zu erhalten und womöglich zu steigern, nicht wegen des Gewinns. Wir dürfen keinen Gewinn machen und machen keinen . . .

Gernot Riediger: Ich weiß das und halte auch mit Lob nicht hinterm Berg. Ihr humanitäres Engagement stand und steht zunächst im Vordergrund und kommt der Gesellschaft insgesamt zugute – jedem von uns. Deshalb wäre es auch aus Sicht der Gesellschaft eine unbedingt abzuwendende Gefahr, wenn die Hilfsorganisationen hier finanziell ausbluten würden und dann andere, ebenso wichtige caritative Leistungen nicht mehr erbringen können.

Blickpunkt Libanon

Menschen, die der Hilfe bedürfen

Schwester Elfriede Weiss half mit, die Not im bürgerkriegsgeschüttelten Libanon zu lindern

Seit Jahren erträgt die Bevölkerung des Libanon, Christen und Moslems gleichermaßen, das Elend des Krieges. Städte und Dörfer, ganze Regionen sind zerstört, versinken in Chaos und Elend. Und mit ihnen ganze Familien, Männer und Frauen, Greise, Schwache und Kinder. Verletzte, Kranke – vom Krieg und seinen Folgen betroffen – benötigen seit Jahren Hilfe von draußen, sie läßt hoffen auf Überleben.

Internationale Hilfsorganisationen, darunter die Johanniter-Unfall-Hilfe, tun viel, gemessen an der herrschenden Not

können sie jedoch nur wenig ausrichten. Jeder einzelne, der im Kampf gegen die schrecklichen Folgen dieses Bruderkrieges seinen Einsatz leistet, verdient jedoch Anerkennung und Dank.

Was sind das für Menschen, die dort helfen? Weltverbesserer, Abenteurer? Eine von vielen, Schwester Elfriede Weiss, steht als Beispiel.

Bötzingen im nördlichen Breisgau ist ein kleines Städtchen mit einer evangelischen Sozialstation. Von hier aus werden acht Gemeinden dieser Schwarzwaldregion betreut. Hinter der Bezeich-



nung „ambulante pflegerische Dienste“ verbirgt sich „helfen, dienen“. Eine der dort tätigen Schwestern ist Elfriede Weiss (35). Täglicher Dienst von zehn und mehr Stunden ist nichts Ungewöhnliches für sie. Ihre Aufgabe ist, alten und kranken Menschen zu helfen, sie zu pflegen und notwendige medizinische Versorgung zu gewährleisten. Schwester Elfriede ist eine von den Menschen, die hilfreiche Partner in der Not sind.

Als examinierte Krankenschwester mit langjähriger Erfahrung in der häuslichen Alten- und Krankenpflege, mit erfolgreichen Auslandseinsätzen in Ägypten, Israel und dem Libanon, mit umfassenden Sprachkenntnissen bis hin zu Arabisch, war sie prädestiniert für einen vorgesehenen Einsatz im Libanon.

Als sie, nach Zustimmung des Diakonischen Werkes der EKD, für das die JUH alle Katastropheneinsätze im Ausland durchführt, Art und sachlichen Inhalt der anstehenden Aufgabe kannte, stand die Vorbereitung auf Land und Leute, auf deren religiöse und kulturelle Lebensformen an erster Stelle. Erfahrungswerte aus den oben angeführten früheren Einsätzen in diesem Teil der Erde kamen ihr dabei zugute.

Auch die in ihrer bisherigen Tätigkeit erworbenen Fähigkeiten, „ambulant“, also in der häuslichen Umgebung der zu betreuenden und zu behandelnden Familien tätig zu werden, erwiesen sich als Vorteil. Elfriede Weiss arbeitete vier Monate lang in einem internationalen Team in der nördlichen Bekaa-Ebene und dem Libanongebirge. Für das „Middle East Council of Churches“ (MECC) arbeiteten dort Ärzte aus Holland und Neusee-



Schwester Elfriede Weiss betreut im nördlichen Breisgau alte und kranke Menschen von der evangelischen Sozialstation aus.

(Foto: Reinhold)

Libanesische Kinder blicken ernster in die Zukunft als ihre Altersgenossen anderswo – sie leben seit Jahren mit den Schrecken des Krieges.
(Fotos: Church World Service [2])



land Hand in Hand mit Schwestern und Pflegepersonal aus England, Norwegen, der Schweiz, dem Libanon und aus der Bundesrepublik. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Gesundheitsvorsorge-Erziehung der Bevölkerung, Injektionsimpfungen gegen Diphtherie, Wundstarrkrampf und Keuchhusten sowie Polio-Impfungen für Kinder. Alles Maßnahmen, deren Erfolg abhängig ist vom Vertrauen der Bevölkerung, vom Zutrauen der Kinder und der Bereitschaft der Mütter, die Vorurteile zu überwinden. Dies zu erwerben, erfordert Geduld und Verständnis für Andersdenkende, erfordert aber auch Zähigkeit und Überzeugung bei sich selbst und Verzicht auf sonst Gewohntes.

Elfriede Weiss brachte dies, wie viele Helfer aus aller Herren Länder, auch auf. Sie verzichtete auf Komfort und Freizeit und diente, getreu dem Auftrag der Johanniter, den „Herren Kranken“ mit den Mitteln der heutigen Zeit, in vergleichbarer historischer Umgebung und gleichgroßem persönlichen Engagement.

Der Krieg in diesem Land beschert schreckliche Erlebnisse, den Einwohnern ebenso wie den Helfern, er beschert Gefahren, die nichts Abenteuerliches haben, sondern Not und Elend nach sich ziehen. Elfriede Weiss hat monatelang damit gelebt und gegen die Folgen des Krieges gekämpft. Heute arbeitet sie wieder im Schwarzwald; in der Sozialstation nördlicher Breisgau hat sie wieder ihre Aufgabe übernommen. Unauffällig und selbstverständlich kämpft sie, an gleicher „Front“, nur in einem anderen Abschnitt, gegen Not und Krankheit. Sie steht beispielhaft für viele „Schwestern“, sie ist „unsere Nächste“.

G. Reinhold

BFS spendete Notarztwagen

Aus Anlaß ihres 60jährigen Bestehens hat die Bank für Sozialwirtschaft (BFS) der Johanniter-Unfall-Hilfe einen Notarztwagen im Werte von ca. 110000 DM gespendet. Die symbolische Übergabe des Wagens in Form eines Miniaturmodells fand am 25. Januar 1984 beim traditionellen Neujahrsempfang der Bank in Köln statt.

Karl Klerx, Geschäftsführer der BFS, wies in seiner Ansprache auf die drängenden finanziellen Probleme innerhalb der freien Wohlfahrtspflege hin und machte deutlich, wie sehr engagierte und oft ehrenamtliche Mitarbeit in diesem Bereich auch der finanziellen Zuwendungen durch Spenden u.ä. bedarf.

Die Bank für Sozialwirtschaft ist auch in dieser Hinsicht seit Jahren eine fundamentale Stütze für die freie Wohlfahrtspflege. In den letzten sieben Jahren hat sie über elf Millionen DM als spendenähnliche Erfolgsbeteiligung ihren Kunden ausgeschüttet, davon im Jahre 1983 alleine rd. DM 2,3 Millionen unter dem solidarischen Motto: „Aus der Wohlfahrtspflege – für die Wohlfahrtspflege“.



Direktor Karl Klerx, Bank für Sozialwirtschaft, überreicht den RTW „en miniatur“ an den Bundes-schatzmeister der JUH, Adalbert Eras.
(Foto: Olligschläger)

MHD-Zentrale in Köln organisierte bereits 1803 Einsätze

Rückholdienst – vor allem eine Frage der Organisation

Die Kosten interessieren erst in zweiter Linie – Nicht immer muß es ein Jet sein – Schnelle und unbürokratische Hilfe

Im Ausland verletzt zu sein oder zu erkranken, ist doppelt hart: Die medizinische Versorgung und die hygienischen Bedingungen in ausländischen Krankenhäusern lassen nicht immer eine dem Standard der Heimat entsprechende Behandlung zu.

Alein zur Sicherstellung der notwendigen Behandlung ist der Rücktransport in eine leistungsfähige Klinik oft lebensrettend. Aber auch Verständigungsschwierigkeiten führen zu Fehleinschätzungen der Behandelnden wie des Patienten und bringen diesen – zumal bei fehlender Verbindung zu den Angehörigen – in eine psychische Isolation.

MHD-Rückholdienst

Wenn der Malteser-Hilfsdienst in diesen Fällen seine Hilfe bei der Rückholung aus dem Ausland anbietet, so geschieht dies in Erfüllung einer seiner ursprünglichen satzungsmäßigen Aufgaben als Rettungsorganisation. Die Grundzüge der Versorgung und des Transports Verletzter/Kranker ändern sich nicht durch das Überfahren oder Überfliegen einer Landesgrenze. Wohl kommt dem MHD die große Erfahrung einer eingespielten Organisation und ein hoher Standard an technischer, medizinischer und personeller Ausstattung in den besonders schwierigen Fällen der Auslandsrückholung zugute.

Lange bevor im Jahre 1978 das Urteil des Bundessozialgerichtes sogenannte „Flugrettungsvereine“ wie Pilze aus dem Boden schießen ließ, organisierte der MHD dramatische Rettungsaktionen aus dem Ausland, die zum Teil in der Berichterstattung der Medien ganze Seiten füllten. Als das Bundessozialgericht (BSG) entschied, daß die Rückholung von Mitgliedern der gesetzlichen Krankenkassen aus dem Ausland nicht zu

den Pflichtleistungen der Kassen zählt und darüber hinaus es für zumutbar hielt, daß Touristen sich für den Krankenrücktransport privat versichern, entstand ein neuer Markt.

Natürlich war zu erwarten, daß private Krankenversicherungen und Auto-Schutzbrief-Anbieter die Abdeckung des Rückholrisikos anbieten würden. Und es war zu erwarten, daß sich die Versicherer bei der Durchführung dieser Transporte der bewährten und bestehenden Rettungsorganisationen, also z. B. des DRK und des MHD, bedienen würden. Unerwartet bildeten sich jedoch zwischenzeitlich über 20 sogenannte Flugrettungsvereine, die ihren Mitgliedern die kostenlose Rückholung im Krankheitsfall anbieten und sich um die Durchführung von Ambulanzflügen bei Versicherungen, Reiseveranstaltern etc. bewerben. Da es sich um kommerziell betonte Unternehmen handelt, unterliegt die Abwicklung einer Einsatzanforderung dieser Interessenlage: Entweder wird das in den Versicherungsbedingungen enthaltene Kriterium der medizinischen Indikation sehr restriktiv ausgelegt oder es besteht das wirtschaftliche Interesse, ein Flugzeug in die Luft zu schicken, obwohl ein sachgerechter Transport auf dem Landweg oder per Linienflug möglich wäre.

Die Arbeit der MHD-Einsatzzentrale

Zur Abwicklung der Rückholdiensteinsätze unterhält der MHD eine Einsatzzentrale in Köln, die bundesweit für die Annahme und Organisation aller Einsatzersuchen zuständig ist. Sie ist rund um die Uhr besetzt und über die Rufnummer (0221) 435555 erreichbar. Jeder kann sich an diese Einsatzzentrale wenden und unbürokratische Hilfe erwarten, auch wenn die Kostenfrage vorerst ungeklärt bleibt.

So veranlaßte die MHD-Einsatzzentrale dringend notwendige Rückholungen, deren Bezahlung nunmehr in langfristigen Raten erfolgt.

Anders sieht es bei den Versicherten der privaten Versicherungsunternehmen aus, für die die MHD-Einsatzzentrale aufgrund geschlossener Vereinbarungen über die Rückholung entscheidet und sie durchführt. Die Versicherungen tragen die Kosten des Rücktransportes gemäß den Versicherungsbedingungen u. a., wenn es medizinisch notwendig ist. Bei der Feststellung der medizinischen Notwendigkeit ist die Einsatzen-

trale zuerst auf die Aussage des behandelnden Arztes angewiesen. Die Erfahrung zeigt, daß hierauf jedoch kein Verlaß ist: Der Wunsch nach harten Devisen, aber auch falscher Ehrgeiz oder die Sorge um Aufdeckung einer nicht adäquaten Behandlung führen oft zu der Beteuerung, der Patient sei gut aufgehoben und ein Rücktransport nicht erforderlich. Nicht selten wird vorgeschoben, der Patient sei ohnehin nicht transportfähig.

Die MHD-Einsatzzentrale hat sich daher bei den Versicherungs-Vertragspartnern ausbedungen, die Entscheidung über die Notwendigkeit des Transportes für die Versicherung verbindlich zu treffen. Damit wird vom Versicherten jegliches Kostenrisiko genommen.

Dem geht in jedem Falle ein Arzt/Arzt-Gespräch voraus. Da sich die MHD-Einsatzzentrale an einem akademischen Lehrkrankenhaus in Köln befindet, ist es möglich, für den jeweiligen Krankheitsfall einen Facharzt dieses Gespräch führen zu lassen. Dies war bisher in allen Fällen in der jeweiligen Landessprache möglich. Danach wird die Entscheidung über die Notwendigkeit des Transportes im Zweifel zugunsten des Patienten getroffen sowie Transportart und Zeitpunkt festgelegt.

Diese Entscheidungen sind von großer Tragweite: Einerseits darf für den Betroffenen kein gesundheitliches Risiko eingegangen werden, andererseits zieht die Entscheidung enorme Kostenfolgen nach sich.

Aber auch in schwierigen Fällen weiß man sich zu helfen: Als ein deutscher Urlauber in Griechenland im Zustand einer akuten Psychose dort in eine Nervenheilanstalt eingeliefert wurde und telefonisch keine Klarheit über seinen Krankheitszustand zu erreichen war, entsandte die MHD-Einsatzzentrale auf dem schnellsten Wege einen Facharzt für Neurologie und Psychiatrie, zugleich Dipl.-Psychologe, mit einer Linienmaschine dorthin, der wenige Stunden später ein Ambulanzflugzeug nachforderte.

In einem anderen Falle bestätigte sich das ungute Gefühl der MHD-Einsatzzentrale. Der Zustand einer deutschen Patientin nach einem Autounfall in Syrien wurde mit „all right“ umschrieben. Die Rückholung nach Deutschland sei daher nicht erforderlich. Zum Beweis wurde die Patientin aus dem Krankenhaus ins Hotel entlassen. Da sie dort völlig hilflos lag, wurde der Rückflug vorsichtshalber mit einer Trage (Stretcher) im Linienflug nach Wien gebucht. Das ungute Gefühl

der Einsatzzentrale, die nach Wien ein Ambulanzflugzeug entgegenschickte, bestätigte sich in schlimmer Weise: Die Patientin hatte mehrere Knochenbrüche und innere Verletzungen erlitten, die unversorgt geblieben waren. Die Patientin befand sich bei Übernahme durch den MHD-Notarzt in akuter Lebensgefahr. Heute, ca. vier Monate nach diesem Unfall, liegt die Patientin noch immer im Krankenhaus.

Die Einsatzzentrale des MHD hat aus diesem Fall die Konsequenzen gezogen und entsendet wie im oben beschriebenen Fall Griechenland, Notärzte zur Feststellung der Transportfähigkeit und -notwendigkeit vor Ort, wenn auf andere Weise keine Klarheit hierüber geschaffen werden kann.

In besonderen Fällen gilt es nämlich, einen dramatischen Wettlauf gegen die Zeit zu gewinnen, etwa, wenn des Nachts die Meldung eingeht, daß einem deutschen Fahrer eines Hilfsgütertransportes nach einem Unfall im polnischen Krankenhaus beide Beine amputiert werden sollten. Noch während des Arzt/Arzt-Gesprächs laufen die organisatorischen Vorbereitungen für den Rettungsflug. Mit phantastischer Unterstützung der polnischen Behörden landet die Maschine am frühen Morgen mit dem Patienten an Bord auf einem deutschen Flughafen. Die Amputation ist unter den hiesigen Verhältnissen nicht nötig. Der Wettlauf ist gewonnen.

Grundlage für die Feststellung der Transportnotwendigkeit sind neben den in den Richtlinien des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit aufgeführten Erkrankungen und Verletzungen die in den jeweiligen Versicherungsbedingungen enthaltenen Kriterien. Dies sind in der Regel:

- nicht ausreichende medizinische Versorgung mit der Gefahr einer Gesundheitsschädigung
- schwer erkrankte oder verletzte Personen, deren stationäre Behandlung voraussichtlich die Dauer von 14 Tagen überschreiten wird und die voraussichtlich nach diesem Zeitpunkt die Rückreise nicht mit normalen Verkehrsmitteln antreten können.

Da durch derartige Einsatzgrundsätze nicht alle Fälle erfaßt werden können, ist im Einzelfall zugunsten des Patienten zu entscheiden.

Wahl der Einsatzmittel

„Was kostet der Einsatz eines Ambulanzflugzeuges von A nach B?“ so lautet häufig die erste Frage eines Hilfesuchenden. Oft gehen diesem Anruf bereits Anfragen bei anderen Flugrettungsvereinen voraus. Der Anrufer sucht of-

fensichtlich nach dem billigsten Anbieter. Völlig überraschend kommt für ihn die Gegenfrage der MHD-Einsatzzentrale, ob und welches Fluggerät denn notwendig sei und wer diese Entscheidung getroffen habe. Die MHD-Einsatzzentrale hat es nämlich zu ihrem Grundsatz gemacht, vor derartigen Auskünften die Frage des erforderlichen Transportmittels zu klären. In der überwiegenden Zahl der Fälle ist nämlich der Einsatz eines Ambulanzflugzeuges überhaupt nicht erforderlich. Der Transport kann mit einem Krankenwagen oder Stretcherflug in einer Linienmaschine erfolgen. Hierbei werden drei Sitzplätze aus dem Passagierflugzeug herausgenommen und an deren Stelle eine Trage installiert. So wurden einem besorgten Ehemann, der seine erkrankte Frau nach Deutschland zurückführen mußte, Ambulanzflugangebote zwischen 19000 DM und 28000 DM gemacht, bis die MHD-Einsatzzentrale den Flug in einem Linienflugzeug für ca. 5000 DM unter Arztbegleitung abwickelte.

Im Gegensatz zu Flugrettungsvereinen, die nach ihrer Bezeichnung, Werbung und Praxis sich von vornherein auf das Ambulanzflugzeug festlegen, liegt diese Einsatzart beim MHD bei nicht ganz 30 Prozent der abgewickelten Einsätze. Bei der Entscheidung über die Transportart bzw. das Transportmittel gilt es, den Krankheitszustand bzw. die Transportfähigkeit des Patienten und die zurückzulegende Distanz andererseits zu berücksichtigen. So kam bei einer dramatischen Rückholung eines Missionars aus Ghana nur der Einsatz eines schnellen Jets in Betracht, während bei Einsätzen nach Polen oder Irland durch den Einsatz einer Propjet-Maschine der dem jeweiligen Abholort nahe gelegene Flugplatz angefliegen werden konnte. Da der Jet in diesen Fällen erst auf dem nächsten größeren Flughafen hätte landen können, blieben lange Anfahrten mit dem Krankenwagen erspart, für die der Patient auch nicht transportfähig gewesen wäre.

Ambulanzflüge

Die unterschiedlichen Anforderungen machen den Einsatz unterschiedlicher Flugzeugtypen erforderlich. Die Vorhaltung einer eigenen Maschine eines bestimmten Typs steht dem wirtschaftlichsten und sachgerechten Einsatz entgegen. Dementsprechend fordert die MHD-Einsatzzentrale die für den jeweiligen Einsatz benötigte Maschine an. Hierbei greift der MHD auf zuverlässige Flugunternehmen mit Standorten in Düsseldorf, München, Nürnberg und Köln zurück. Die Maschinen sind mit einem eigens hierfür konstruierten Schrank ausgestattet, in dem sich – wie

in einem Rettungswagen – die gesamte medizinische Ausstattung im direkten Zugriff befindet. Daneben wird eine tragbare Arztausstattung für den Einsatz außerhalb der Maschine mitgeführt.

Darüber hinaus kooperiert der MHD mit der Notrufzentrale des ADAC in München. Der ADAC ist dem MHD gegenüber Auftraggeber für bodengebundene Krankenrücktransporte aus dem In- und Ausland.

Service für MHD-Mitglieder im In- und Ausland

Neben der Durchführung der Rückholdiensttransporte für Privatzahler und Versicherungen bietet der MHD seinen Mitgliedern die Möglichkeit, sich im Rahmen der MHD-Mitgliedschaft gegen das Kostenrisiko einer Rückholung zu versichern. Der damit verbundene Anspruch auf Rückholung im Krankheitsfall erstreckt sich auch auf den Ehegatten sowie die Kinder des Mitgliedes bis zum 18. Lebensjahr. Der Patient wird aus dem Krankenhaus im In- und Ausland zu seinem Heimatkrankenhaus zurückgeholt, wenn dies medizinisch notwendig ist oder die stationäre Behandlung die Dauer von zwei Wochen voraussichtlich übersteigt.

Einsatzaufkommen

Die Wandtafel in der MHD-Einsatzzentrale in Köln weist den 1803. Einsatz aus. Es ist ein schwerer Krankheitsfall auf Sardinien. Noch völlig offen ist, wer die Kosten des Einsatzes trägt. Den Angehörigen ist Ratenzahlung zugesagt. Erst einmal wird geholfen. Zum gleichen Zeitpunkt erfolgt die Verlegung eines Verletzten mit dem Ambulanzflugzeug von Köln in eine Hamburger Spezialklinik.

Unter der Gesamtzahl der Einsätze befinden sich dramatische und tragische Geschehnisse, bei denen die Mitarbeiter der MHD-Einsatzzentrale stundenlang telefonieren, fernschreiben und Lösungen suchen; stets hilfsbereit unterstützt von den Mitarbeitern des Auswärtigen Amtes in Bonn. Bei allen besteht einerseits der unbedingte Wille, sachgerecht und unbürokratisch zu helfen und andererseits die Kosten im Interesse der Auftraggeber, und damit im Interesse der Solidargemeinschaft der Versicherten, in vertretbarer Höhe zu halten. Dies verlangt verantwortungsvolle, unternehmerische, mutige Entscheidungen der Einsatzleitung. Die Richtigkeit und Korrektheit ihres Handelns wird durch zunehmendes Vertrauen der Hilfesuchenden, der Versicherten wie der Versicherungen/Kostenträger bestätigt.

1800 Langläufer am Start

3. Deutsche Skilanglauf-Meisterschaften der Feuerwehren in Schonach

Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet –
Sehr gute Leistungen erzielt

Nach 1980 und 1982 war das wegen seiner internationalen Wintersportveranstaltungen bekannte Skidorf Schonach im Schwarzwald am 28. und 29. Januar 1984 zum dritten Male Austragungsort der Feuerwehrmeisterschaften im Skilanglauf über fünf und zwölf Kilometer, je nach Klassenzugehörigkeit. Ausrichter dieser im zweijährigen Rhythmus stattfindenden Meisterschaften ist der Deutsche Feuerwehrverband in Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg. Dank der örtlichen Unterstützung durch den in vielen internationalen Wettbewerben erfahrenen Skiclub Schonach und der örtlichen Freiwilligen Feuerwehr hatte man alle organisatorischen Maßnahmen „fest im Griff“, und die Gesamtveranstaltung mit ihrem Volkslauf am Samstag und den Leistungsläufen am Sonntag verzeichnete einen reibungslosen Ablauf.

Mit insgesamt rd. 1800 Langläufern, wovon je ca. 900 am Volkslauf und an den Leistungsläufen teilnahmen, hatte die diesjährige Skiveranstaltung eine Größenordnung erreicht, die nach Meinung von Fachleuten nicht mehr unbegrenzt ausgeweitet werden kann. So groß das Interesse auch künftig noch wird, bei einer gewissen Teilnehmerzahl enden die unter Meisterschaftsanforderungen vorzunehmenden organisatorischen und arbeitsmäßigen Möglichkeiten. Wer die aus vielen Bundesländern, von Schleswig-Holstein bis Bayern, angereisten Aktiven der Feuerwehren im ungewohnten Langlaufdreiß beobachtete, war beeindruckt von der Begeisterungsfähigkeit aller Teilnehmer, ob Jugendliche, Frauen oder Männer. Verbunden war diese Veranstaltung erstmals mit einer insgesamt

dreitägigen Tagung von Vorstand und Präsidium des Deutschen Feuerwehrverbandes, so daß sich diese Organmitglieder von der Gesamtveranstaltung ein Bild machen konnten.

Waren die beiden ersten Meisterschaften im Jahre 1980 und 1982 von Dauerregen begleitet, so wechselte Schonach in diesem Jahr das „äußere Kleid“: Es herrschte ein schönes, vielfach von Sonne begleitetes, winterliches Wetter.

Wenn auch die vielen Teilnehmer und Besucher bei ihrer Anreise bis einige Kilometer vor Schonach noch wenig von Schnee erspürten, fanden sie auf der Höhe des Schwarzwaldes reichlich Schnee vor. Was des Besuchers Freud war des Leistungsläufers Leid, denn diese berichteten von einer sehr schwierigen Loipe, die aufgrund der witterungsmäßigen Bedingungen in vielen Streckenbereichen vereist oder zu hart gefroren war. Trotzdem verliefen die Leistungsläufe gut und reibungslos und brachten nach dem Urteil von Fachleuten sehr gute Ergebnisse, d.h. sehr gute Laufzeiten. Dank einer hervorragenden Organisation war es möglich, am Wettkampftag bereits um 17 Uhr die Siegerehrung durchzuführen, wozu auch bereits alle Ergebnislisten ausgedruckt vorlagen. Dieses ist eben der Vorteil, wenn solche Großveranstaltungen mit einem erfahrenen Team und der nun einmal notwendigen organisatorisch-technischen Ausstattung durchgeführt werden können.

Nach der Ausschreibung des Deutschen Feuerwehrverbandes waren an den Leistungsläufen alle aktiven Angehörigen der Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland teilnahmeberechtigt, die am

Wettkampftag mindestens sechs Monate der Feuerwehr angehörten.

Wie vor zwei Jahren hatte auch in diesem Jahr der baden-württembergische Staatssekretär im Innenministerium, Robert Ruder, die Schirmherrschaft übernommen, wofür ihm der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, und der Ehrenpräsident und Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg, Albert Bürger, öffentlich Dank sagten. Zum Rahmenprogramm dieser Wintersportveranstaltung gehörte, wie auch bereits in den Vorjahren, am Samstagabend ein großer öffentlicher Gesellschaftsabend, an dem viele Wettkämpfer und Besucher teilnahmen.

Das Unterhaltungsprogramm wurde wieder in bewährter Form von den verschiedenen örtlichen Vereinen gestaltet und fand eine uneingeschränkte Anerkennung. Abschließend faßte Präsident Struve den Dank des Deutschen Feuerwehrverbandes in folgende Worte:

„Zum Schluß der 3. Deutschen Feuerwehr-Meisterschaften im Skilanglauf möchte ich danken dem Organisationskomitee mit den vielen Helfern vor und hinter den Kulissen. Dank den Bürgern des Skidorfes Schonach für die freundliche Aufnahme. Lob und Anerkennung gebührt jedoch in erster Linie Ihnen, meine Kameraden und Kameradinnen, die Sie als Wettkampfteilnehmer diese Tage in Schonach ausgefüllt haben. Ihnen allen, den Siegern und Plazierten – bis zum Letzten – gilt mein Glückwunsch und mein Dank für die Leistung und Begeisterung, die Sie gezeigt haben.“





Impressionen von den 3. Deutschen Skilanglauf-Meisterschaften
der Feuerwehren in Schonach

Klasseneinteilung für Leistungsläufe

Damen

weibliche Jugend	12-17 Jahre (5 km)	3 Teilnehmer
Juniorinnen/Damen	18-30 Jahre (5 km)	3 Teilnehmer

Herren

männliche Jugend	12-17 Jahre (5 km)	69 Teilnehmer
Junioren/Senioren	18-32 Jahre (12 km)	373 Teilnehmer
Ak I	33-40 Jahre (12 km)	170 Teilnehmer
AK II	41-50 Jahre (12 km)	181 Teilnehmer
AK III	ab 51 Jahren (12 km)	53 Teilnehmer

852 Teilnehmer

Ergebnisse der Leistungsläufe 1984

Weibliche Jugend

1. Stock, Manuela	(FF Bomig)	29:49:00
2. Wittich, Gabriele	(FF Waldachtal)	30:42:00
3. Butschbacher, Elisabeth	(FF Eschelbronn)	34:20:00

Juniorinnen/Damen

1. Schmid, Luzia	(FF Hubertshofen)	25:03:00
2. Haarer, Christel	(FF Jettingen)	31:36:00
3. Haarer, Traudel	(FF Jettingen)	38:50:00

Männliche Jugend

1. Bammert, Jürgen	(FF Vöhrenbach)	17:15:00
2. Diring, Rainer	(FF Herzogenweiler)	17:41:00
3. Kaltenbach, Jürgen	(FF Vöhrenbach)	18:01:00
4. Kefer, Bernhard	(FF Höchenschwand)	18:33:00
5. Haist, Stephan	(FF Glatten)	18:56:00
6. Heine, Tobias	(FF Vöhrenbach)	20:00:00
7. Kaltenbach, Bernd	(FF Schonach)	20:05:00
8. Gleichauf, Dieter	(FF Fützen)	20:42:00
9. Hase, Ulrich	(FF Kiel)	20:45:00
10. Hirt, Thomas	(FF Vöhrenbach)	20:49:00

Junioren/Senioren

1. Schlegel, Hubert	(FF Titisee/Neustadt)	33:33:00
2. Schumacher, Walter	(FF Winterstetten)	34:11:00
3. Probst, Magnus	(FF Haldenwang)	34:35:00
4. Ordowski, Hubert	(FF Weilen u. d. R.)	34:59:00
5. Natterer, Matthias	(FF Memmingen)	35:03:00
6. Prestel, Theo	(FF Haldenwang)	35:05:00
7. Jehle, Walter	(FF Saig)	35:26:00
8. Winterhalder, Andreas	(FF Bubenbach)	35:30:00
9. Wirbser, Stefan	(FF Hinterzarten)	35:31:00
10. Mair, Erhard	(FF Haldenwang)	35:46:00

Altersklasse I

1. Rädler, Hannes	(FF Siefenhofen)	33:09:00
2. Mair, Josef	(FF Haldenwang)	34:03:00
3. Faller, Günter	(FF Schönwald)	34:08:00
4. Rädler, Xaver	(FF Stiefenhofen)	34:10:00
5. Grath, Xaver	(FF Stiefenhofen)	35:14:00
6. Stifter, Anton	(FF Vöhrenbach)	35:50:00
7. Lickert, Leo	(FF Hinterzarten)	36:46:00
9. Riegger, Herbert	(FF Tannheim)	37:45:00
9. Wirich, Manfred	(FF Hubertshofen)	38:01:00
10. Steinbacher, Franz	(FF Anger)	39:17:00

Altersklasse II

1. Hitz, Siegfried	(FF Hinterzarten)	35:20:00
2. Burkhardt, Helmut	(FF Neidlingen)	35:58:00
3. Lorenz, Kurt	(FF Hofsgund)	36:30:00
4. Kapp, Josef	(FF Hinterzarten)	37:25:00
5. Tränkle, Manfred	(FF Furtwangen)	37:45:00
6. Reeck, Horst	(FF Balingen-Weilstetten)	37:47:00
7. Köntopp, Heinz	(FF Gütenbach)	38:45:00
8. Benitz, Walter	(FF Titisee-Neustadt)	39:07:00
9. Neussendorfer, Franz	(FF Memmingen)	39:13:00
10. Haist, Helmut	(FF Glatten)	39:34:00

Altersklasse III

1. Jehle, Leopold	(FF Schluchsee)	39:00:00
2. Trischler, Otto	(FF Hinterzarten)	40:54:00
3. Sigwarth, Helmut	(FF Lenzkirch-Kappel)	41:47:00
4. Jehle, Linus	(FF Saig)	42:01:00
5. Hör, Winfried	(FF Schonach)	42:16:00
6. Göppert, Hans	(FF Schönwald)	43:04:00
7. Mayer, Josef	(FF Kirzharten)	43:42:00
8. Schöpferle, Emil	(FF Bubenbach)	43:48:00
9. Rupp, Franz	(FF Kisslegg)	44:23:00
10. Sigwarth, Gerhard	(FF Saig)	45:04:00

Mannschaftswertung männliche Jugend

1.	FF Vöhrenbach	1:16:05:00
2.	FF Kiel	1:28:25:00
3.	FF Herzogenweiler	1:31:09:00
4.	FF Schonach	1:31:14:00
5.	FF Gütenbach	1:32:24:00

Mannschaftswertung Junioren/Senioren

1.	FF Haldenwang	2:19:29:00
2.	FF Stiefenhofen	2:22:05:00
3.	FF Hinterzarten	2:25:02:00
4.	FF Titisee-Neustadt	2:25:53:00
5.	FF Gütenbach	2:30:44:00

Keine Unterstützung für „Verlag Enderich“

Bezugnehmend auf einen Schriftwechsel zwischen dem Verlag R. R. Enderich (Groß Grönau) und der Städtischen Feuerwehr Bremerhaven hat der Deutsche Feuerwehrverband allen Anlaß darauf hinzuweisen, daß es zwischen ihm und dem Verlag Enderich (Fachverlag für Informationsdienst für die Feuerwehr) keinerlei Zusammenarbeit oder gar Unterstützung gibt.

Es ist nicht richtig, daß die in den Broschüren abgedruckten Berichte dem Deutschen Feuerwehrverband zugeleitet wurde, damit diese auf die Richtigkeit überprüft werden konnten. Dem DFV haben zu keiner Zeit diese Manuskripte vorgelegen, noch wurde ein entsprechendes Ansinnen seitens des Verlages gestellt.

Da der Verlag u. a. behauptet, daß der

DFV Kenntnis von seiner Arbeit und gegen diese nichts einzuwenden hat, weist der DFV – um Mißverständnissen in der Öffentlichkeit vorzubeugen – darauf hin, daß diese Formulierung nicht enthalten kann, daß der DFV in irgendeiner Form die Tätigkeit des Verlages unterstützt. Der Hinweis „Kenntnis hat“ ist nur insofern richtig, daß der DFV von den Aktivitäten des Verlages erfahren hat; mehr nicht.

Ferner verbreitet der Verlag Enderich, daß er mit dem DFV in Verbindung stehe. Um auch hier Mißverständnissen in der Öffentlichkeit vorzubeugen, weist der DFV darauf hin, daß der Hinweis „in Verbindung steht“ aus der Sicht des DFV in keiner Weise eine positive „Verbindung“ ist. Durch zahlreiche Anfragen sieht sich der Deutsche Feuerwehrverband veranlaßt, Feuerwehren – und über diese die dort anfragenden Geschäftsleute – hierüber eindeutig aufzuklären.

Der Magistrat der Stadt Bremerhaven hat zum Jahresende 1983 mit einem Rundschreiben an die „Geschäftswelt“ darauf hingewiesen, daß der Verlag Enderich bei vielen Geschäftsleuten den Eindruck erweckt habe, daß die Feuerwehr Bremerhaven an dem Vorhaben (Anmerkung: Inserentenwerbung in Broschüren und Kalendern) beteiligt, interessiert sei oder dieses gar fördere. In dem Rundschreiben lautet es u. a.: „Wir möchten feststellen, daß wir keine Verbindung zum Verlag R. R. Enderich unterhalten, daß wir nicht an den Broschüren mitwirken, deren Verteilung nicht durchführen und daran auch kein Interesse haben. Wir bedauern, daß durch die geschilderten Mißverständnisse bei einigen Bremerhavener Unternehmern die Feuerwehr in schlechten Ruf geraten ist. Bitte helfen Sie uns, z. B. in Gesprächen mit Geschäftskollegen, die Situation zu klären.“

R. Voßmeier BGFü des DFV

Atemschutzgeräte in der Feuerwehr

Bundesländer	Freiwillige Feuerwehr			Berufsfeuerwehr			Werkfeuerwehr		
	BG (PA)	RG (SSG)	Filtergeräte (Maskenzahl)	BG (PA)	RG (SSG)	Filtergeräte (Maskenzahl)	BG (PA)	RG (SSG)	Filtergeräte (Maskenzahl)
Baden-Württemberg	11 204	56	4 431	1 025	82	1 111	2 260	51	1 452
Bayern	10 676	516	?	803	21	?	2 017	57	?
Berlin	93	—	186	624	12	3 446	83	6	6
Bremen	24	—	133	169	68	289	83	4	58
Hamburg	264	—	?	445	46	?	214	35	?
Hessen	8 077	76	2 783	876	49	1 216	1 569	37	5 635
Niedersachsen	9 447	238	23 849	560	66	1 335	962	350	3 274
Nordrhein-Westfalen	10 737	118	8 554	3 212	316	5 738	3 689	672	12 897
Rheinland-Pfalz	3 548	323	934	545	10	?	221	36	?
Saarland	1 690	12	376	79	4	12	?	?	?
Schleswig-Holstein	3 476	15	327	215	19	38	225	8	320
Summen / 1982	59 236	1 354	41 573	8 553	693	13 185	11 323	1 256	23 642
Vorjahre / 1981	56 619	1 866	?	7 645	628	?	10 146	1 179	?
/ 1979	46 516	1 584	?	6 514	609	?	7 819	1 106	?
/ 1977	37 517	2 619	?	5 648	514	?	6 874	797	?
/ 1976	35 532	3 016	?	4 514	447	?	5 942	924	?

Anmerkung BG (PA = Preßluftatmer), RG (SSG = Sauerstoffschutzgerät)

Funkanlagen in der Feuerwehr (4 m-Band)

Bundesländer	Ortsfeste Sender			Fahrzeug-Sprechfunkgeräte			Hand-Sprechfunkgeräte			Meldeempfänger		
	FF	BF	WF	FF	BF	WF	FF	BF	WF	FF	BF	WF
Baden-Württemberg	851	25	83	4 639	303	249	6 058	307	679	32 397	326	2 445
Bayern	364	20	?	6 136	326	?	4 635	325	?	19 619	186	?
Berlin	9	67	7	41	438	22	87	441	92	410	150	85
Bremen	—	16	8	24	133	39	11	81	62	90	28	3
Hamburg	—	4	12	77	387	49	210	400	120	1 899	61	2
Hessen	209	35	43	3 540	464	257	4 347	322	384	8 858	969	793
Niedersachsen	118	15	7	6 083	402	56	1 635	96	83	9 838	326	174
Nordrhein-Westfalen	357	128	111	5 682	1 548	582	4 253	749	894	13 694	1 035	911
Rheinland-Pfalz	216	24	9	2 044	185	35	962	125	64	3 635	469	188
Saarland	80	9	?	624	41	?	360	39	?	912	73	?
Schleswig-Holstein	119	10	4	1 751	154	25	2 628	75	43	3 517	141	21
Einzel-Summen / 1982	2 323	353	284	30 641	4 381	1 314	25 186	2 960	2 421	94 869	3 764	4 622
Gesamtsummen		2 960		36 336			30 567			103 255		
Vorjahre / 1981	2 216	353	325	29 673	4 519	1 342	24 406	3 171	2 689	87 500	3 617	3 760
Gesamtsummen		2 894		35 534			30 266			94 877		
Vorjahre / 1980	1 942	344	293	26 740	4 814	1 282	20 437	3 130	2 472	69 842	3 909	3 512
Gesamtsummen		2 579		32 836			26 039			77 263		

Training für den Ernstfall

Erster Vergleichswettkampf der Rettungstaucher in Westfalen wurde ein Erfolg

Sechs Mannschaften bei strömendem Regen am Start – Sieger wurde der Bezirk Bochum

Es ist acht Uhr: Noch herrscht strömender Regen. Die ersten Rettungstaucher der DLRG treffen am „Torfmoorsee“, unweit der Stadt Rheine, ein. Schnell werden zwei Zelte aufgestellt, damit sich die Taucher zumindest trockenen Fußes umziehen können. Nach und nach treffen sechs Mannschaften von Rettungstauchern aus den verschiedenen Bezirken des Landesverbandes ein. Jede Mannschaft besteht aus fünf Tauchern sowie Betreuern und Reserveleuten. Grund des Treffens am „Torfmoorsee“ ist der erste Wettkampf für Rettungstaucher im DLRG-Landesverband Westfalen. Die Taucher folgen einer Einladung des Referenten für Tauchwesen im Landesverband, Gunther Siepmann.

Nach der Begrüßung der Teilnehmer und Kampfrichter durch Gunther Siepmann begann man mit der ersten Wettkampfdisziplin. Jetzt, wo die Taucher ins Wasser steigen, läßt der Regen nach, doch ein starker und kalter Wind bleibt. Bei der ersten Wettkampfdisziplin kommt es auf Schnelligkeit an. Die Taucher müssen tausend Meter auf Zeit einmal um den See herumschwimmen. Begleitet werden sie von zwei Rettungsbooten.

Die folgende Disziplin erfordert viel Geschick und auch Kondition: Es gilt, über einige hundert Meter eine Hindernisstrecke zu überwinden. Zunächst müssen die Mannschaften eine Strecke von 15 Metern tauchen – kein Problem für einen Rettungstaucher. Beim darauffolgenden Hindernis sollen die Teilnehmer in einen in drei Metern Tiefe befindlichen Eimer greifen und fünf kleine Bälle herausholen. Nach dem Auftauchen werden diese fünf Bälle an einer Leine befestigt, die ca. 1,50 m über der Wasseroberfläche gespannt ist.

Wiederum auf Zeit schwimmen die Taucher zum nächsten Hindernis, zu einem Reifen, durch den sie sich hindurchzwängen müssen – da bewähren sich die Schlanken! Anschließend müssen die Taucher erneut zu einem Ball greifen. Ein schwimmfähiger Gymnastikball



Die Rettungstaucher beim „Orientierungstauchen“.



Durch die Reifen mußte sich jeder Aktive hindurchkämpfen.

Die Bälle mußten an einer Leine befestigt werden.
(Fotos: Siepmann)



ist in drei Meter Tiefe zu befördern, um ihn dort unter einen umgedrehten Eimer zu stecken.

Nach einer kurzen Pause legen die Rettungstaucher ihr Tauchgerät an, um ein mit Bojen markiertes Rechteck abzutauchen. Hier macht sich die gute Teamarbeit bemerkbar.

Beim anschließenden Zieltauchen geht es ebenfalls um das Orientieren unter Wasser. Die Taucher peilen vor dem Abtauchen mit Hilfe ihres Unterwasser-Kompasses einen Zielsektor in etwa 40 Metern Entfernung an. Sie haben die

Aufgabe, innerhalb dieses Sektors exakt aufzutauchen. Nur eine Mannschaft schafft dieses auf Anhieb, kein Wunder, denn die Sicht unter Wasser beträgt ca. 30 Zentimeter.

Nach dieser Disziplin stand der Sieger des ersten Vergleichswettkampfes fest: Es waren die Rettungstaucher des Bezirks Bochum.

Trotz der etwas schlechten Wetterbedingungen waren sich alle Beteiligten einig, den Wettkampf in Zukunft jährlich durchzuführen.

Hermann Gotthardt

einer Umgehungsstraße entstand, ist heute ein beliebtes Wassersportzentrum. Hier unterhält die DLRG eine große Rettungswachstation, die mit allen modernen Hilfsmitteln zur Wasserrettung, z. B. einem 50 PS starken Motorrettungsboot, zentralem UKW-Funk und Wiederbelebungsgeräten, ausgestattet ist.

Die aus 15 Bootsführern und 30 Rettungsschwimmern bestehende Wachmannschaft versah auch außerhalb der heimischen Grenzen ehrenamtlichen Rettungs- und Aufsichtsdienst. So beaufsichtigten die DLRG-Aktiven aus Braunschweig eine Ausflugsfahrt von 600 Behinderten und leisteten über 500 Rettungswachstunden an den im vergangenen Sommer überfüllten Badestränden der Ostsee.

N. und W. Stoltze

Einer der eifrigsten Aktiven wurde geehrt

Verdienstkreuz am Bande für Hermann Gotthardt

Jahrzehntelange Mitarbeit gewürdigt

Am 5. Januar 1984 wurde dem Leiter der westfälischen DLRG-Öffentlichkeitsarbeit, Hermann Gotthardt, für seine außerordentlichen Verdienste vom Bundespräsidenten das Verdienstkreuz am Bande verliehen. Die hohe Auszeich-



Dr. Geizer (links) gratuliert Hermann Gotthardt zur Verleihung.
(Foto: Siepmann)

DLRG-Ortsverein Braunschweig:

Rettungsschwimmer wachten mehr als 2500 Stunden

Bilanz der Wachsaison 1983

Mit Erfolg beendete, wie aus einer jetzt vorgelegten Jahresbilanz ersichtlich ist, die DLRG-Ortsgruppe Braunschweig die Rettungswachsaison 1983. Von April bis Ende Oktober wachten die DLRG-Rettungsschwimmer über 2500 Stunden an den Gewässern in Braunschweig und

Umgebung. Hierbei waren 26 Einsätze, vorwiegend bei Boots kenternungen, zu verzeichnen.

Der Schwerpunkt der Arbeit im abgelaufenen Jahr lag am Südsee in Braunschweig. Der See, der 1968 beim Bau

Die Rettungswachstation der DLRG Braunschweig am Südsee.



nung wurde Hermann Gotthardt im Rahmen einer Feierstunde durch den Landrat des Ennepe-Ruhr-Kreises, Ottlinger, verliehen.

In ihren Ansprachen würdigten Landrat Ottlinger, Oberbürgermeister Trepper und DLRG-LV-Präsident Prof. Dr. Gelzer die Verdienste und die jahrzehntelange Arbeit Hermann Gotthardts.

Gotthardt, seit 20 Jahren Geschäftsführer und seit 1979 Vorsitzender der DLRG in Witten, hat sich Verdienste besonders im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit der DLRG erworben. Als Leiter der Öffentlichkeitsarbeit im Landesverband Westfalen, als redaktioneller Mitarbeiter des DLRG-Zentralorgans und als Berichterstatter von DLRG-Aktivitäten hat Hermann Gotthardt entscheidend dazu beigetragen, daß das Wirken und die Aufgaben der DLRG einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurden.

310000 Besucher kamen zur „boot '84“ nach Düsseldorf

DLRG informierte über Fragen der Sicherheit im und am Wasser

2,8 Tonnen Informationsmaterial verteilt – Standardisierung von Motorrettungsbooten gefordert

Zu einem Informationszentrum auch für Fragen der Sicherheit im und am Wasser hat sich einmal mehr die Wassersportausstellung „boot '84“ in Düsseldorf entwickelt. Auf 123000 qm präsentierten über tausend Aussteller ein internationales Angebot des Wassersports: von Segeljachten bis zu Motorjachten, von der Ankerwinde über Motoren bis zur Elektronik, von der Tauchsportausrü-



Das Regattabecken: Neben Rettungsdemonstrationen übernahm die DLRG hier auch Sicherheitsaufgaben. (Foto: NOWEA)



Die „Infothek“: Sie war der zentrale Anlaufpunkt für Informationssuchende.



Bei zahlreichen Geschicklichkeitsspielen gab es für die Kinder Wasserbälle und Schirmmützen zu gewinnen.



Insgesamt 2,8 Tonnen Informations- und Werbematerial wurden an Interessenten verteilt.



Unter ärztlicher Aufsicht konnte an einer Übungspuppe die sachgerechte Wiederbelebung geübt werden.



Auch DLRG-Rettungsboote waren zu besichtigen.

stung bis zur Angelrute. 310000 Besucher dokumentierten das weiterhin ungebrochene Interesse am „Freizeitsport Wasser“.

Mit von der Partie war auch wieder die DLRG, die auf 180 qm Ausstellungsfläche auf vielfältige Art informierte und zu konkreten Fragen der Sicherheit im und am Wasser Stellung nahm. Zeitweise waren 30 DLRG-Aktive zur gleichen Zeit im Einsatz, um die zahlreichen Fragen und Wünsche der vielen tausend Besucher beantworten und erfüllen zu können. Unter ihnen war auch Olympia-Gold-Sammler Mark Spitz aus den Vereinigten Staaten, den die nordrheinischen DLRGler gleich zu ihrem Ehrenmitglied ernannten.



Beim Spiel „Puzzle das Emblem“ hatte nicht nur der DLRG-Nachwuchs Freude.

Wie groß das Interesse an Informationen war, verdeutlicht die folgende Zahl: An neun Tagen wurde Informationsmaterial im Umfang von 2,8 Tonnen an die Besucher verteilt, das eigens hierfür von der DLRG und einer Krankenkasse produziert worden war.

Doch wurde seitens der DLRG nicht nur informiert. Im Rahmen der „boot '84“ forderten die Bootsreferenten der 14 DLRG-Landesverbände die Standardisierung von Motorrettungsbooten. Entsprechende Mindestanforderungen und -ausstattungen wurden während einer Tagung der Referenten parallel zur „boot“ formuliert und mit Bootsherstellern diskutiert.

Als eine Mindestforderung an ein Rettungsboot nannten die DLRG-Bootssexperten hierbei eine ausreichende Seitenstabilität, denn das Boot dürfe bei seitlicher Übernahme einer Person durch zwei Retter nicht umschlagen.

Bernd Schäfer

Presseschau des Inlands

Die Bonner Initiativen gegen ABC-Waffen

Seit dreißig Jahren hält die Bundesrepublik konsequent den deutschen Verzicht auf ABC-Waffen ein. Dies ist ein Beitrag zur Rüstungsbegrenzung, wie er im Vergleich zu Staaten ähnlicher Größenordnung beinahe einmalig ist. Daran erinnert sich, wer in diesen Tagen voller Erwartung auf die am 17. Januar in Stockholm beginnende neue Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) blickt. Bonn geht auch in dieses Treffen mit dem Willen, der Sicherheit „mit immer weniger Waffen“, wie Kanzler Kohl nicht müde wird zu erklären, zum Durchbruch zu verhelfen.

Kohls „politischer Großvater“, der erste Kanzler der Bonner Republik, Konrad Adenauer, war es, der 1954 in Schreiben an die Regierungen der drei westlichen Siegermächte den Verzicht auf die Herstellung und den Besitz atomarer, biologischer und chemischer Waffen erklärte. Dies geschah im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Pariser Verträge (später Deutschlandvertrag genannt), die das Besatzungsregime der drei Mächte beendeten und der Bundesrepublik, wie es im Artikel 1, Absatz 2 heißt, „die volle Macht eines souveränen Staates über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten“ gaben.

Der Verzicht auf deutsche ABC-Waffen allerdings war nur möglich, weil die von Besatzern zu Verbündeten gewordenen Staaten Frankreich, Großbritannien und vor allem die USA sich zur „Beschirmung“ der Bundesrepublik mit Atom- und auch chemischen Waffen bereitfanden. Dieser Schutz war damals und ist auch heute noch nötig gegenüber einer Sowjetunion, deren Waffenpotential besonders auch bei der nuklearen wie chemischen Rüstung bislang wenig Ten-

denz zur Verringerung zeigt, ganz im Gegenteil.

Alle Bundesregierungen haben seitdem mit großer Energie versucht, auf dem Feld der Abrüstung zu allgemeinen und umfassend geltenden internationalen Vereinbarungen und Verträgen beizutragen. Besonders ragten dabei die Bonner Bemühungen zur Beschränkung der Kernwaffenrüstung voraus: 1964 ratifizierte die Bundesrepublik den Vertrag, der sämtliche Kernexplosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser verbietet, 1974 den Vertrag über das Verbot der Weiterverbreitung von Kernwaffen, der gleichzeitig die Atom-mächte zu Verhandlungen über die nukleare Abrüstung verpflichtet, und 1972 schließlich den Vertrag, der die Stationierung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen ächtet.

Ebenso energisch kümmerten sich die Bonner Regierungen auch um die Abrüstung bei den biologischen und chemischen Waffen. 1982 ratifizierte der Bundestag das Übereinkommen über das Verbot der Entwicklung, Produktion und Lagerung von biologischen und Toxin-Waffen. Bei den chemischen Waffen kann Bonn für sich in Anspruch nehmen, ein Vorreiter zu deren Verbot zu sein. Für Fachleute ist klar, daß ein derartiges Verbot letztlich nur wirklich durchzusetzen ist, wenn es an Ort und Stelle überprüft wird. So hat die Bundesregierung unter Federführung ihres Abrüstungsbeauftragten, Botschafter Friedrich Ruth, schon 1979 ein internationales Seminar über die Verbotsüberprüfung (Verifikation) bei C-Waffen veranstaltet.

(Rüdiger Moniac in „Die Welt“, Bonn)

Schutzraumbau: Gemeinden können die finanziellen Lücken nicht schließen

Stadtdirektor Dr. Kelm, bei der Stadt Münster u. a. zuständig für den Zivilschutz, schreibt zu dem in Zivilschutz-Magazin 10/83 auf der Seite „Presseschau des Inlands“ erschienenen Artikel „Schutzraumbau: Kopf im Sand“ (aus „Bonner Generalanzeiger“) folgende kritische Anmerkungen:

„Die in dem angeführten Beitrag geäußerte Meinung, daß es im Bereich des Schutzraumbaues noch viel zu tun gibt und auf der anderen Seite in der Vergangenheit viel versäumt worden ist, wird voll und ganz geteilt.

Die stark vereinfachte Art und Weise, in der jedoch in diesem Beitrag der „Schwarze Peter“ den Gemeinden zugeschoben wird, muß bei den Lesern, die in diesem Bereich bei den Gemeinden verantwortlich tätig sind, Erstaunen, wenn nicht Verärgerung hervorrufen. Dem Verfasser müßte bei seinen Recherchen klar geworden sein, daß der Schutzraumbau – soweit es sich um öffentliche Schutzräume handelt – von den Gemeinden in Auftragsverwaltung durchgeführt wird. Das heißt, daß die Finanzierung vom Bund getragen wird. Dies bedeutet, daß auch nur das gebaut werden kann, was vom Geldgeber – dem Bund – genehmigt worden ist. Im Jahr 1984 stehen für den öffentlichen Schutzraumbau beim Bundesamt für Zivilschutz ganze 93 Mio. DM zur Verfügung.

Nach einer Überschlagsrechnung können davon rund 75000 Schutzplätze im gesamten Bundesgebiet in einem Jahr gebaut werden; damit könnten rund 1,2% der Bevölkerung mit Schutzplätzen versorgt werden.

Wohl kaum eine Gemeinde könnte in der Lage sein, die hier entstehenden finanziellen Lücken durch die Bereitstellung eigener Finanzmittel zu schließen; und wohl kaum ein Kämmerer wäre bereit, kommunale Mittel für die Erledigung von Aufgaben bereitzustellen, die in der Zuständigkeit des Bundes liegen.

Inwieweit das in dem o. a. Beitrag angeführte Beispiel – Rhein-Sieg-Kreis – tatsächlich verallgemeinert werden kann, ist wohl auch vom Verfasser des Beitrages im Bonner Generalanzeiger nicht zu beweisen. Der Hinweis auf die Schweiz hilft auch da nicht weiter, da die hohe Schutzplattzahl in der Schweiz nicht in erster Linie auf besonders rührige Kommunalpolitiker, sondern auf eine entsprechende Bundesgesetzgebung zurückzuführen ist.

Wenn man bis dahin den Beitrag als ernst gemeinte Kritik annimmt, so kommen einem doch Zweifel beim Lesen des letzten Absatzes. Es stellt sich die Frage, wie lange sich wohl wirklich noch Zivilschutzkritiker finden, die immer noch die berühmte Aktenmappe ausgraben. Ein engagierter ‚Zivilschützer‘ muß es fast schon als eine Beleidigung empfinden, wenn ihm vorgehalten wird, er oder einer seiner Kollegen würde an der Behauptung festhalten, daß eine Akten-tasche Schutz bietet, wenn einem förmlich eine Atombombe auf den Kopf fällt.

In diesem Zusammenhang darf ich auf meinen Beitrag ‚Öffentliche Schutzräume in Münster‘, erschienen im Zivilschutz-Magazin, Ausgabe 10/1981, S. 24ff., hinweisen.“

Presseschau des Auslands

Frankreich: Bestand an Schutzräumen wird ermittelt

In Frankreich ist eine großangelegte Bestandsaufnahme in Sachen Schutzraumbau angelaufen. Nach Feststellungen der Regierung sind die Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung völlig unzureichend.

Die Präfekten der Verteidigungszonen wurden jetzt angewiesen, dafür zu sorgen, daß in allen Städten mit mehr als 50000 Einwohnern Unterstände errichtet werden, die nuklearen Druckwellen widerstehen können. Sämtliche Neubauten, in denen über 100 Personen beschäftigt sind, müssen einen ausreichenden Schutzraum aufweisen.

Kleinere Ortschaften (über 10000 Einwohner) sollen ebenfalls mit Unterständen, die gegen die Strahlenverseuchung schützen können, ausgestattet werden. Bei größeren Neubauten wird der Schutzraumbau obligatorisch. Grundsätzlich sollen alle Maßnahmen ergriffen werden, die sicherstellen können, daß ausreichender Schutz gegen Druckwellen von atomaren Explosionen gewährleistet ist. Die Staatsminister für Inneres und Wohnbau wurden angewiesen, entsprechende Bau-Normen festzulegen. Nach Schätzungen sachkundiger Beobachter dürfte jedoch die Bestandsaufnahme nicht vor 1986/87 abgeschlossen sein, so daß erst danach mit konkreten Maßnahmen gerechnet werden könne.

(Gefahrenabwehr,
SVA-Pressedienst Bonn)

Schweiz: Nationalrat bestätigt geltende Zivilschutzkonzeption

Der Zwischenbericht des Bundesrates zum Stand des Zivilschutzes hat dem

Nationalrat Gelegenheit geboten zu einer Lagebeurteilung in der Halbzeit zwischen Konzeption und vorgesehener Realisierung der präventiven Schutzmaßnahmen zugunsten der zivilen Bevölkerung in Kriegszeiten.

Der 1971 abgesteckte Aktionsrahmen wurde von den meisten Rednern als nach wie vor gültig angesehen, weil sich an der Bedrohung der Zivilbevölkerung grundsätzlich nichts geändert habe. Die Diskussion konzentrierte sich auf die noch bestehenden Lücken beim Schutzraumangebot, bei der Ausbildung und beim Personal. Die föderalistisch geregelte Verantwortung für den Zivilschutz liegt in erster Linie bei den Kantonen und Gemeinden, was den kantonal und regional unterschiedlichen Vorbereitungsstand erklärt. Für rund ein Viertel der Bevölkerung fehlen noch geeignete Schutzplätze, wobei das Manko vor allem auf Kosten kleinerer Gemeinden geht, die erst 1978 der Organisationspflicht unterstellt wurden. Verbessert werden müßte nach Darstellung der Referenten auch die Resistenz der schon bestehenden Schutzräume gegen chemische und atomare Waffen.

Obschon ein beschleunigter Vollausbau bis 1995 wünschbar wäre, entschied sich der Rat in realistischer Einschätzung der finanziellen Möglichkeiten für das Jahr 2000 als Zieldatum für die Erreichung des Soll-Zustandes.

Zwei pointierte Interventionen sozialdemokratischer Ratsmitglieder, die sich als „Zivilschutzgläubige“ bekannnten, mit dem Hinweis auf die apokalyptischen Folgen eines modernen Krieges den Wert von Schutzräumen in Frage stellten und als Alternative vermehrte Anstrengungen zur Kriegsverhütung propagierten, provozierten eine dezidierte Antwort von Bundesrat Friedrich. Der Chef des Eidgenössischen Justiz- und Polizei-Departements hielt eingangs fest, daß es einen absoluten Schutz im Krieg nie geben habe und nie geben werde. Möglich sei aber, die Folgen eines Waffeneinsatzes zu mildern. So gesehen, bedeutet Zivilschutz die Erfüllung einer humanitären Aufgabe. Friedrich warf den Zweiflern vor, durch ihre Fixierung auf den totalen Atomkrieg das Bedrohungsspektrum ungebührlich zu verengen und dabei die konventionellen Waffen zu vernachlässigen, gegen deren Einwirkungen die Zivilbevölkerung ebenfalls geschützt werden müsse und könne. Daß die Zivilschutzkonzeption der Schweiz keineswegs realitätsfremd sei, ergibt sich für Bundesrat Friedrich nicht zuletzt aus dem Entscheid der französischen Behörden, nicht mehr ausschließlich auf den Schutz der Atomwaffen zu bauen, sondern ergänzend Maßnahmen

auf dem Gebiet des Zivilschutzes zu treffen. Die Gegenüberstellung von Zivilschutz und Friedensbemühungen bezeichnete der Sprecher der Landesregierung als unsinnig, weil es nicht um das eine oder das andere gehen könne, sondern beides brauche . . .

(Neue Zürcher Zeitung)

Schweiz in Sachen Zivilschutz sensibilisiert

Gewiß: Es war eine enttäuschende Debatte an jenem grauen Dezembertag, als der Nationalrat über die Zivilschutzbücher ging. Gähnen nicht nur oben auf den Zuschauerrängen, wo hoffnungsvolle Jugendliche vergeblich auf eine Demokratie-Live-Show warteten, zeitweilig auch gähnende Leere in den Reihen der Volksvertreter.

Die Enttäuschung ist jedoch fehl am Platz, auch wenn zweifelsohne etwa ein rascheres Tempo in Sachen Schutzplätze durchaus zu begrüßen gewesen wäre. Nachdem zuvor schon alles gesagt worden war, konnte von der Diskussion nichts wesentlich Neues erwartet werden. Die magere Zivilschutzdebatte hat jedoch nicht zuletzt die Öffentlichkeit über dem Umweg der Medien in Sachen Zivilschutz sensibilisiert. Und das ist schon viel, just in einer Zeit, wo schwarzmalerische Atomkatastrophenfilme die Runde machen. Im Bundeshaus wurden die Zivilschutzkarten offen und unbarmherzig auf den Tisch gelegt. Das ist das Verdienst jener Politiker, die mittels eines Vorstoßes diesen Zwischenbericht forderten. Nun wissen wir, wo wir stehen. Wir wissen, daß es beileibe nicht mit allem zum besten bestellt ist. Daß es in Sachen Ausbildung hapert. Daß in einzelnen Kantonen noch nicht 50% der Bevölkerung über einen belüfteten Schutzplatz verfügen.

Aber das ist gut so. Denn jetzt können sich die verantwortlichen Politiker, denen der Zivilschutz „schnorz“ ist, nicht mehr mit dem Hinweis aus der Verantwortung stehlen, sie hätten den Überblick nicht. Knallhart ist sie jedem vor Augen – die Mängelliste. Und jeden Abend flimmern dramatische Bilder aus zahlreichen Kriegsschauplätzen in die warme Stube.

Das sind die besten Voraussetzungen, damit nun ein weiterer – vielleicht entscheidender – Schritt in Richtung Verwirklichung des Konzeptes 71 getan wird.

(Heinz W. Müller in „Zivilschutz“, Bern)

Wissenschaft & Technik

Hannover-Messe zeigt neue Generation von Gefahrenmeldeanlagen

Auch in der elektrischen Sicherheitstechnik geht der Trend immer mehr in Richtung Mikroelektronik. Das trifft besonders auf Meldegeräte für Brand, Einbruch und Überfall zu. Im Rahmen der Hannover-Messe '84 (4. bis 11. April) können sich Planer, Architekten, Errichter, Sicherheitsfachleute sowie Unternehmer und privat Interessierte aus erster Hand informieren und beraten lassen. Das Angebot der elektrischen Sicherheitstechnik ist innerhalb der Fachmesse „Weltmarkt Elektronik und Elektrotechnik“ zusammengefaßt. Von den insgesamt 1930 Firmen aus dem In- und Ausland, die in dieser Fachmesse vertreten sind, präsentieren 45 ein komplettes Programm der elektrischen Sicherheitstechnik. Zusammen mit den Herstellern aus den Bereichen Elektroakustik und Videotechnik belegen sie eine Ausstellungsfläche von 2000 m².

Wie der Zentralverband der Elektrotechnischen Industrie (ZVEI) in einer Vorschau auf die Hannover-Messe mitteilt, haben die deutschen Hersteller von Gefahrenmeldeanlagen bei ihren elektronischen Produkten und Systemen ein sehr hohes technisches Niveau erreicht, das weltweit keine Parallele hat. Zu dieser Spitzenstellung tragen nicht zuletzt die hohen Qualitätsanforderungen bei, die in der Bundesrepublik im Zusammenwirken zwischen Institutionen für Vorschriften und Richtlinien, Herstellern, Errichtern, Betreibern und hilfeleistenden Stellen erarbeitet werden.

Die Anstrengungen der Hersteller sind auf eine höhere und dauerhaftere Betriebszuverlässigkeit der Anlagen gerichtet. Hier wurden in letzter Zeit beachtliche Fortschritte durch die Mikroelektronik erzielt. Dabei kommen sowohl festprogrammierte Logikbausteine als auch freiprogrammierte Mikroprozessoren zum Einsatz.

Die auf der Hannover-Messe '84 vorgestellten Gefahrenmeldeanlagen der neuen Generation zeichnen sich durch eine

Vielzahl bemerkenswerter Vorteile aus. Als gravierend sind zu nennen:

- die Reduzierung der Täuschungs- und Falschalarme,
- eine wesentlich verbesserte Anpassungsfähigkeit der Alarmorganisation,
- die automatische Anpassung von Meldern an wechselnde Klimaverhältnisse,
- eine erhöhte Sicherheit gegen gezielte Zerstörung,
- Möglichkeiten von Plausibilitätskontrollen vor einer Alarmierung,
- detaillierte Aufbereitung von Informationen im Alarm- und Störfall sowie
- eine universell nutzbare Zentralentechnik für Brand- und Einbruchmeldungen.

Bei der laufenden Weiterentwicklung der Qualitätsanforderungen an Gefahrenmeldeanlagen ist die kontinuierliche Zusammenarbeit der Firmen mit der Versicherungswirtschaft, aber auch mit der Polizei und den Feuerwehren von Bedeutung. Als Qualitätsnormen gelten unter anderem im Vorschriften-Bereich klare und einfache Darstellung der Anforderungen, im Hersteller-Bereich stabile Leistungseigenschaften der Geräte sowie im Errichter-Bereich eine kundenindividuelle Anlagenprojektierung und -errichtung mit dem Ziel der frühen Erkennung einer Gefahr und einer hohen Aussagesicherheit der gegebenen Meldung.

Neues Schaumlöschmittel bekämpft Flüssigkeitsbrände wirkungsvoll

Zum Abdecken und Löschen von brennenden polaren und unpolaren Flüssigkeiten (z. B. Aldehyde, Alkohole, Benzine, Öle) wurden bisher alkoholverträgliche Schaumkonzentrate verwendet. Polymere Zusätze in diesen Schaummitteln bilden eine Gel-Schicht auf der zu löschenden Flüssigkeit, auf der sich der

aufgebrachte Schaum weiter ausbreiten soll. Nachteilig sind jedoch hohe Viskositäten, die ein selbständiges Ansaugen über einen Zumischer bei niedrigen Temperaturen erschweren oder unmöglich machen. Außerdem werden vorge-mischte Lösungen, z. B. 5 Prozent Schaumkonzentrat und 95 Prozent Wasser, schnell instabil.

Für diese Einsatzfälle hat ein großer deutscher Feuerlöschgeräte- und -löschmittelhersteller ein neues Schaummittel entwickelt. Ein perfluoriertes Tensidgemisch als Zusatz sorgt dafür, daß der Schaum sich nicht zersetzt, sondern eine stabile Decke auf der brennenden Flüssigkeit bildet. Gegenüber vergleichbaren synthetischen Schaummitteln mit Polymer-Zusätzen hat das neue Fluorprotein eine optimale Alkoholverträglichkeit, eine fast vollkommene Beständigkeit gegenüber polaren und unpolaren Flüssigkeiten, einen neutralen pH-Wert, einen geringen Gehalt an Metallsalzen (umweltfreundlich), eine niedrige Viskosität auch im Tieftemperaturbereich sowie eine Frostbeständigkeit bis -15°C.

Ein wichtiges Merkmal ist das Verhalten der vorgemischten Lösung (Schaum mit Wasser) in stationären Anlagen, d. h. die Stabilität der Vorgemische über längere Zeit ohne Verlust der Verschäumungsqualität. Mit einer fünfprozentigen Lösung des Mittels in Leitungswasser, die drucklos in einem Gefäß bei Zimmertemperatur gelagert wurde, ergeben sich bei zehn Wochen Standzeit eine Verschäumungszahl (Verhältnis Schaumvolumen zu Lösungsvolumen) von 7,3 und eine Wasserhalbezeit (Zeit, in der 50 Prozent des im Schaum enthaltenen Wassers abgeschieden ist) von 80 min.

Praxisnahe Tests mit dem neuen Schaummittel an mehr als 40 verschiedenen polaren Flüssigkeiten, u. a. auch an Isopropanol und Aceton, bei Brandflächen von bis zu 50 m², erbrachten positive Ergebnisse.

Werkfoto:
Krupp



Neue Bücher

Ernährungssicherstellung

Eine Einführung in die Vorsorgemaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland

Von Rolf Solmecke und Dr. Hans-Joachim Wolter
Walhalla und Praetoria Verlag, 8400 Regensburg
(Band 1 der Schriftenreihe „Zivile Verteidigung“)

Gerade in einer Zeit guter Versorgung der Bevölkerung, einem vielfältigen Angebot an hochwertigen Nahrungsmitteln dürfen die Möglichkeiten einer krisenhaften Mangelsituation im Ernährungsbereich und somit die Notwendigkeit vorsorglicher Maßnahmen zur Sicherung der Ernährung im Krisenfall nicht außer acht gelassen werden.

Die Broschüre „Ernährungssicherstellung – Eine Einführung in die Vorsorgemaßnahmen der Bundesrepublik Deutschland“ will darüber eingehend informieren. Es wird ein knapper, aber vollständiger Überblick über die Vorsorgemaßnahmen des Bundes in diesem wichtigen Teilbereich der Zivilen Verteidigung vermittelt. Die Information über die im Bewirtschaftungsfall vorgesehenen Maßnahmen ist besonders wichtig für die Ernährungs- und Landwirtschaft. Gleichzeitig ist die Schrift ein unentbehrlicher Ratgeber für Behörden, die Vorsorgemaßnahmen planen, vorbereiten und ggf. auch durchzuführen haben.

In übersichtlicher Form werden zunächst die Strukturentwicklung der Ernährungs- und Landwirtschaft sowie die Versorgungssituation bei landwirtschaftlichen Produkten dargestellt. Im Anschluß werden die Rechtsgrundlagen der Ernährungssicherstellung beschrieben. Als wichtigste Rechtsgrundlage wird das Ernährungssicherstellungsgesetz, das zu Bewirtschaftungsregelungen für Erzeugnisse der Ernährungs- und Landwirtschaft ermächtigt, erläuternd vorgestellt.

Im einzelnen wird hingewiesen auf bereits anwendbare Rechtsverordnungen

wie die Ernährungswirtschaftsmeldevorordnung mit der Verpflichtung der Inhaber ernährungswirtschaftlicher Betriebe zur Meldung verschiedener Betriebsangaben und die Verordnung über das Formblatt zur Ernährungswirtschaftsmeldevorordnung. Gegenübergestellt werden die erst in einem Krisenfall anwendbaren Rechtsverordnungen. Hierzu gehört die Ernährungsbewirtschaftungsverordnung als Grundverordnung für eine etwaige Lebensmittelbewirtschaftung, die die Verteilung der wichtigsten ernährungs- und landwirtschaftlichen Erzeugnisse in einem Bewirtschaftungsfall regelt. Die Verteilung der Lebensmittel wird durch schematische Darstellungen und Beispiele veranschaulicht. Als Ergänzung zur Ernährungsbewirtschaftungsverordnung wird die Veranlagungsverordnung, die die Erfassung landwirtschaftlicher Erzeugnisse und die Veranlagung der Erzeuger zur Ablieferung regelt, in ihren Grundzügen skizziert.

Im Anschluß werden in knapper Form die Vorratshaltung, insbesondere die materiell-investiven Vorsorgemaßnahmen des Bundes dargestellt. Es wird klar, daß neben einer freiwilligen Lebensmittelbevorratung in den Haushalten und den Vorräten in der Privatwirtschaft den Vorräten der öffentlichen Hand – Bundesreserve Getreide, Zivile Verteidigungsreserve, EG-Interventionsbestände sowie Verteidigungsvorrat Verpflegung der Bundeswehr – große Bedeutung zukommt.

Handbuch für den Schutzraumbau

Insbesondere für die unteren Baubehörden, Katastrophenschutzämter und Bibliotheken

Von Dr. Hilger Bohnen
Rudolf Müller-Verlag, Köln

Der Schutzraumbaugedanke in der Bundesrepublik wird vielfach verdrängt durch eine pauschale Beurteilung der Wirkungen moderner Massenvernichtungswaffen, aber auch aus Unkenntnis der Schutzraumbautechnik. In dem vorliegenden Handbuch lassen sich Hauschutzraumsysteme mit einem Kostenrahmen nachschlagen, so daß auf Anfragen etwa die Bediensteten der unteren Baubehörden auch hierüber gezielte Auskunft erteilen können.

Das Kernstück des modernen Schutzraumbaus, die lufttechnische Versorgungsanlage, wird lehrbuchartig, mit zahlreichen Abbildungen, sorgfältig und verständlich zugleich, beschrieben. Das Kapitel „Die Versorgung für einen Großschutzraum“ ermöglicht es beispielsweise

den Mitarbeitern der Katastrophenschutzämter, im Ernstfall die Armaturen der lufttechnischen Anlage ohne Hilfe eines Lüftungstechnikers selber sicher zu bedienen.

Im weiteren enthält das Handbuch für den Schutzraumbau zahlreiche Anregungen zur kostengünstigen Vorsorge für einen Ernstfall.

Strahlenschutz geht alle an

Erste Texte mit heiteren Bildern
Von Felix Wachsmann
2. überarbeitete Auflage
Thiemig-Taschenbuchreihe Band 98
Thiemig-Verlag, 8000 München 90

Die von ionisierenden Strahlungen ausgehenden Gefahren und der mögliche oder notwendige Schutz vor ihnen ist ein Dauerthema, daß nicht nur die Experten beschäftigt, sondern quer durch alle Bevölkerungsschichten diskutiert wird. Doch hier fängt das Dilemma bereits an. Viele Menschen, die sich eine Meinung bilden möchten, schrecken vor einer Vielfalt unbekannter Begriffe oder dem Studium komplizierter physikalischer Vorgänge zurück und sind deshalb auf Informationen aus dritter Hand angewiesen.

Die im Thiemig-Verlag erschienene Broschüre „Strahlenschutz geht alle an“ ist für den großen Leserkreis geschrieben, der sich ein Bild über Gefahren und Schutzmöglichkeiten machen möchte: Strahlenschutz in Medizin, Industrie und Technik, Landwirtschaft, Polizei, Schule oder auch beim Personal der Hilfsorganisationen, der Feuerwehr, bei den Kernkraftwerken oder in der Luft- und Raumfahrt usw.

Einleitend werden allgemeinverständlich der Aufbau der Materie, die einzelnen Strahlenarten und die Dosisseinheiten und physikalischen Begriffe erläutert, die für eine Bewertung von Gefahren und Schutzmaßnahmen Voraussetzung sind. In den folgenden Abschnitten werden, jeweils auf den Verwendungsort zugeschnitten, die Probleme behandelt, die durch den Umgang mit radioaktiven Stoffen oder ionisierenden Strahlungen entstehen können. Nützlich ist jeweils der an der Blattunterkante angebrachte Hinweis auf die hierfür geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

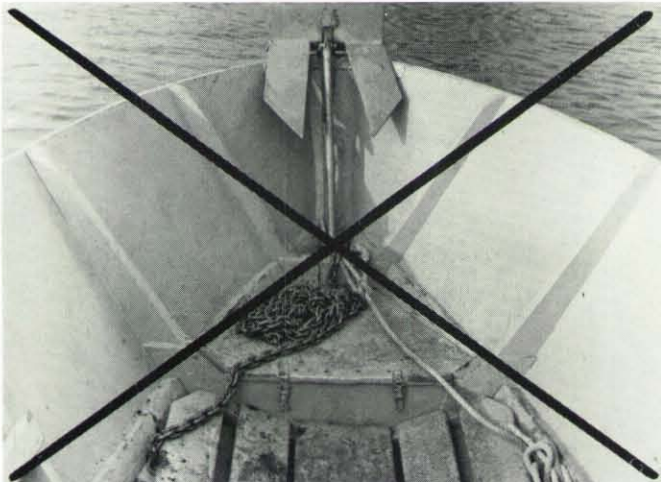
Ein ausführliches Stichwortverzeichnis ergänzt sinnvoll den Text. Das Buch ist leicht zu lesen und wird sicher dazu beitragen, Unvorsichtige zu warnen und – was vielleicht noch wichtiger ist – Überängstliche zu beruhigen.

Winfried Hoffmann

Das Minimagazin

Safety first – im Bergungsdienst

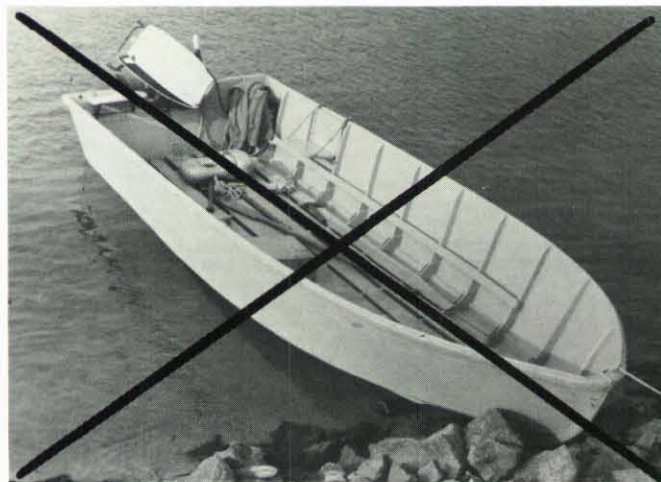
Die nachfolgenden wichtigen Sicherheitshinweise für den Bergungsdienst sind dargestellt durch Teilnehmer an THW-Lehrgängen an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya.



Mit einem Anker ausgerüstete Fahrzeuge dürfen das freie Wasser erst dann befahren, wenn das Ankergerät klar zum Werfen ist (KatS-DV 282, Seite 89).



Der Außenbordmotor ist mit einer Leine oder Kette im Boot zu sichern (KatS-DV 282, Seite 64).



Ausrüstungen müssen an Bord jederzeit griffbereit an ihrem vorgeschriebenen Platz liegen (KatS-DV 282, Seite 89).

MHD organisiert Ambulanzflüge binnen einer Stunde



Für die Rückholung Kranker und Verletzter aus dem Ausland sowie die Verlegung von Patienten in Spezialkliniken (z. B. Verbrennungsbehandlungszentren) innerhalb des Bundesgebietes stehen der Einsatzzentrale des MHD in Köln drei verschiedene Flugzeugtypen zur Verfügung, über deren Einsatz nach Entfernung und Landemöglichkeiten (Länge der Landepiste) entschieden wird.

Die medizinische Ausstattung der Ambulanzflugzeuge entspricht allen Erfordernissen der Versorgung und Überwachung Schwerekranker und polytraumatisierter Patienten bei längeren Flugzeiten. Die Sonderausstattung ist in eigens hierfür konzipierten Schränken funktionell untergebracht. Daneben wird eine tragbare Ausstattung in Koffersätzen für den Einsatz außerhalb der Maschine mitgeführt.

Zur Versorgung des Patienten stehen Ärzte verschiedener Fachrichtungen mit vielseitigen Fremdsprachenkenntnissen und erfahrene Rettungsanitäter zur Verfügung.

In dringenden Fällen stellt die MHD-Einsatzzentrale den Start eines Ambulanzflugzeuges binnen einer Stunde nach Eingang des Hilfersuchens sicher.